

Zeitschrift für
Familien-
forschung

Journal of Family Research

In diesem Heft:

- Salmon migration and fertility in East Germany – Birth dynamics around reunification
- Couples' actual and preferred employment patterns and work hours mismatches in Europe
- Kulturelle Einflussfaktoren zum „intensive mothering“ bei Müttern von Kleinkindern
- Do relationship transitions affect body weight? Evidence from German longitudinal data
- How do family relations influence interethnic partner choices in native and migrant families?

Referiert im SSCI

3/2018



ISSN 1437-2940
30. Jahrgang 2018, Heft 3
Verlag Barbara Budrich

Inhalt

Editorial	232
<i>Laszlo A. Vaskovics</i> 30 Jahre Zeitschrift für Familienforschung/Journal of Family Research – ein Rückblick	233
<i>Michaela Kreyenfeld & Anja Vatterrott</i> Salmon migration and fertility in East Germany – An analysis of birth dynamics around German reunification	247
<i>Nadia Steiber & Barbara Haas</i> Too much or too little work? Couples' actual and preferred employment patterns and work hours mismatches in Europe	269
<i>Sabine Diabaté & Samira Beringer</i> Simply the Best!? – Kulturelle Einflussfaktoren zum „intensive mothering“ bei Müttern von Kleinkindern in Deutschland	293
<i>Bernadette Huyer-May</i> Do relationship transitions affect body weight? Evidence from German longitudinal data	316
<i>Olga Grünwald</i> How do family relations influence interethnic partner choices? The role of cohesion, affection and diversity in native and migrant families	339

Editorial

Liebe Leserin,
lieber Leser,

im letzten Heft des Jahres 2018 legen wir Ihnen fünf Forschungsbeiträge – einen in deutscher und vier in englischer Sprache – vor:

Michaela Kreyenfeld und *Anja Vatterrott* analysieren das Geburtsverhalten von Ost-West- und West-Ost-Migrantinnen, wobei sie insbesondere die so genannte „salmon hypothesis“ im Hinblick auf Frauen, die nach Ostdeutschland zurückkehrten, untersuchten.

Nadia Steiber und *Barbara Haas* untersuchen, ob für Zweiverdiener-Paare in Europa Diskrepanzen zwischen tatsächlicher Arbeitszeit und ihren Arbeitszeitpräferenzen bestehen.

In einem deutschsprachigen Beitrag untersuchen *Sabine Diabaté* und *Samira Beringer* kulturelle Einflussfaktoren zum „intensive mothering“ bei Müttern von Kleinkindern in Deutschland.

Bernadette Huyer-May widmet sich anhand der Ergebnisse einer deutschen Panelstudie der Frage, ob Partnerschaftsübergänge das Körpergewicht beeinflussen.

Olga Grünwald untersucht in ihrem Beitrag, wie bestimmte Charakteristika von Familienbeziehungen in einheimischen und eingewanderten Familien die interethnische Partnerwahl beeinflussen.

Diese Zeitschrift erscheint seit 1989. Aus diesem Anlass blickt *Laszlo A. Vaskovics*, der ehemalige Geschäftsführende Herausgeber und langjähriges Mitglied des Herausgeberkreises, in einem (nicht begutachteten) Beitrag, der auf dieses Editorial folgt, auf 30 Jahrgänge zurück.

Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre dieses Heftes.

Henriette Engelhardt-Wölfler
Geschäftsführende Herausgeberin | Editor-in-chief

Dear Reader,

In the last issue for 2018, we present five research articles to you. One of them has been written in German, four of them have been authored in English.

Michaela Kreyenfeld and *Anja Vatterrott* analyze birth dynamics of female East-West and West-East migrants, particularly by investigating the so-called “salmon hypothesis” regarding those women who returned to East Germany.

Nadia Steiber and *Barbara Haas* investigate the discrepancies between actual work hours and preferred employment patterns of dual-earner couples in Europe

Writing in German, *Sabine Diabaté* and *Samira Beringer* analyze the impact of cultural factors on “intensive mothering” among mothers of toddlers in Germany.

Based on evidence from German longitudinal data, *Bernadette Huyer-May* looks into the question whether relationship transitions affect body weight.

Olga Grünwald examines in her contribution how certain peculiarities of family relations in native and immigrant families influence interethnic partner choices.

This journal has been published since 1989. In a (non-refereed) contribution following this editorial, *Laszlo A. Vaskovics* – who was a long-time editor-in-chief and member of the editorial board – looks retrospectively at 30 volumes of this journal (in German).

We hope that reading these articles may be inspiring to you and your work.

Kurt P. Bierschock
Redakteur | Managing editor

Laszlo A. Vaskovics*

30 Jahre Zeitschrift für Familienforschung/Journal of Family Research – ein Rückblick

1. Vorwort

Obwohl ich als ehemaliger geschäftsführender Herausgeber direkt in die Entwicklung der Zeitschrift involviert war, versuche ich aus der nötigen kritischen Distanz rückblickend über die Entwicklung der Zeitschrift im Laufe der vergangenen drei Jahrzehnte ein objektives Bild zu skizzieren. Zunächst beschreibe ich die Phasen der Entwicklung, ihre Zäsuren und Charakteristika. Anschließend versuche ich den „Output“ der Zeitschrift darzustellen und ziehe abschließend ein, von persönlichen Wertungen sicherlich nicht ganz freies, Resümee.

2. Etappen und Phasen der Entwicklung der *ZfF/JFR*

2.1. *Institutseigene Zeitschrift des Staatsinstituts für Frühpädagogik und Familienforschung in München (Jahrgänge 1 bis 5, 1989-1993)*

Der 1. Jahrgang der *Zeitschrift für Familienforschung* ist im Jahre 1989 erschienen. Sie richtete sich in ihrer ursprünglichen Gestaltung als institutseigenes Publikationsorgan des *Staatsinstituts für Frühpädagogik und Familienforschung* in München primär an das wissenschaftliche und berufsorientierte Fachpublikum in den *deutschsprachigen* Ländern Europas. Als Adressaten wurden (im Editorial des 1. Heftes) Wissenschaftler, die sich mit familienbezogenen Forschungsfragen befassen, benannt, aber auch Praktiker, die sich von Berufs wegen um Familien und familienbezogene Probleme kümmern und sich über aktuelle Ergebnisse wissenschaftlicher Familienforschung informieren wollten (z.B. Ärzte, Therapeuten, Fachpersonal in sozialen Einrichtungen). Veröffentlicht wurden in dieser

* Unter Mitarbeit von Kurt P. Bierschock.

Entwicklungsphase, neben wissenschaftlichen Beiträgen von Psychologen, Pädagogen, Soziologen und Demografen, institutseigene Berichte, aktuelle Kurzmitteilungen über Tagungen und Kongresse, Rezensionen von Mitarbeitern des Instituts sowie eine aktuelle Liste von Neuerscheinungen im Bereich der Familienforschung. In der Zeitschrift sollten in erster Linie wissenschaftliche Originalarbeiten veröffentlicht werden; sie hat aber auch eine Plattform zur Verfügung gestellt, auf der auch die Umsetzung von aktuellen Forschungsergebnissen unter Einbezug von Vertretern der Praxis beschrieben und diskutiert werden sollten.

Die Redaktion der Zeitschrift befand sich im Staatsinstitut für Frühpädagogik und Familienforschung in München. Geschäftsführender Herausgeber war von 1989 bis 1993 *Wassilios Fthenakis*, der damalige Leiter des Institutes.

2.2. *Institutseigene Zeitschrift des Staatsinstituts für Familienforschung an der Universität Bamberg (Jahrgänge 6 bis 9, 1994-1997)*

Nach einer längeren Vorbereitungszeit wurde die *Zeitschrift für Familienforschung* nach dessen Gründung im Jahre 1994 vom *Staatsinstitut für Familienforschung an der Universität Bamberg* (ifb) übernommen und als wissenschaftliches Publikationsorgan herausgegeben – mit einem neuen Status versehen, nach einer neuen inhaltlichen Konzeption strukturiert und durch neue Herausgeber verantwortet. Das ifb hat die Zeitschrift personell und durch apparative Ausstattungen unterstützt, es übernahm auch die Redaktion der Zeitschrift. Die Herausgeberschaft wurde von fünf Wissenschaftlern mit unterschiedlichen Forschungsschwerpunkten übernommen. Die personelle Zusammensetzung des Herausgeberremiums sollte die wissenschaftliche Unabhängigkeit der Zeitschrift und das wissenschaftliche Niveau gewährleisten. Zugleich sollten die neuen Herausgeber der Zeitschrift ein neues wissenschaftliches Profil geben.

Die Herausgeberschaft haben in dieser Phase *Wolfgang Glatzer* (Universität Frankfurt am Main), *François Höpflinger* (Universität Zürich), *Ilona Ostner* (Universität Göttingen), *Norbert F. Schneider* (Universität Mainz) und geschäftsführend *Laszlo A. Vaskovics* (Universität Bamberg) übernommen. Gemäß der Geschäftsordnung ist der Leiter des ifb zugleich geschäftsführender Herausgeber der Zeitschrift.

Gemäß der neuen Konzeption, die die Herausgeber auf ihrer konstituierenden Sitzung am 22.11.1997 beschlossen hatten, soll die Zeitschrift die interdisziplinäre Kommunikation und Diskussion durch die Veröffentlichung von Beiträgen zur Familien- und Haushaltsforschung fördern. Dies unter Einbeziehung verschiedener Fachdisziplinen – insbesondere der Familiensoziologie, der Familiendemografie, der Familienpsychologie, Familienpädagogik, Haushaltswissenschaft und der historischen Familienforschung. Vorzugsweise sollen Beiträge veröffentlicht werden, die die Ergebnisse theoriegeleiteter empirischer Forschung beschreiben und zur Diskussion stellen oder aber den gegenwärtigen Forschungsstand zu ausgewählten Gegenstandsbereichen der Familienforschung kritisch resümieren. Anvisiert waren auch Beiträge, die über die empirische Beschreibung und theoretische Erklärung hinausgehend, Ansätze zur praktischen Anwendung der Forschungsergebnisse bieten. Insbesondere sollten Manuskripte eingeworben werden, die über die Beschreibung und sozialwissenschaftliche Erklärung von Daseinsformen und Wandel deutscher Familien und Haushalte hinaus, *ländervergleichende* Analysen enthalten.

Die *Struktur* der Zeitschrift wurde zwar auch nach Übernahme der Trägerschaft und Herausgabe der Zeitschrift durch das neugegründete ifb vorübergehend beibehalten, doch wurden bereits Überlegungen auch zum künftigen Status der Zeitschrift angestellt.

Neben wissenschaftlichen Abhandlungen sollten unter der Rubrik „Forum“ u.a. kurze Diskussionsbeiträge veröffentlicht werden, die den aktuellen Stand der Familienforschung und den Stand der Familienentwicklung sowie familienbezogene politische Maßnahmen beschreiben und diskutieren. Es wurde auch die Veröffentlichung von Literaturberichten (Sammelbesprechungen) zu ausgewählten Themenbereichen der Familienforschung angestrebt, um die Leserinnen und Leser der *ZfF* über den aktuellen Stand der internationalen Forschungsliteratur in kritisch würdigender Weise zu informieren. Auch über die Ergebnisse ausgewählter Tagungen und Kongresse, die im Bereich der Familienforschung stattfinden, sollte unter der Rubrik „Nachrichten“ kritisch würdigend berichtet werden. Die Zeitschrift sollte dreimal im Jahr – im April, September und Dezember – im Umfang von 100 bis 130 Druckseiten pro Heft erscheinen.

Zugleich verfolgten die Herausgeber das Ziel, in unregelmäßigen Abständen *Sonderhefte* in Buchform zu ausgewählten, aktuellen Schwerpunktthemen zu veröffentlichen.

2.3. Verlagszeitschrift *ZfF/JFR* (ab Jahrgang 10, ab 1998)

Die Zeitschrift sollte schon 1995/96 in einem Verlag erscheinen, die Realisierung der Pläne hat sich z.T. aus rechtlichen und auch finanziellen Gründen als schwierig und langwierig erwiesen. Ein großzügiges Angebot des Verlages Leske + Budrich hat dann im Jahre 1998 die mit Rückschlägen belastete Suchphase beendet und die Weiterführung der Zeitschrift als unabhängige, auf dem Buchmarkt allgemein zugängliche, wissenschaftliche Fachzeitschrift ermöglicht.

Die Jahrgänge 10-15 (1998-2003) sind bei Leske + Budrich, die Jahrgänge 16 bis 17 (2004-2005) beim Verlag für Sozialwissenschaften erschienen. Seit dem Jahrgang 18 (2006) erscheint die Zeitschrift beim Verlag Barbara Budrich/Barbara Budrich Publishers.

Die im Jahre 1998 durchgeführte Umwandlung der bis dahin institutseigenen Zeitschrift zu einer Verlagszeitschrift hat sich für die künftige Entwicklung als in mehrfacher Hinsicht entscheidend erwiesen. Aus diesem Anlass wurde die inhaltliche und strukturelle Konzeption der *ZfF* erneut verändert. Der Neukonzipierung als Verlagszeitschrift ging eine durchaus kontrovers geführte Diskussion über die Notwendigkeit einer wissenschaftlichen Zeitschrift für Familienforschung voraus. Die wichtigsten Gegenargumente waren durchaus gewichtig. Manche vertraten die Auffassung, dass wegen des die Familie betreffenden Wandels – etwa: Pluralisierung der Lebensformen, De-Institutionalisierung der Familie, rasche Verbreitung nichtehelicher Lebensgemeinschaften – sich der *Gegenstandsbereich* der Familienforschung allmählich auflöst oder so stark verändert, dass dieser mit den bisherigen Methoden der (sozialwissenschaftlichen) Familienforschung nicht mehr zu „greifen“ sei. Andere meinten, dass in der ohnehin hochgradig ausdifferenzierten „Zeitschriftenlandschaft“ eine weitere Zeitschrift – egal mit welcher inhaltlichen Ausrichtung – schlicht überflüssig ist, und wieder andere wandten ein, dass eine solche Zeitschrift finanziell nicht überleben kann.

Doch die Entwicklung des Interesses an Familienfragen in den „90er Jahren“ hat eher die Einschätzung bestätigt, dass der Gegenstandsbereich der Familie für verschiedene

Fachdisziplinen (insbesondere Soziologie, Psychologie, Pädagogik, Demografie) seine Bedeutsamkeit durchaus nicht verloren hat, sondern – im Gegenteil – die Bedeutung der Familie sowohl in der Öffentlichkeit wie auch in der wissenschaftlichen Forschung *zugenommen hat* und weiterhin zunehmen wird. Darüber hinaus hat sich bewährt, dass sich die Fragen der Familienforschung immer mehr disziplinübergreifend stellen und interdisziplinär zu beantworten sind. Die Familienforschung hat in den 1980er und 1990er Jahren einen erfreulichen Aufschwung genommen und zugleich auch zunehmendes Interesse in der Öffentlichkeit erfahren.

Kein Aspekt der Familienentwicklung in Deutschland hat damals die familienwissenschaftliche Diskussion in den letzten Jahrzehnten so stark geprägt wie die wahrgenommenen Veränderungen der Familienformen. Obwohl die Diskussion darüber, ob man es bei dieser Entwicklung wirklich mit einer Pluralisierung, also mit dem Auftreten von neuen und somit einer Zunahme der Formen familialen Lebens zu tun hat, schon seit längerem geführt wurde, galt diese Frage als unentschieden. Dementsprechend wurden in den 1990er Jahren zu diesem Thema die meisten Beiträge eingereicht. Dazu kamen weitere Themen wie familiäre Generationenbeziehungen und Netzwerke, Instabilität der Ehen, Zusammenhänge zwischen Verfassungsnorm und Lebenswirklichkeit von Familien, aber auch Scheidungsursachen, Familiensituation alter Menschen, Kinderarmut, usw.

Die eingereichten Manuskripte bestätigten, dass die Zeitschrift in der Tat Familienforscher(innen) verschiedener Fachdisziplinen angesprochen hat. Ein Rückblick auf die in der Zeitschrift für Familienforschung in den Jahren 1998 bis 2000 veröffentlichten Beiträge lässt bereits in dieser Phase eine erfreuliche Vielfalt von theoretisch und/oder empirisch behandelten Themen, die in der aktuellen Familienforschung aufgegriffen werden, erkennen. In den Folgejahren wurden der Zeitschrift hauptsächlich Beiträge angeboten, die sich neben den strukturellen Veränderungen von Familien auch mit der sozioökonomischen Lage von Familien, den verwandtschaftlichen Netzwerken, Generationenzusammenhängen und Fragen der Familienpolitik beschäftigten.

Die Familienforschung wurde in diesen Jahren in verschiedenen europäischen Ländern durch jeweils eigene Forschungseinrichtungen betrieben. Deshalb sollten die wichtigsten Institute des europäischen Auslandes durch eingeladene Autoren, die diesen Instituten angehörten, vorgestellt werden. Die Herausgeber hofften, auf diese Weise einen Beitrag zur Vernetzung der für die Familienforschung relevanten Institute vor allem des europäischen Auslandes leisten zu können. Solche Beiträge sind in den Folgejahren u.a. über Forschungseinrichtungen in Österreich, den Niederlanden, Großbritannien und Kanada erschienen.

Im Rückblick fällt allerdings auf, dass in dieser Phase zum Thema Funktionen, Gestaltungsaufgaben und Leistungen von Familien nur selten Beiträge eingereicht wurden. Das gleiche gilt z.B. auch für die Thematisierung der unterschiedlichen familienstrukturellen Bedingungsbeziehungen (z.B. Ein-Eltern-Familie, Zwei-Eltern-Familie oder Nachscheidungsfamilien) der familialen Sozialisation und der Persönlichkeitsentwicklung des Kindes. Auch das Aufwachsen der Kinder in nichtehelichen Lebensgemeinschaften im Vergleich zu auf der Ehe basierenden Familien wird in den angebotenen Beiträgen kaum thematisiert. Dies galt auch für andere Gestaltungsaufgaben der Familie wie z. B. das Konsumverhalten, die wirtschaftliche Produktion (z.B. Heim- oder Tlearbeit), die emotionale Unterstützung der Familienmitglieder und familiäre Konfliktlösungsstrate-

gien. Um diesen Trend bewusst zu machen und diesem entgegenzuwirken haben die Herausgeber in regelmäßigen Abständen über den aktuellen Stand der Familienforschung kritisch resümierende Stellungnahmen von namhaften Familienforscherinnen und Familienforschern eingeholt und in der Rubrik „Forum“ veröffentlicht.

Um den wissenschaftlichen Standard der Zeitschrift zu gewährleisten wurden neue, strengere Begutachtungsverfahren für die Veröffentlichung der eingereichten Manuskripte eingeführt. Dazu wurden zunächst zwei oder drei anonymisierte Gutachten eingeholt, in Kenntnis dieser haben die Herausgeber über die Veröffentlichung entschieden. Zur Begutachtung der eingereichten Manuskripte wurden damals vorzugsweise die Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirates gebeten. In dieser Phase gehörten dem Wissenschaftlichen Beirat 30 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (davon fast jeder Dritte aus verschiedenen europäischen Ländern), die im Bereich der soziologischen, psychologischen, demografischen und pädagogischen Familienforschung als durch eigene Forschungsarbeiten ausgewiesene Experten galten.

Auch als Verlagszeitschrift sollte die Zeitschrift nach Beschluss der Herausgeber und der Redaktion dreimal im Jahr im Umfang von etwa 130 Seiten pro Ausgabe erscheinen.

Wenn unter Berücksichtigung dieser sicherlich anspruchsvollen Ziele ein Zwischenresümee gezogen wird, so kann festgehalten werden, dass durch die in dieser Phase veröffentlichten Artikel die anvisierte Themenvielfalt erheblich gesteigert werden konnte. In den Beiträgen wurden zahlreiche Aspekte der Entwicklung von Familien behandelt, diese Themen boten ein „buntes“ und differenziertes Bild der damaligen „Forschungslandschaft“ im Bereich der Familienforschung dar. Was die Beteiligung der verschiedenen Fachdisziplinen angeht, konnte in dieser Phase ein ebenfalls erfreulicher Trend beobachtet werden: Es wurden neben familiensoziologischen Beiträgen immer mehr familienpsychologische, aber auch familienpädagogische und -demografische Themen angeboten. Eine Steigerung der Themenvielfalt erfuhren auch die *theoretisch* behandelten Themen der Familienforschung.

Die Herausgeber wollten in dieser Phase auch verstärkt dazu beitragen, die *interdisziplinäre Kommunikation und Diskussion* der verschiedenen, mit Familie und Haushalt befassten Fachdisziplinen (insbesondere Familiensoziologie, -demografie, -psychologie, und -politik, Haushaltswirtschaft, historische Familienforschung) zu fördern. Im Rückblick kann festgestellt werden, dass dies in dieser Phase vielfach gelungen ist; sieht man einmal von der anvisierten Einbeziehung von Haushaltswissenschaft und historischer Familienforschung ab.

Auch die *Struktur* der Zeitschrift wurde in Verbindung mit der inhaltlichen Neukonzipierung neu festgelegt. Im ersten Teil sollten längere wissenschaftliche Abhandlungen, die den Stand der Forschung mit neuen theoretischen Erkenntnissen und empirischen Befunden bereichern und weiterentwickeln, publiziert werden. In der Rubrik „Forum“ sollten kürzere Diskussionsbeiträge zu kontrovers diskutierten wissenschaftlichen Thesen, zu aktuellen Themen der familienpolitischen Diskussion sowie – wie bereits erwähnt – Selbstdarstellungen von in- und ausländischen Institutionen, die sich der Familienforschung widmeten, veröffentlicht werden.

In der 1998 eingeführten Rubrik „Forschungsnotizen“ sollten kürzere Beiträge, Zwischenergebnisse laufender Projekte aus der Familienforschung, auch Ergebnisse kleinerer Forschungsprojekte, deren Stichproben keine Repräsentativität beanspruchen können, die

jedoch weiterführende innovative Fragestellungen behandeln und methodischen Kriterien des Faches genügen, veröffentlicht werden.

Unter der geschäftsführenden Herausgeberschaft von *Hans-Peter Blossfeld* wurde ab dem Jahrgang 2003 eine weitere strukturelle Neuerung eingeführt: *Schwerpunktthemenhefte*, die eingeladene (Gast-)Herausgeber planen und inhaltlich verantworten sollten. Die anvisierten inhaltlichen Schwerpunkte sollten von kompetenten Wissenschaftler(inne)n konzipiert und vorbereitet werden, wobei sie die Autoren rekrutieren und den jeweiligen Schwerpunkt in einem Einführungstext vorstellen. Später wurde auch die Anzahl der Schwerpunktthemenhefte festgelegt: ab 2008 sollten jährlich zwei *Schwerpunktthemenhefte* und ein thematisch nicht festgelegtes Heft erscheinen.

Zugleich verfolgten die Herausgeber das Ziel, in unregelmäßigen Abständen beim Verlag Barbara Budrich *Sonderhefte* im Buchformat zu Themen, die für die Familienforschung besonders aktuell und relevant sind, zu veröffentlichen. In diesen Sonderheften sollten ebenfalls Beiträge aufgenommen werden, die den Gegenstandsbereich des jeweiligen Themas behandeln *und* einen gegenseitigen Bezug aufweisen. Im Unterschied zu den Schwerpunktthemenheften ist dort die Anzahl der Beiträge wesentlich höher: in ersteren wurden i.d.R. zwischen fünf und sieben Beiträge, in den Sonderheften jedoch im Durchschnitt 14 Beiträge veröffentlicht. Mit der Herausgeberschaft der Sonderhefte sollten in dem jeweiligen Themenbereich besonders ausgewiesene Wissenschaftler(innen) betraut werden.

Dieses Konzept sollte es ermöglichen, einerseits in die aktuelle wissenschaftliche Diskussion durch die zeitnahe Veröffentlichung von Einzelbeiträgen einzugreifen, andererseits aber Forschungsergebnisse in den unterschiedlichen Fachdisziplinen zu einem gemeinsamen Thema der Familienforschung zu bündeln und den aktuellen Forschungsstand widerzuspiegeln und kritisch zu würdigen.

Die Zeitschrift blieb auch in der neuen inhaltlichen Konzeption als Verlagszeitschrift in der Trägerschaft des ifb, das die *ZfF* weiterhin personell und apparativ unterstützte. Dem ifb wurde zudem vom Verlag vertraglich zugesichert, eigenverantwortlich die Rubrik „ifb-Mitteilungen“ zu gestalten. Den Redakteur der Zeitschrift stellt das ifb: bis August 2001 war dies *Hartmut Kasten*, seitdem ist es *Kurt P. Bierschock*. Die Redaktion befand sich bis August 2001 in den Räumen der damaligen ifb-Außenstelle München, seit September 2001 befindet sie sich beim ifb in Bamberg.

Die Zusammensetzung des Herausgebergremiums blieb lange unverändert. 2002 schied *Wolfgang Glatzer* aus dem Herausgeberkreis aus. *Hans-Peter Blossfeld* rückte 2003 im Herausgebergremium nach und übernahm als Leiter des Staatsinstituts auch das Amt des Geschäftsführenden Herausgebers. Im Jahre 2008 schied *François Höpfinger* aus, im gleichen Jahr wurden *Johannes Huinink* (Universität Bremen) und *Michaela Kreyenfeld* (Universität Rostock) in dieses Gremium berufen.

Seit 2012 hat *Henriette Engelhardt-Wölfler* als Leiterin des Staatsinstituts die Position der Geschäftsführenden Herausgeberin inne. Unter ihrer Geschäftsführung kam es zu einem Generationenwechsel in der Herausgeberschaft und einer stärkeren Beteiligung namhafter Familienforscherinnen.

Laszlo A. Vaskovics, *Johannes Huinink* und *Ilona Ostner* sind im Jahre 2016, *Hans-Peter Blossfeld* ist im vergangenen Jahr (2017) aus dem Herausgeberkreis ausgeschieden.

Gegenwärtig (2018) gehören dem weiterhin interdisziplinär zusammengesetzten Herausgebergremium an: *Henriette Engelhardt-Wölfler* (Otto-Friedrich-Universität Bamberg), *Anette Eva Fasang* (Humboldt-Universität zu Berlin), *Michaela Kreyenfeld* (Hertie School of Governance Berlin), *Birgit Pfau-Effinger* (Universität Hamburg), *Matthias Pollmann-Schult* (Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg) und *Ulrike Zartler* (Universität Wien).

Die veränderte personelle Zusammensetzung hatte natürlich Konsequenzen für inhaltliche Gestaltung, Struktur und „Strategie“ der Zeitschrift. Der neue Herausgeberkreis strebte eine weitere Diversifikation der Beiträge aus verschiedenen familienbezogenen Forschungsbereichen an und hat dies auch realisiert.

Es gab in diesen Jahren auch in der Zusammensetzung des Wissenschaftlichen Beirats der *ZfF* größere Veränderungen. Insbesondere wurde der Beirat verkleinert und auch verjüngt. Zudem wurde versucht, alle wichtigen Fachdisziplinen der Familienforschung personell einzubinden und die rasche Umsetzung der geplanten stärkeren Internationalisierung der Familienforschung voranzutreiben.

2.4. Internationalisierung der *ZfF*/*JFR* (ab Jahrgang 16, ab 2004)

Die ersten 15 Jahrgänge richteten sich primär an das Fachpublikum in den deutschsprachigen Ländern. Ab dem 10. Jahrgang (1998) wurde die Zusammenfassung der veröffentlichten Beiträge ins Englische übersetzt. Dies war der erste Schritt in Richtung Öffnung der Zeitschrift für die nicht-deutschsprachigen Leser(innen). Die *ZfF* sollte aber nach dem Beschluss der Herausgeber auch ein Forum sein für *europäisch vergleichende* Untersuchungen und Beiträge, die Fragestellungen aus dem Bereich der Familienentwicklung *länderübergreifend und ländervergleichend* thematisieren. Derartige Beiträge wurden – wenn überhaupt – hauptsächlich von Autoren aus nicht-deutschsprachigen europäischen Ländern angeboten. Als zweiter Schritt wurde im Jahre 2005 die deutsche Übersetzung solcher englischsprachigen Beiträge beschlossen. Doch dies stellte die Redaktion und die Herausgeber vor zeitliche, und zum Teil auch finanzielle Probleme. Die Herausgeber hatten bereits im Jahre 2002 in Erwägung gezogen, der europäischen Integration und damit der Europäisierung der Sozialwissenschaften künftig auch bei der Konzeption der Zeitschrift stärker Rechnung zu tragen. Dies sollte unter anderem in Form einer stärkeren Einbeziehung familienwissenschaftlicher Beiträge, auch aus anderen europäischen Ländern geschehen. Als dritter Schritt wurde daher beschlossen, die Zeitschrift, wenn auch behutsam, für Autoren mit nicht-deutscher Muttersprache aus den nicht-deutschsprachigen Ländern Europas zu öffnen. Es wurde beschlossen, in Zukunft mehr Originalbeiträge in englischer Sprache in der Zeitschrift für Familienforschung zu veröffentlichen. Durch die Veröffentlichung von Beiträgen von Wissenschaftler(innen) nicht-deutschsprachiger Länder ist es in den Jahrgängen 15 bis 18 (2001-2004) der Zeitschrift zwar gelungen, Einblicke in die Familienforschung einzelner europäischer Länder exemplarisch zu ermöglichen, aber eben nur exemplarisch.

Die *ZfF* sollte nach den Bestrebungen der Herausgeber ein herausragendes Publikationsforum für Beiträge aus dem Bereich der europäischen Familienforschung werden. Diesem erklärten Ziel ist die Zeitschrift im Laufe der Folgejahre näher gekommen, doch ein Durchbruch zur Internationalisierung der Zeitschrift ist erst seit 2005 gelungen. Hans-

Peter Blossfeld hat ab 2003 als Geschäftsführender Herausgeber diese Entwicklung engagiert gefördert. Dieser Wechsel markiert eine weitere Zäsur in der Entwicklung der Zeitschrift und leitete eine neue Phase ein, die ich als die „Internationalisierung der Zeitschrift“ bezeichnen möchte. Die Zeitschrift hat sich seit 2005 zu einem zweisprachigen wissenschaftlichen Journal, auch im europäischen Kontext, entwickelt. Nach einem erfolgreich durchlaufenen Begutachtungsprozess werden die Beiträge in deutscher oder in englischer Sprache veröffentlicht, wobei der Titel, die Zusammenfassung und die Schlagwörter auch in der jeweils anderen Sprache abgedruckt werden. Seit 2007 führt die Zeitschrift den Doppeltitel *Zeitschrift für Familienforschung*/*Journal of Family Research*. Zu Recht, da die Anzahl englischsprachiger Beiträge in der ZfF/JFR deutlich zunahm und zudem die letzten beiden Sonderhefte 10 (Hrsg.: Zartler/Heintz-Martin/Arránz Becker 2015) und 11 (Hrsg.: Betz/Honig/Ostner) ausschließlich Beiträge in englischer Sprache enthielten.

2.5. *ZfF/JFR online*

Eine weitere Zäsur in der Entwicklung der Zeitschrift ist die Erreichbarkeit der Zeitschrift im Internet, die schrittweise realisiert wurde. Beginnend mit Heft 3/2001 sind die deutschen und englischen Zusammenfassungen aller veröffentlichten Beiträge unter www.journal-of-family-research.eu einsehbar. Des Weiteren stehen dort auch die Volltexte dieser Beiträge bis einschließlich Heft 3/2016 über einem Link zum *Social Science Open Access Repository* (SSOAR) zur Einsicht und zum Herunterladen zur Verfügung. Gleiches gilt auch für den Internetauftritt der Zeitschrift beim Verlag Barbara Budrich, der unter <https://www.budrich-journals.de/index.php/zff> zu erreichen ist.

Dem Prinzip des sogenannten *moving wall* folgend, das besagt, dass zwei Jahre zwischen der Veröffentlichung in gedruckter und digitaler Form und der Freigabe der Volltexte zum kostenfreien Herunterladen liegen müssen, stehen die vollständigen Beiträge ab Heft 1/2017 in der Regel nur den Abonnenten der Druck- bzw. der Druck- und Online-Version zur Verfügung.

Darüber hinaus können die einzelnen Beiträge, die ab Heft 1/2017 erschienen sind, gegen Entrichtung einer Gebühr an den Verlag über die bereits erwähnte Zeitschriftenseite des Verlags Barbara Budrich heruntergeladen werden.

Der Verlag bietet zudem den Autor(inn)en der *ZfF/JFR* im Rahmen seiner *Open Express*-Option gegen Zahlung einer entsprechenden Gebühr an, ihre Beiträge zeitgleich mit der Veröffentlichung der Druck- und der Online-Ausgabe als *open access* zu publizieren und somit dem Leser(inn)en kostenlos als PDF zum Herunterladen zur Verfügung zu stellen.

Des Weiteren ist die Zeitschrift in vielen der Online-Zeitschriftenportale enthalten, die die Universitätsbibliotheken ihren Nutzern – zu unterschiedlichen Bedingungen hinsichtlich der Verfügbarkeit der Volltexte – zur Verfügung stellen. Der Zugang erfolgt durch eine so genannte IP-Freischaltung in Form einer digitalen Mehrplatzlizenz oder einer Campuslizenz.

Der Verlag vergibt in Zusammenarbeit mit *Crossref* für die einzelnen Beiträge der Zeitschrift *Digital Object Identifiers*, kurz: DOIs. Auf diese Weise können diese eindeutig identifiziert werden, sind weltweit sichtbar und auffindbar.

Nach Verlagsangaben wurden im Jahre 2014 22.189 Mal Volltexte heruntergeladen, im Verlaufe des gesamten Jahres 2015 wurden 23.783 Zugriffe registriert, im Jahre 2017 war dies bereits 52.051 Mal der Fall. Die letzten Zahlen liegen – aus technischen Gründen – leider nur für den Zeitraum 1. Januar 2018 bis 16. März 2018 vor, in diesen 2 ½ Monaten wurden 8.817 Zugriffe auf Volltexte registriert.

Neben dem renommierten *Social Sciences Citation Index* (Web of Science, SSCI, Clarivate Analytics), in welchem die Zeitschrift seit Heft 1/2008 geführt wird, ist die ZfF/JFR nach Verlagsangaben gegenwärtig in den folgenden externen Datenbanken vertreten bzw. wird auf den folgenden Webseiten indiziert: CNKI, CNPeReading, Crossref, EBSCO, GBI-Genios, GESIS, Google Scholar, IBR-Online, IBZ-Online, NSD, ProQuest Politics Collection, ProQuest Sociology Collection, ProQuest Social Science Premium Collection, PSYINDEX, PubPsych, scholars-e-library, SCImago, SCOPUS, SSOAR und Ulrichsweb (siehe: <https://budrich-journals.de/index.php/zff/index>).

3. Publikationen

Seit Gründung der Zeitschrift sind rund 90 Hefte, davon 23 Schwerpunktthemenhefte mit inhaltlich unterschiedlich fokussierten Themen erschienen. In den Heften ohne Schwerpunktsetzung und in den so genannten Schwerpunktthemenheften wurden 435 wissenschaftliche Artikel veröffentlicht, davon über 70 englischsprachige Beiträge. Neben den genannten Heften wurden 11 Sonderhefte im Buchform beim Verlag Barbara Budrich zu ausgewählten, klar umrissenen Themen veröffentlicht, davon enthalten die meisten nur deutsch- und zirka ein Drittel deutsch- und englischsprachige Beiträge. Wie bereits erwähnt, wurden in den letzten zwei Sonderheften nur englischsprachige Artikel veröffentlicht. In diesen elf Sonderheften wurden rund 150 Beiträge publiziert. In allen genannten Heften wurden im Laufe der vergangenen 30 Jahre insgesamt fast 600 Artikel veröffentlicht.

Die in den Schwerpunktthemen- und Sonderheften aufgenommenen Einzelbeiträge sind, wie schon beschrieben, inhaltlich auf das jeweilige Schwerpunktthema fokussiert und aufeinander bezogen. Die Gastherausgeberinnen und -herausgeber resümieren jeweils in ihrer zusammenfassenden Einleitung den wissenschaftlichen Ertrag der einzelnen Beiträge bezüglich aktuellem Forschungsstand im ausgewählten Themenbereich.

Diese Publikationen erstrecken sich inhaltlich auf nahezu alle Forschungsgebiete und thematisieren die wichtigsten, empirisch und theoretisch relevanten Fragestellungen der soziologischen, m.E. auch der psychologischen, demografischen, der politikwissenschaftlichen sowie der pädagogischen Familienforschung. Es ist nicht möglich, diese Themenvielfalt der veröffentlichten Beiträge im hier vorgegebenen Rahmen detailliert darzustellen. Ich kann diese hier nur durch die stichwortartige Beschreibung der Themenvielfalt der Schwerpunktthemen- und Sonderhefte exemplarisch illustrieren.

In den ersten Schwerpunktthemenheften wurden folgende Themen fokussiert behandelt: Neuere Entwicklungen im Bereich der Familie (Kinderwunsch und Realität, kinderlose Ehen, Neue Väter). In einem nachfolgenden Schwerpunktthemenheft ging es um die Diskussion der Frage „Wo steht die Familienforschung?“ – dies aus der Sicht der Familiensoziologie, Familienpsychologie und Familienpädagogik. Sowohl der Stand der Theoriebildung in der Familiensoziologie als auch der Stand der empirischen Familiensozio-

logie wurde in den aufgenommenen Einzelbeiträgen kritisch gewürdigt. Anschließend wurde in einem Schwerpunktthemenheft das Thema „Generationentransfers“ am Beispiel der Unterstützungsleistungen im Alter, Familienpolitik und Müttererwerbstätigkeit unter die Lupe genommen. Durch den Übergang vom Alleinverdienermodell zum Zuverdiener- und Doppelterdienermodell ist die wechselseitige Abstimmung von Karrieren von Partnern und Eheleuten in den Mittelpunkt des öffentlichen und wissenschaftlichen Interesses gerückt. Die Herausgeber haben darauf mit der Veröffentlichung eines Schwerpunktthemenheftes zu diesem Thema reagiert. Diese Zusammenhänge wurden auch im Schwerpunktthema „Dual-career couples“ unter Berücksichtigung verschiedener europäischer Länder beschrieben und analysiert. Ein weiteres Heft wurde dem Thema „Kinderarmut in Europa“ gewidmet. In einem folgenden Heft wurden die Zusammenhänge zwischen Fertilität und Frauenerwerbstätigkeit anhand empirischer Ergebnisse und Diskussionsbeiträge thematisiert. Auch das höchst aktuelle Thema „Heiratsmuster ethnischer Minderheiten in Europa“ wurde in einem Schwerpunktthema fokussiert aufgegriffen. Dasselbe gilt für das Schwerpunktthema „Mobilität und Familie“. Fokussiert wurde auch das Thema der Auswirkungen der gesellschaftlichen und ökonomischen Veränderungen in den Übergangsgesellschaften Mittel- und Osteuropas auf die „gender relations“. Auch bisher kaum untersuchte Themen wie „Aspekte von Partnerschaftsbörsen“ im Internet wurden als Schwerpunkt thematisiert. Hier ging es um die Prozesse der Partnerwahl auf Online-Kontaktbörsen. Ebenso behandelt wurden Probleme und Fragen der frühen Förderung von Kindern in den Familien. Auch der aktuellen Entwicklung von „Stiefelternfamilien“ wurde ein Schwerpunktthemenheft gewidmet, Dazu kamen in den letzten Jahren Schwerpunkthemen wie die Generationenbeziehungen und Generationsperspektiven in türkischen Familien in Deutschland, Ziele und Wirkungen des Elterngeldes und der Elternzeit, zeitliche Platzierung der Geburt von Kindern und deren Einflussfaktoren, aber auch das komplizierte Verhältnis von Elternhaus, Kind und Schule. In den neueren Veröffentlichungen kamen Schwerpunktthemen wie Kinderlosigkeit und Kinderreichtum in Deutschland, das Spannungsverhältnis zwischen Familienentwicklung und Familienrecht, Väter und Berufstätigkeit und Zeitverwendung in der Familie dazu.

Aktuelle, theoretisch wie politisch bedeutsame Themen der interdisziplinären Familienforschung konnten noch intensiver und umfassender im Rahmen der Sonderhefte analysiert und diskutiert werden. Die bisher veröffentlichten elf Sonderhefte haben folgende Themenbereiche behandelt: Gesellschaftliche Rahmenbedingungen und individuelle Gestaltungsaufgaben der Elternschaft, Eltern-Kind-Beziehungen im Jugend- und früheren Erwachsenenalter. Ein eigenes Sonderheft war den aktuellen Fragen der sozialwissenschaftlichen Männerforschung gewidmet (Das „vernachlässigte“ Geschlecht in der Familienforschung). Das nächste Thema war das komplexe Beziehungsgeflecht zwischen Arbeitszeit, Familienzeit und Lebenszeit. Ein weiteres Heft hat die in der sozialwissenschaftlichen Forschung bekannt gewordenen Prognosen und Szenarien der künftigen Entwicklung der Familie analysiert und diskutiert. Auch damals viel diskutierte Fragen der Partnerschaft und Elternschaft bei gleichgeschlechtlichen Paaren wurde fokussiert behandelt. Die Pluralisierung der Elternschaft und Kindschaft und ihre Konsequenzen für die Gesetzgebung und Rechtsprechung diskutierten Soziologen, Psychologen und Rechtswissenschaftler in einem weiteren Sonderheft. Das höchst aktuelle Thema der Familien- und Partnerschaftsentwicklung in Ost- und Westdeutschland im Vergleich wurde eben-

falls ausführlich behandelt. In den letzten zwei (englischsprachigen) Sonderheften ging es um die Entwicklung von Nachscheidungsfamilien und die Alltagsgestaltung der Elternschaft in europäischen Ländern.

4. Resümee

Abschließend möchte ich die beschriebene Entwicklung der *ZfF/JFR* (z.T. selbst-)kritisch würdigend resümieren. Die erklärte Zielsetzung der Zeitschrift war, die interdisziplinäre Diskussion über alle familienbezogenen Fragestellungen zu fördern, die kritische Auseinandersetzung mit dem aktuellen Forschungsstand zu unterstützen und neue theoretische und methodische Forschungsansätze in der Familienforschung vorzustellen.

Es stellt sich aus der Retrospektive auf 30 Jahre natürlich die Frage: wurden diese Zielsetzungen erreicht?

Die Fragen der Familienforschung stellen sich immer mehr disziplinübergreifend und sind interdisziplinär zu beantworten. Die Entscheidung der Herausgeber, die *Zeitschrift für Familienforschung* als eine interdisziplinäre Zeitschrift zu konzipieren, hat sich meines Erachtens im Rückblick auf diese 30 Jahre als richtig erwiesen. Die Zielsetzung der Zeitschrift, die interdisziplinäre Diskussion über alle familienbezogenen Fragestellungen zu fördern, die kritische Auseinandersetzung mit dem aktuellen Forschungsstand zu unterstützen und neue Forschungsansätze in der Familienforschung vorzustellen, wurde der Tendenz nach erreicht. Trotz einiger noch nicht oder nur teilweise erreichten, ursprünglich anvisierten Ziele befindet sich die Zeitschrift auf dem richtigen Weg. Sie gilt in Deutschland – und immer mehr auch im europäischen Kontext – inzwischen als ein anerkanntes und geschätztes Forum wissenschaftlicher Publikationen aus dem Bereich der Familienforschung. Sie gilt als die führende wissenschaftliche Zeitschrift für Familienforschung in den Sozial- und Humanwissenschaften in deutschsprachigen und immer mehr auch in anderen europäischen Ländern.

Seit drei Jahrzehnten veröffentlicht die *ZfF/JFR* Originalarbeiten zu theoretischen, empirischen und methodologischen Fragestellungen über alle Aspekte und Phasen des Zusammenlebens in Familien und Partnerschaften, über den gesamten Lebenslauf sowie zu den Wechselbeziehungen zwischen Familie und Gesellschaft. Die im Laufe der vergangenen drei Jahrzehnte veröffentlichten Beiträge erstrecken sich inhaltlich auf fast alle relevanten und aktuellen Gebiete der soziologischen, und mehrere Gebiete der psychologischen, demografischen, pädagogischen und – wenn auch auf Spezialthemen beschränkt – rechtswissenschaftlichen, politikwissenschaftlichen und wirtschaftswissenschaftlichen Familienforschung. Die Autoren sind namhafte Vertreter ihrer Fachrichtungen in Forschung und Lehre, aber vor allem viele jüngere Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler haben ihre familienbezogenen Forschungsergebnisse in der *ZfF/JFR* publiziert. Man kann resümierend feststellen, dass die Akteure der deutschen und zunehmend auch der europäischen Familienforschung verschiedener Fachdisziplinen die Zeitschrift angenommen haben.

Als richtig hat sich in der Vergangenheit auch die gewählte Struktur der Zeitschrift erwiesen. Sie hat ermöglicht, neben ausführlicheren Beiträgen aus der familienbezogenen Grundlagenforschung kürzere Abhandlungen zu speziellen Forschungsfragen und Kurz-

berichte über die Zwischen- und Endergebnisse laufender und vor kurzem abgeschlossener Forschungsprojekte regelmäßig zu publizieren.

Besonders möchte ich die Wichtigkeit der Konzipierung von Schwerpunktthemenheften hervorheben. Die regulären Hefte ohne Schwerpunktsetzung haben Autorinnen und Autoren die Möglichkeit gegeben, aktuelle Forschungsergebnisse und Diskussionsbeiträge zeitnah auch jenseits der jeweiligen Schwerpunktthemen zu publizieren. Die Schwerpunktthemenhefte haben wiederum die Möglichkeit eröffnet, zum selben Themenbereich von mehreren Autoren, oft auch aus der Sicht mehrerer Fachdisziplinen Ergebnisse aus der Familienforschung der wissenschaftlichen Öffentlichkeit „verdichtet“ vorzustellen und zur Diskussion zu stellen.

Im Laufe des letzten Jahrzehnts hat sich auch die Struktur der Zeitschrift verändert. Mit den Rubriken „Forum“ und „Forschungsnotizen“ wollten die Herausgeber(innen) es ermöglichen, dass über aktuelle Forschungsprojekte möglichst zeitnah – auch durch kürzere Beiträge – berichtet wird. Insbesondere auch jüngeren Wissenschaftler(inne)n sollte es so ermöglicht werden, Zwischenergebnisse ihrer Forschungsarbeiten zu veröffentlichen. Aufgrund der kontinuierlichen Steigerung der wissenschaftlichen Qualitätskriterien bekamen die regulären Forschungsartikel ein immer größeres Gewicht, sodass das „Forum“ entfiel und Forschungsnotizen kaum noch veröffentlicht wurden. Diese Entwicklungen waren m.E. folgerichtig und konsequent.

Auch die Entscheidung von Zeit zu Zeit Sonderhefte zu veröffentlichen, erweist sich aus einer rückblickenden Betrachtung als richtig. Zur inhaltlichen Gestaltung konnten die wichtigsten Autoren des Inlandes und des europäischen Auslandes zusammengeführt werden, die im jeweiligen Themenbereich aktuell forschend tätig waren. Durch die Sonderhefte ist es gelungen den Stand der Familienforschung in den ausgewählten Themenbereichen aktuell abzubilden und zusammenfassend kritisch zu resümieren. Es ist gelungen, Themenbereiche, die bisher in der Familienforschung eher vernachlässigt wurden, in die aktuelle wissenschaftliche Diskussion einzubringen (z.B. Partnerschaft und Elternschaft bei gleichgeschlechtlichen Paaren, Pluralisierung von Kindschaft und Elternschaft, Männerforschung).

Die Entscheidung, die inhaltliche Konzipierung und Herausgabe der Schwerpunktthemenhefte und Sonderhefte an Familienforscherinnen und Familienforschern zu übertragen, die in dem ausgewählten Themenbereich als besonders gut ausgewiesen waren, hat sich als zukunftsweisend für die Zeitschrift erwiesen. Denn es ist ihnen gelungen, im Besitz ihres Überblickswissens einschlägige Beiträge von kompetenten Autoren im Rahmen der betreuten Schwerpunktthemen- und Sonderhefte zu jeweils homogenen Projekten „zusammenzuführen“.

Es war richtig, die Sprachbarrieren für die Verbreitung der Zeitschrift im europäischen Ausland durch Öffnung der Zeitschrift für englischsprachige Beiträge zu überwinden. Dadurch haben die Herausgeber den Weg zur Internationalisierung der Zeitschrift geöffnet.

Sowohl die regulären Hefte als auch die Sonderhefte sind als gedruckte Version und Online erhältlich. Es war richtig, in den letzten Jahren die Online-Version der Zeitschrift auf dem Markt schrittweise durchzusetzen und vorrangig zu fördern, aber zugleich die Printversion (zumindest für eine überschaubare Zeit) beizubehalten.

Als Zielgruppen wurden und werden Forscherinnen und Forscher, die sich mit familienbezogenen Fragestellungen befassen, angesehen: in erster Linie Soziolog(inn)en, Psy-

cholog(inn)en, und Bevölkerungswissenschaftler(innen), aber auch Politikwissenschaftler(innen), Wirtschaftswissenschaftler(innen), Rechtswissenschaftler(innen), Sozialpädagoge(inn)en, Expert(inn)en in der Politikberatung, der Wohlfahrtspflege und in den NGOs und politische Entscheidungsträger(innen). Es gibt aber keine wirklich verlässlichen Informationen darüber, wie sich die Leserschaft der Zeitschrift gegenwärtig zusammensetzt.

Die hier beschriebenen Phasen der Entwicklung haben Herausgeber in wechselnder personeller Zusammensetzung gelenkt und verantwortet. Dies gilt auch für die Geschäftsführung der Herausgeberschaft. Die Entscheidung, die „Amtszeit“ der Herausgeber(innen) zeitlich zu beschränken, war m.E. richtig. Auf diese Weise konnte gewährleistet werden, dass auch die jeweils unterschiedlichen Forschungsschwerpunkte, theoretischen Orientierungen und methodischen Präferenzen der Herausgeber(innen) bei der Gestaltung der Zeitschrift zur Geltung kamen. Es gab fruchtbare Diskussionen unter den Mitgliedern des Herausgeberkreises bei der Festlegung der Inhalte und der Verantwortlichen für die Schwerpunktthemen- und Sonderhefte oder bei der Einladung an bestimmte Autoren, für die Zeitschrift Beiträge einzureichen. Auch die geschäftsführenden Herausgeber haben unterschiedliche inhaltliche wie strategische Ziele gesetzt, wovon die Zeitschrift profitieren konnte.

Und zum Schluss: Ohne die kooperierende, unterstützende Mitwirkung und Begleitung der Verlage Leske + Budrich und seit 15 Jahren des Verlages Barbara Budrich, aber auch ohne das Engagement der Verlage in Belangen der Familienforschung könnte die Zeitschrift derzeit nicht diese positive Bilanz aufweisen. Dafür gebührt dem Verlag Barbara Budrich Respekt und Anerkennung. Anerkennung verdient auch die Redaktion der Zeitschrift für den unermüdlichen Einsatz bei der organisatorischen Begleitung des Begutachtungsprozesses, der redaktionellen Vorbereitung der Beiträge für die Drucklegung, aber auch für die organisatorische Unterstützung des Herausgebergremiums bei der Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen und für die erfolgreiche „Brückenfunktion“ bei der oft nicht einfachen Kommunikation zwischen den verschiedenen Akteuren.

Bei der Konzipierung der Zeitschrift war auch daran gedacht, ein Forum auch für die Veröffentlichung der Ergebnisse der Haushaltsforschung, Verwandtschaft- und Lebenslaufforschung anzubieten. Doch auf dem Gebiet der Haushaltsforschung wurden kaum Beiträge angeboten. Dies hat wohl in erster Linie mit dem unbefriedigenden Forschungsstand in diesem Bereich zu tun. Etwas anders verhält es sich bei der familienbezogenen Verwandtschaftsforschung und vor allem bei der Lebenslaufforschung. Aus diesen Bereichen konnten im Laufe der vergangenen drei Jahrzehnte zwar wichtige Beiträge veröffentlicht werden, doch relativ viele und wichtige Ergebnisse der Familienforschung sind in anderen Publikationsorganen „gelandet“. Dies gilt z.B. für die familienbezogene Lebenslaufforschung, aber auch für die demografische Familienforschung.

Dies hat sicherlich auch mit einer Fehleinschätzung der Zeitschriftenlandschaft zur Zeit der Gründung der Zeitschrift und ihrer Konzipierung als Verlagszeitschrift zu tun. Mit der Festlegung der inhaltlichen Ziele der Zeitschrift war damals eine vermutete Lücke hinsichtlich der auf dem Markt bereits präsenten wissenschaftlichen Zeitschriften anvisiert. Doch die Zeitschrift für Familienforschung musste vom Anfang an mit anderen familienbezogenen Fachzeitschriften und Periodika konkurrieren. Dies gilt insbesondere für Fachzeitschriften im englischen Sprachraum. So muss nach wie vor in Kauf genommen werden, dass Ergebnisse der Familienforschung auch in anderen Fachzeitschriften veröffentlicht werden.

Dazu kommt, dass insbesondere *theoretische* Beiträge der soziologischen, psychologischen, sozialpädagogischen und demografischen Familienforschung vorzugsweise in thematisch nicht fokussierten Zeitschriften (Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Zeitschrift für Soziologie u.a.) veröffentlicht werden.

Die ursprünglich gehegte Hoffnung, dass sich die Zeitschrift auch zu einem lebendigen *Diskussionsforum* der interdisziplinären Familienforschung auch zwischen Autoren untereinander und zwischen Autoren und Lesern entwickeln wird, konnte bisher nur teilweise realisiert werden. Die meisten veröffentlichten Beiträge, die in der Erwartung weiterer Diskussionsbeiträge veröffentlicht wurden, sind ohne unmittelbare Resonanz der Leser geblieben.

Und wenn man nun den Blick nach vorne richtet, dann bleibt die m.E. berechtigte Hoffnung, dass es den Herausgeber(inne)n gelingt, nicht nur den erreichten Stand und die Position auf dem deutschen und europäischen Zeitschriftenmarkt zu halten, sondern weiter auszubauen und mit einem eigenen Profil zu bereichern. Der eingeschlagene Weg muss allerdings immer wieder neu überprüft, resümiert und – wenn nötig – korrigiert bzw. modifiziert werden.

Salmon migration and fertility in East Germany – An analysis of birth dynamics around German reunification

„Salmon migration“ und Fertilität in Ostdeutschland – Eine Analyse des Geburtenverhaltens nach der Wiedervereinigung

Abstract:

This paper uses rich administrative data from the Deutsche Rentenversicherung (German Pension Fund) to describe changes in the timing and the spacing of births that occurred in the period following German reunification. We examine differences in the birth dynamics of East Germans, West Germans, and women who migrated between the two parts of Germany in these years. As the pension registers provide monthly records on whether a person is living in East or West Germany, they also allow us to examine the role of regional mobility in birth behaviour. In particular, we test the “salmon hypothesis”, which suggests that migrants are likely to postpone having a child until after or around the time they return to their region of origin. Our investigation shows that a large fraction of the cohorts born in 1965-74 migrated to West Germany after reunification, but that around 50% of these migrants returned to East Germany before reaching age 40. The first birth risks of those who returned were elevated, which suggests that the salmon hypothesis explains the behaviour of a significant fraction of the East German population in the period following German reunification.

Key words: births, fertility, Germany, order-specific fertility behaviour, register data, internal migration, return migration

Zusammenfassung:

In diesem Beitrag werden die Registerdaten der deutschen Rentenversicherung verwendet, um die Übergänge zum ersten Kind und das „Spacing“ weiterer Kinder in der Zeit nach der Wiedervereinigung zu beschreiben. Wir untersuchen dabei das Geburtenverhalten von ostdeutschen und westdeutschen sowie jenen Frauen, die zwischen den beiden Landesteilen migriert sind. Da in den Rentenregistern monatsgenaue Angaben zum Wohnort enthalten sind, erlauben sie es den Zusammenhang von räumlicher Mobilität und Geburtenverhalten zu analysieren. Insbesondere untersuchen wir die „Salmon Hypothese“ (Lachshypothese), der zufolge Geburten bis zur Rückkehr der Migrantinnen in ihre Herkunftsregion aufgeschoben werden. Unsere Analysen zeigen, dass ein erheblicher Teil der ostdeutschen Frauen der Geburtsjahrgänge 1965-74 nach Westdeutschland migrierte, jedoch bis zum Alter 40 etwa 50% von ihnen nach Ostdeutschland zurückgekehrt sind. Die Erstgeburtenraten der Rückkehrerinnen sind erhöht, was darauf hinweist, dass die „Salmon Hypothese“ das Verhalten eines großen Teils der Ost-West-Migrantinnen beschreiben kann.

Schlüsselwörter: Geburten, Fertilität, Deutschland, ordnungsspezifisches Geburtenverhalten, Registerdaten, Binnenmigration, Rückkehrmigration

1 Alphabetical order chosen. Both authors have contributed equally to this contribution.

1. Introduction

After the collapse of communism, annual fertility rates declined in most countries of Central and Eastern Europe (Billingsley 2009; Frejka/Sobotka 2008; Perelli-Harris 2008; Sobotka 2003; Sobotka/Zeman/Kantorova 2003; Zakharov 2008). The most radical change was in East Germany, where the period fertility rate fell to just 0.77 children per woman in 1994. This unprecedented shift in demographic behaviour in response to changes in economic and societal conditions sparked a lively debate among demographers about its causes. Some researchers focused on the adverse economic conditions that may have suppressed birth rates (Bernardi/Klärner/von der Lippe 2007; Eberstadt 1994; Witte/Wagner 1995), while others pointed to the biographical opportunities that opened up after reunification, noting that East Germans were given the option of escaping poor employment prospects in their home region by moving to the more prosperous western part of the country (Beck-Gernsheim 1997). Both of these arguments implicitly assume that births are life course decisions that can be brought forward or postponed depending on current or anticipated future conditions. As more than 25 years have passed since German reunification, we now have a sufficient time span to study to provide a conclusive answer to the question of how societal change affected birth timing and parity progression in East Germany.

In this paper, we use rich administrative data to give a nuanced account of the order-specific birth behaviour of women who were at risk of childbearing in the period around German reunification. Order-specific birth data are needed to understand the fertility behaviour of a population, allowing us to answer key questions, such as whether family formation is postponed across the life course, whether childlessness is on the rise, and whether additional births have been spaced further apart. While this type of information is readily available from the vital statistics or census data for many European countries, this has not been the case for Germany, as fertility histories have not been collected in Germany's microcensuses or in the 2011 census. While order-specific information was collected in the vital statistics of the GDR, this practice was discontinued following German reunification. In 2008, the German Statistical Office reformed its system of vital statistics, and now collects order-specific fertility. But because this is a rather recent change in documentation practices, Germany still lacks long time series of order-specific fertility data. Hence, Germany lacks the statistical data that would be needed to study order-specific fertility behaviour by female birth cohort, or to conduct an order-specific fertility analysis for the first two decades after reunification. The pension registers are the only sources of large-scale data for Germany that could be used to fill the gap in the official statistics by providing the data needed to study order-specific fertility behaviour by birth cohort. The German pension registers are also an ideal source of information for investigating East-West differences, as well as mobility between East and West Germany (see also Grunow and Müller (2012) for analysis on East-West-differences in women's employment based on pension and employment registers). Many statistical sources no longer distinguish between East and West Germany. This distinction has been retained in the German pension data because the calculation of East and West German pensions has still not been harmonised. Thus, the Pension Fund continues to keep track of whether individuals are living in East or West Germany.

This paper exploits the pension data to give a detailed account of order-specific fertility behaviour in East and West Germany, and to examine how fertility is related to migration between the two regions. The contribution of this paper to the literature is three-fold. *First*, we examine the order-specific birth behaviour of women who were at risk of childbearing around the time of German reunification. While there is some existing research on order-specific birth behaviour in Germany (Goldstein/Kreyenfeld 2011; Kreyenfeld 2003; Kreyenfeld/Scholz/Peters/Wlosnewski 2010; Pötzsch 2012), there are no studies that cover the critical period of the 1990s. *Second*, we provide evidence on the birth timing of people who migrated from East to West Germany, and vice versa, in the years around the time of reunification. *Third*, we provide evidence on the birth behaviour of return migrants. Drawing an analogy to the “salmon bias hypothesis” employed in research on migration and mortality, which argues that regional differences in mortality can be affected by the tendency of migrants to return to their place of origin at later life stages, we explore the question of whether there was a pattern of East-West German migrants postponing having their first child until they had migrated back to East Germany. All our investigations are conducted from the cohort perspective. Our analysis focuses on the 1950-1974 cohorts who were of reproductive ages around the time of reunification.

2. Institutional background and prior research

2.1 *Social policies and economic constraints*

After the demise of communism, new challenges emerged for comparative social policy scholars. The literature that had previously been concerned with the classification of Western European countries into conservative, liberal, and social democratic countries (Arts/Gelissen 2002; Esping-Andersen 1999; Sainsbury 1999) now grappled with the question of how Central and Eastern European (CEE) countries should be integrated into existing typologies. Scholars became increasingly aware that any attempts at classification could turn out to be premature, as the economic recession in many CEE countries curbed efforts to establish a functioning welfare state (Pascall/Lewis 2004; Thévenon 2011). Moreover, even though East Germany fell into a deep recession after the fall of the Berlin Wall, the path the welfare state system would follow in a reunited Germany was largely pre-determined. The Berlin Wall fell on 9 November 1989. Less than a year later, the former East German legal system was basically nullified by the Unification Treaty and replaced by West German regulations.

At that time, West Germany was widely seen as a prototypical conservative and familialistic welfare state. As the system of joint taxation heavily taxed the “second earner”, women had strong incentives to withdraw from the labour market after childbirth. However, it would be too narrow to attribute West Germany’s commitment to familialism to the system of joint taxation alone. It should also be noted that West Germany had comprehensive regulations that supported the single-earner model by buffering families from the adverse economic effects that often occur when one partner withdraws from the labour market. These measures included ex-spousal support after marital breakdown, the

coverage of non-working wives in the health care system, and a fairly generous survivor's pension. The parental leave system also fit into that logic. With a monthly payment of only DM 600 (approx. € 300), it was never meant to replace the income from full-time employment. Instead, it was intended as a benefit that would reward women for their "child-rearing efforts".

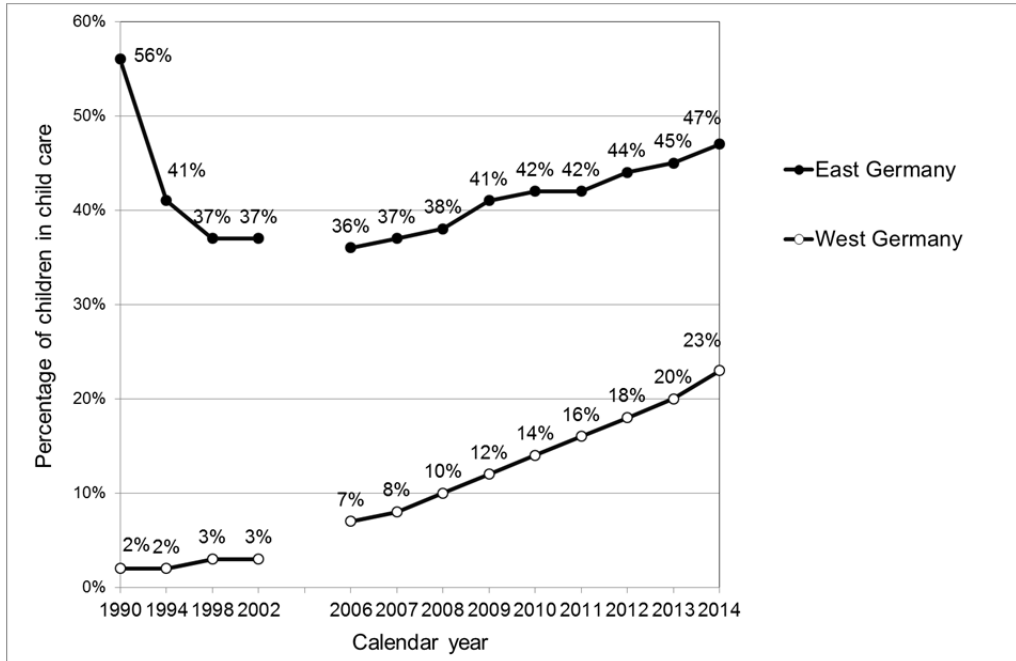
With the ratification of the Unification Treaty, the abovementioned regulations were implemented in the East German system.² Based on the regulations of the tax and transfer system alone, the eastern part of the newly reunited Germany would have clearly fallen into the conservative and familialistic welfare state category. However, East Germans, who had previously been exposed to a completely different system that demanded women's full integration into the labour market, did not react as expected to the incentives provided by the new system. Most women in East Germany did not withdraw from the labour market. Instead, their full-time employment rates remained high, even amid adverse economic developments. Attitudinal surveys conducted from the beginning of the 1990s through the end of the 2000s also reported large and persisting East-West differences in attitudes towards maternal employment (Bauernschuster/Rainer 2012). Last but not least, marriage rates declined and non-marital birth rates skyrocketed after reunification, which suggests that the system of joint taxation had a very limited influence on the marital behaviour of the East German population (Konietzka/Kreyenfeld 2017).

It is very difficult to tease apart the different factors that determined the specific behavioural patterns of East Germans during this period. Differences in entrenched values and attitudes may explain the East-West differences in employment and marriage patterns (Arránz Becker/Lois 2010; Bauernschuster/Rainer 2012; Grunow/Müller 2012; Kreyenfeld/Goldstein 2011). Another possible reason why the employment behaviours of East and West German women did not converge as rapidly as anticipated is that there was an ongoing East-West divide in the provision of public day care. Unlike other family policies, child care policies are the responsibility of local municipalities in Germany. Thus, child care availability varies depending on the policies and priorities of the local communities. As the provision of child care had been almost universal in the GDR, it was pared back less dramatically than expected by East German municipalities following reunification. Child care was therefore far more widely available in the East than in the West (Hank/Wagner/Tillmann 2001; Kreyenfeld/Krapf 2016). Figure 1 maps the child care situation for children ages 0-2. The data before and after 2006 are not fully comparable because they show the availability ratio before that date and the child care usage afterwards. Nevertheless, the large differences in the opportunities for parents of young children to combine work and family are very evident from these figures. In 1998, for example, 37% of East German children aged 0-2, but just 3% of their West German counterparts, had access to a place in day care. These rare places in West Germany were usually allocated based on need and reserved for disadvantaged groups, such as lone parents. In sum, in the 1990s, East Germany clearly lagged behind West Germany in terms of economic development, but the conditions for reconciling work and family were more favourable in East

2 Some East German regulations were phased out over time. For example, the paid leave benefits for the care of sick children were retained until July 1991, and the West German child benefit system was not implemented until January 1991 (Berghahn 1992; Frerich/Frey 1993).

than in West Germany. At the same time, large numbers of people of childbearing age migrated from East to West Germany.

Figure 1: Child care for children ages 0-2, East and West Germany 1990-2014



Note: 1990-2002: provision ratios for *Krippe* (child care for children below age 3); 2006-2014: percent of children ages 0-2 in child care; until 2002: East Berlin is included in East Germany.

Source: Kreyenfeld and Krapf (2016) based on data provided by the Statistisches Bundesamt

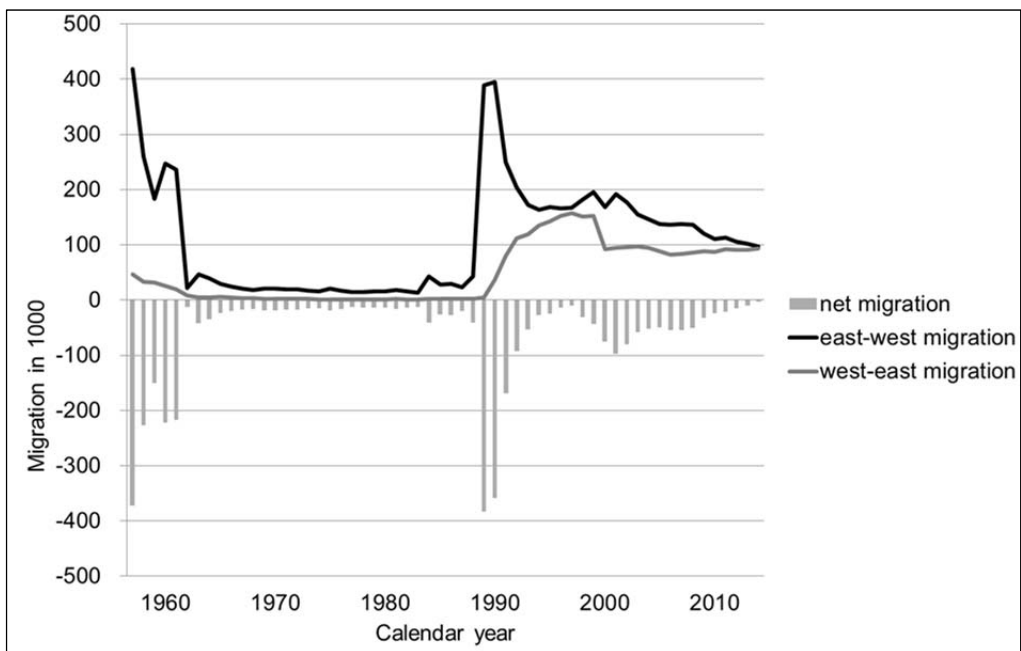
2.2 Migration patterns between East and West Germany

The conditions in East Germany in the 1990s differed from those of the other post-communist countries of Central and Eastern Europe (CEE) in a number of ways. First, the economic transformation in East Germany was more rapid and radical than it was in other post-communist countries. Second, the fall of the Berlin Wall unleashed a massive wave of internal migration in Germany. Third, while migration levels have been high in the other post-communist countries as well (Wallace 2002), the options for long-term migration between CEE and Western European countries have been heavily restricted, at least until the Eastern Enlargement of the European Union. Obviously, there were no equivalent restrictions for East-West German migration.

Figure 2, which displays the migration flows between East and West Germany, illustrates how the construction of the Berlin Wall had blocked migration. In 1988, with the gradual easing of the political situation, increasing numbers of East Germans fled to the Federal Republic of Germany through Czechoslovakia and Hungary. After the Berlin

Wall fell in 1989, East-West migration skyrocketed. In the years 1989/90 alone about 800,000 East Germans migrated to West Germany – almost 5% of the East German population at the time, and more than had migrated in the 28 years the Wall had been in place. In the subsequent years, the number of people migrating from East to West dropped to about 200,000 per year. Figure 2 also shows that West-East migration gradually increased over time after reunification. Due to the decrease in East-West migration and the increase in West-East migration, net migration had declined substantially by the end of the 1990s. However, the official statistics record migration moves without connecting them to individuals. Thus, by looking at the official statistics we cannot tell whether a particular move was of shorter or longer duration, or whether a particular person had moved consecutively. Therefore, no information about the share of return or circular migration is available from the official statistics. Studies on the motives and the socio-demographic characteristics of East-West migrants indicate that the main motive for migration is to pursue (better) employment (Stauder 2018). It has also been shown that in line with typical migration patterns, young people were more likely than older people to migrate, and the migrants were better educated and more qualified than the non-migrants (Fuchs-Schündeln/Schündeln 2009).

Figure 2: Migration between East and West Germany, calendar years 1957-2014, in thousands



Note: From 2000 onwards Berlin is excluded.

Source: Statistisches Bundesamt (2004, 2017)

2.3 Prior research on East German fertility and migration after reunification

In the period immediately after the fall of the Berlin Wall, German birth rates declined to record low levels. Since then, scholars have been debating the question of how this development should be interpreted (Adler 1997; Beck-Gernsheim 1997; Eberstadt 1994; Witte/Wagner 1995). A great barrier to fully understanding the birth dynamics in the period after reunification was that no order-specific fertility data were available that could be used to study the timing of first birth and spacing of higher-order fertility. East Germany had collected order-specific fertility data, but this practice was discontinued with the ratification of the Unification Treaty that harmonised East and West German statistics. The collection of order-specific data was (re-)introduced in 2008. However, for the critical period after reunification, there are no official statistics that would provide us with a comprehensive understanding of order-specific fertility behaviour in East and West Germany. Many of the gaps in knowledge that resulted from the lack of comprehensive official birth statistics have been filled by survey data research (Arránz Becker/Lois/Nauck 2010; Huinink 2005; Huinink/Kreyenfeld/Trappe 2012; Kreyenfeld 2003). A consistent finding of this research is that the median age at first birth among women in East Germany increased rapidly after reunification, but remained below the high West German levels. It has also been shown that after reunification, the transition rates to the second and the third birth in East Germany fell well below Western German levels. Huinink (2005) even spoke of the emergence of a “crisis” of the second child in East Germany after reunification.

There was a lack of clarity not only about the role of East-West migration in fertility, but about how return migration tied into the overall fertility development in East Germany. While the exact magnitude of this effect was difficult to measure, several estimates suggest that return migration occurred on a massive scale. For example, Fuchs-Schündeln and Schündeln (2009) found that 20% of East-West migrants returned within five years of their initial migration, while Beck (2011) estimated that 32% of East Germans who moved to the West after 1990 had moved back to the East by 2005. When asked about their reasons for returning to East Germany, the desire to be close to friends and family usually topped the list (Glorius 2010; Lang/Hämmerling/Keil 2012; Scheffel 2013; Schmelz 2002; Schmithals 2010).

There is also a small body of research based on the German Socio-Economic Panel (GSOEP) data that sheds light on the demographic behaviour of East-West migrants. Vatterrott (2015) found that East-West migrants' birth rates lie between those of non-mobile Eastern and Western Germans. However, this analysis considered first-time migrants only, while disregarding return migrant episodes due to a lack of sufficient information on this phenomenon in the GSOEP dataset. Thus, it has been shown that East-West migrants are comparable to non-mobile East Germans in terms of the timing of the first birth, but progress more quickly to the second birth. Moreover, after controlling for socio-demographic characteristics, the differences between the mobile and the non-mobile populations of Eastern German origin have been found to decrease for the second birth and increase for the first birth. The paper discusses the effect of a possible planned return migration on the birth risks of East-West migrants while in West Germany, especially in light of the large shares of couples made up of East-West migrants. To the best of our knowledge, there is no single study that has investigated the fertility behaviour of return

migrants. The present study seeks to close parts of this gap by providing a comprehensive overview of the order-specific fertility behaviour in East and West Germany, with a special focus on the fertility behaviour of the East-West migrant population.

Our main guiding hypothesis is that migration is a disruptive life course event, especially if it is expected to be temporary. Migration can therefore lead to delays in other life course events, and especially in the entry into long-term commitments like parenthood. If we followed this hypothesis and disregarded all other cultural and institutional factors that might influence behaviour, we would expect to find that East-West migrants had a lower birth rate than the non-mobile population in the East (*Hypothesis 1a*). Obviously, there are many intervening factors. For example, if migrants are exposed to more advantageous labour market conditions after migration, they could be more likely to transition to higher-order births. East-West migration might also be related to partnership behaviour. If people are migrating because they want to unite with a partner, the birth rates of the migrant population would be expected to accelerate. The alternative hypothesis would therefore be that the birth rates of East-West migrants are likely to be higher than those of the non-mobile Eastern Germans (*Hypothesis 1b*). It might also be assumed that the behaviour of the East-West migrants is likely to converge with the behaviour of the West Germans, as they are exposed to the same institutional context after migration (*Hypothesis 1c*). This would suggest a postponement of first and an acceleration of higher order birth. Thus, hypotheses 1a and 1c are no competing hypotheses in respect to first birth behaviour. Both predict a postponement of first birth among the mobile population.

For the return migrants, we assume that they accelerate childbearing after returning to their region of origin. Here we refer to the “salmon hypothesis” from migrant mortality research (Andersson/Drefahl 2017; Pablos-Mendez 1994; Wallace/Kulu 2018) in suggesting that migrants may postpone having a (first) child until after or around the time of their re-migration to their region of origin (see, e.g., Lindstrom/Giorguli Saucedo 2007). This hypothesis is supported by the better compatibility of work and family in East Germany, at both an institutional and a personal level, as return migrants can often better rely on help from family and other personal networks in their region of origin (*Hypothesis 2*).

3. Data

Data for this investigation comes from the German pension registers. We do not have access to the full registers, but only to an extract that contains a subsample of the pension registers. We use the “Versichertenkontenstichprobe 2015” (VSKT 2015, i.e., Insurance Account Sample), which includes women and men of the 1948-1985 birth cohorts who ever had a record in the employment registers as of 31 December 2015. The great potential of this dataset is that it contains complete birth histories as well as detailed information on East-West residence patterns (see below). A shortcoming of the dataset is that certain populations, like civil servants and farmers, are not included in the registers. However, for the women of the cohorts of interest, the coverage is nearly universal (Kreyenfeld/Mika 2008).

Analytical sample

We excluded foreigners and ethnic German immigrants from our analysis because the birth behaviour of international migrants would need to be investigated separately. Moreover, the birth histories of the foreign population are incomplete in the register data (for details, see Kreyenfeld/Mika 2008). We also excluded men because births are assigned to women in the registers. Only in rare circumstances (e.g., the death of the mother shortly after childbirth) is a birth assigned to the father. We also restricted the analysis to the 1950-1974 cohorts. This is partly because we are mainly interested in examining birth behaviour during the 1990s. The excluded cases were either too old or too young to have been at risk of childbearing at that time. Another reason for this restriction is that the pension authorities regularly check consistencies in the pension records. The “clearance” (*Kontenklärung*) procedure in which the fertility information is updated and corrected usually does not occur before a cohort reaches age 30. Therefore, the younger cohorts cannot be included because their birth histories may be incomplete. We further limit the investigation to ages 15-40 so that the cohort differences cannot be attributed to differences in the age at censoring. The total sample includes 82,491 women; of whom 20% are East Germans, 73% are West Germans, and 6% East-West or West-East migrants (see Tables A1 and A2 in the appendix for further details).

Variables

Our goal is to provide clear-cut indicators by age and duration since last birth. Since the size of the sample drawn from the pension registers was still too small to allow us to generate fertility rates for single ages, we had to organise the data into the following age groups: 15-19, 20-21, 22-23, 24-25, 26-27, 28-29, 30-33, and 34-39. We also established the following time intervals since the previous birth: 0-1, 2-3, 4-5, 6-7, 8-9, and 10 or more years. All of the analyses are conducted from the cohort perspective based on the following cohort groups: 1950-54, 1955-59, 1960-64, 1965-69, and 1970-74. All of these cohorts were at risk of childbearing around the time of unification.

The main variable of interest is a time-varying covariate for the *place of residence*, which distinguishes East Germany from West Germany. This information is drawn from the employment histories, which include a variable that indicates whether an individual's pension system points were earned from employment in East or West Germany. But because these histories do not show in which region individuals spent periods of non- or unemployment, we had to impute this information from their previous employment records. For the episodes before an individual entered the labour market, we impute backwards by drawing on information about the region where the person was first employed. Thus, a person who was born in East Germany and had never worked or participated in any vocational training there, but who migrated to West Germany immediately after completing his or her school or university education, will be misclassified as a West German (and vice versa). We should also note that our data do not indicate whether a person was working and living in the same place. Thus, East-West commuters cannot be identified in our data. However, previous studies have shown that East-West commuting is far more transitory than East-West migration and can be a stepping stone to migration (Hunt 2000).

Figure 3 visualises 50 randomly selected life courses of individuals who ever migrated by groups of birth cohorts. The sequence index plots give an account of how migration

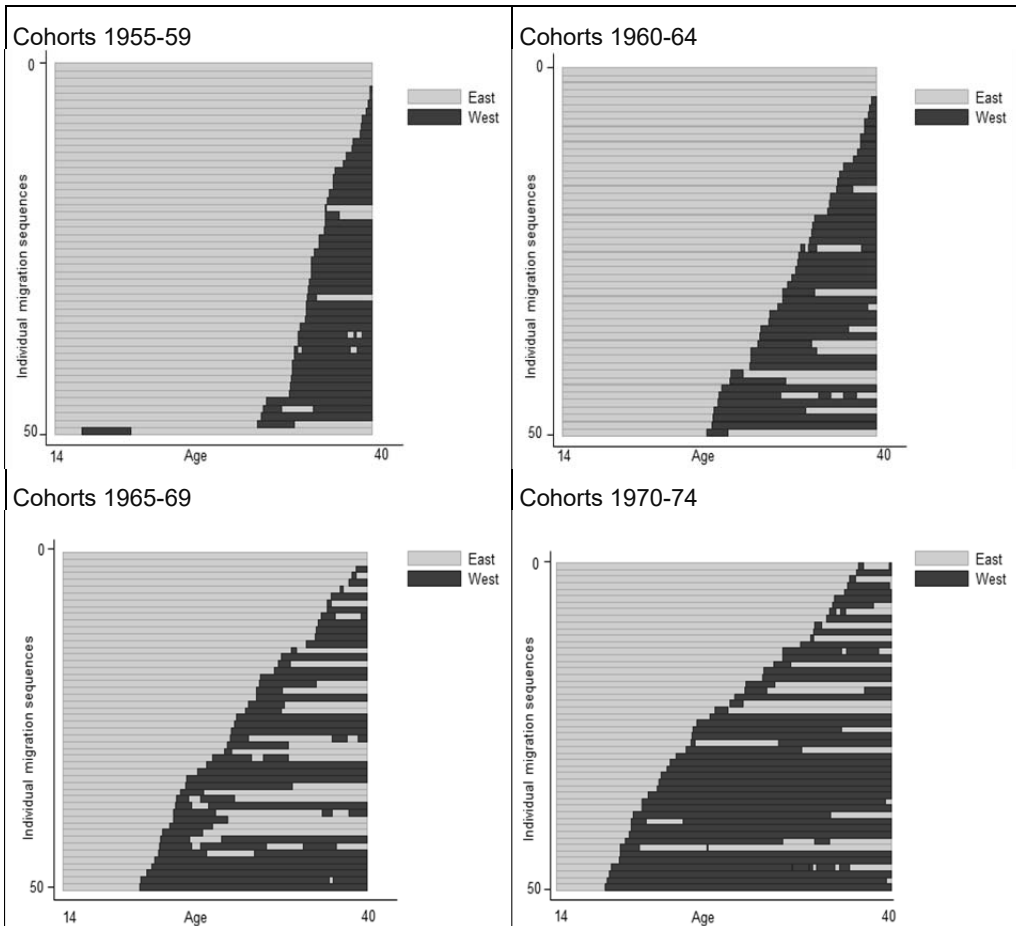
is situated in the individual life courses. Due to their small contributions to East-West migration during their fertile years, the oldest cohorts (i.e., those born in 1950-54) are not shown. As the younger cohorts were relatively young at the time of reunification, they also migrated at earlier points in the life course than the older cohorts. For example, the 1955-59 cohorts did not start migrating until after age 30, whereas the 1960-64 cohorts started migrating while in their mid-twenties, and the two youngest cohorts started migrating in their early twenties. In all of these cohorts, there were individuals who returned to the East or migrated to the West multiple times before returning to their region of origin. However, members of the older cohorts were less likely to engage in return migration, as most of these individuals migrated once and then stayed in the West until age 40. However, the younger the cohort was, the more dynamic their migration patterns were, as the time span between their first migration and reaching age 40 was longer. The migration patterns seem the most dynamic for the 1965-69 cohort, who experienced reunification while in their early twenties, and were thus probably in the best position to profit from the opportunities migration to the West could offer. However, the youngest cohorts were the most mobile. Among the cohorts born in 1970-74, 40% of the East Germans had ever migrated to West Germany between the ages of 15 and 40. Out of this group, 53% returned to East Germany at least once before reaching age 40 (for more details, see Tables A1-A2 in the appendix). Note, that the stay of East Germans in West Germany was often of short duration. About 10% of the mobile East Germans spent a year or less in West Germany. Note also that a move from East to West Berlin is considered as a migration from East to West Germany which also explains the high share of East-to-West migrants among this cohort.

Given that migration was in some cases a recurring event, particularly among the younger cohorts, we generated a variable that indicates the *sequence of migration*. We distinguish here the following time-varying categories:

- West German (has never migrated to East Germany)
- East German (has never migrated to West Germany)
- East-West migrant (East German, has migrated to West Germany)
- West-East migrant (West German, has migrated to East Germany)
- Return East migrant (East German, has returned to the East after migrating to West Germany)
- Return West migrant (West German, has returned to the West after migrating to East Germany).

Those who migrated again after returning are classed depending on their current region. East Germans migrating West after having returned to the East are East-West migrants. If they return again, they are return East migrants and so on.

Figure 3: Migration biographies of selected East-West German migrants, sequence index (plot of 50 randomly selected persons per cohort)



Note: The 1950-55 birth cohorts were disregarded in this representation.

Source: VSKT 2015-FDZ-RV

Method and structure of the analysis

The first step of our analysis includes a very general description of order-specific fertility behaviour. We display the survival functions generated by the life table method to provide an overview of the differences and the similarities between the East and the West in the timing of first, second and third birth. For this part of the analysis, we have excluded the mobile population. This means that we disregarded all individuals who had ever been an East-West or West-East German migrant. In the second part of the analysis, we test the previously formulated hypotheses by focusing more narrowly on the mobile population. In an event history model, we examine how migrant status relates to the first, second, and third birth rates. As a baseline function, we use a piecewise constant model.

4. Empirical investigation

4.1 *Birth timing and parity progression in East and West Germany*

In a first step, we have estimated the survival functions by region, cohort group, and birth parity in order to provide an overview of the changes in birth patterns across time. For this part of the investigation, East-West German and West-East German migrants were omitted from the analysis. As the first row of Figure 4 shows, there was a continuous process of first birth postponement in West Germany starting with the cohorts born around the 1950s. While the median age at first birth was around 23 for the cohorts born in 1950-54, it had shifted to 30 for the cohorts born in 1970-74. In this latter cohort, childlessness at age 40 is estimated at about 25%. This share is slightly higher than the share that was reported based on analyses of micro-census data (Bujard 2015); largely because of the low shares of childlessness among foreign nationals, who are not included in our investigations.

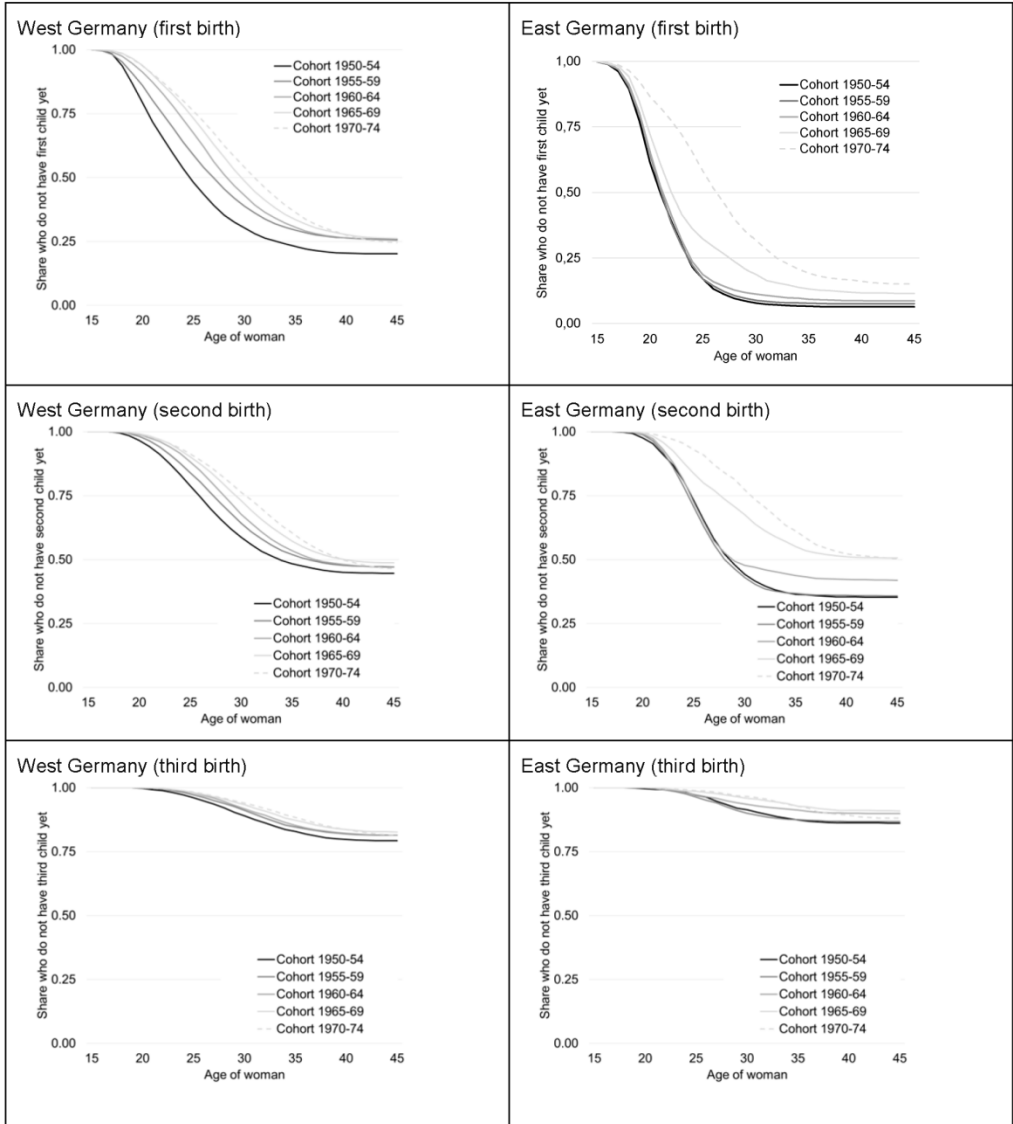
Overall, the birth patterns of the East Germans in our study sample differ markedly from those of the West Germans. Among the cohorts born in 1950-1964, the median age at first birth was 23, and the share of childlessness was around 5-10%. For the 1960-64 cohorts, there was a shift in the survival probability starting around age 25, which marks the time when these cohorts experienced the fall of the Berlin Wall. Among the younger cohorts born in 1970-74, who basically entered their childbearing years after reunification, the first birth schedule shifted rapidly relative to that of previous cohorts. For the 1970-74 cohorts, the median age at first childbearing was nearly 30, and was thus close to West German levels. Moreover, for these cohorts, the shares of childlessness at age 40 exceeded 10%. Despite a massive postponement of the first childbirth relative to their predecessors, East Germans of these cohorts did not reach West German levels of childlessness.

The subsequent rows of Figure 4 show the higher-order fertility patterns. For higher-order births, the age of the woman and the duration since the previous birth are the main determining factors. The figures display the transition probability by age of the woman. The risk set includes all women. Thus, included in the second birth probabilities are also women who had not yet had a first child, and were thus not exposed to the risk of having a second child. These “measures of the second kind” (Calot 2002) do not properly relate events to the population at risk. However, they match the parity-specific birth rates that are provided by the statistical offices, and thus provide insight into the overall probability of giving birth to a second or third child based on the woman’s age. The second row of the figure shows that for West German women, when the first birth was postponed, the second birth also shifted in the life course. The share of West German women who had ever given birth to a second child was remarkably stable across the cohorts, at about 50%. Conversely, for East German women, the probability of having a second child declined rapidly: whereas about 65% of the older East German women had at least two children, this was the case for only 50% of the women born in 1965-74. For the younger cohorts, the overall probability of ever having a second child was fairly similar in East and West Germany, at about 50%. There were, however, large differences in the likelihood of having a third birth, as the third row of Figure 4 indicates. With little variation across the

birth cohorts, about 20% of the West German women had ever given birth to a third child. In East Germany, by contrast, the third birth probabilities were lower than in West Germany starting with the older cohorts. This finding is in line with prior evidence suggesting that the efforts of the former East German government to promote higher-order fertility by offering extra days off, reduced working hours, and access to larger apartments were not effective in incentivising couples to have a third child (Obertreis 1986). For the cohorts born in 1960-69, the birth probabilities were even lower than those of their predecessors. It is only among the youngest cohorts (1970-74) that we can observe a small increase in the probability of having a third child.

The survival curves of Figure 4 suggest that the probability of having two children declined substantially in East Germany starting with the cohorts born in 1960-64. The figure includes all women, regardless of whether they were at risk of having a second or a third birth. However, the results of an analysis of the parity progression ratios (Table 1a) confirm that the conditional probability of giving birth to a second child declined sharply for the East German cohorts born in 1965-69, and only recovered among the cohorts born in 1970-74. The overwhelming majority of the women of the 1960s cohorts had given birth to their first child before reunification. For a woman who had just started her family at the end of the 1980s, reunification basically cut into her fertility career. Thus, many women of these cohorts never progressed to a second child, and those who did often spaced their first two children far apart. This pattern is discernable when we see that the median interval between the first and the second birth for the East German cohorts born in 1965-1969 was five years (Table 1b).

Figure 4: Progression to the first, second, and third child by groups of birth cohorts, survival functions by age (probability of ever having a second or third child by age of the woman, all women included in the risk set)



Source: VSKT 2015-FDZ-RV

This broad comparison has implications for the subsequent analysis of the mobile population. It suggests, for example, that to “converge” to West German behaviour, East-West migrants would have to postpone the first birth. For higher-order births, the pattern is reversed: to “converge” to West German behaviour, the East-West migrants would have to accelerate their transition to the second and the third birth.

Table 1a: Parity progression ratio for second and third births, by birth cohort and region

	West Germans		East Germans	
	Second	Third	Second	Third
1950-54	0.71	0.39	0.70	0.22
1955-59	0.72	0.35	0.70	0.21
1960-64	0.72	0.35	0.64	0.18
1965-69	0.71	0.34	0.57	0.18
1970-74	0.75	0.38	0.60	0.26

Note: Cases are censored at age 40.

Source: VSKT 2015-FDZ-RV

Table 1b: Average duration since last birth, by birth cohort and region

	West Germans		East Germans	
	Second	Third	Second	Third
1950-54	3.9	4.5	4.5	5.6
1955-59	3.9	4.2	4.1	4.9
1960-64	3.6	4.0	4.1	5.1
1965-69	3.5	4.0	5.0	4.7
1970-74	3.6	4.1	5.0	4.8

Note: Cases are censored at age 40.

Source: VSKT 2015-FDZ-RV

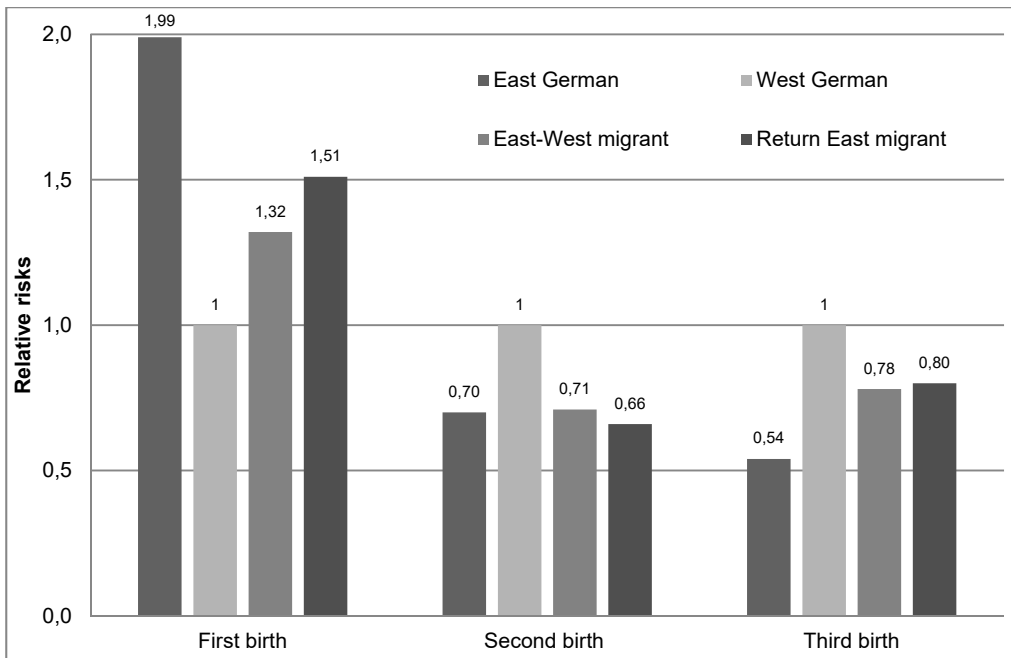
4.2 Differences in birth risks by order and migration status

Migration status is a trait that can change over the course of an individual's life. For that reason, providing easily accessible summary indicators for the birth behaviour of the migrant population is a challenge. We have therefore turned to an event history model for the analysis of the birth behaviour of the migrant population. Migration status is inserted into these investigations as a time-varying covariate. We have estimated separate models for the three birth parities. Figure 5 visualises the predicted relative birth risks that were obtained from the models (see also Table A3 in the appendix for the full model). The main variable of interest is the time-varying covariate of region in relation to origin. The model results suggest that the first birth risks of the East Germans are about 100% higher than those of the West Germans. This finding matches previous descriptive statistics showing that all East German cohorts had their first child earlier in life than their West German counterparts. Moreover, the East-West migrants' first birth risks were 30% to 50% higher than those of West Germans, but lower than those of East Germans. The most pronounced differences between the migrant groups can be observed between the East-West migrants and the return East migrants, with the return migrants having higher first birth risks than those of the East Germans currently living in West Germany. As this result shows that East German migrants accelerated their transition to the first birth after returning to their region of origin, it supports the salmon migration hypothesis.

As we have already shown in the descriptive analysis, the East Germans had lower second and third birth risks than the West Germans. This East-West pattern, which contrasts with that for first births, can also be seen in the migrant groups. The East-West migrants and the return East migrants had comparable second and third birth risks, which

suggests that the salmon hypothesis adequately describes first birth, but not second or third birth behaviour.

Figure 5: Relative first, second, and third birth risks by region



Note: For the full model, see Table A3 in the appendix.

Source: VSKT 2015-FDZ-RV

5. Discussion

This paper has used data from the German Pension Fund to examine order-specific fertility behaviour around the time of German reunification. The findings of the analysis of the register data confirm earlier results showing that the first birth timing of East Germans has rapidly converged to West German patterns. Nevertheless, the median ages at first birth and the ultimate childlessness levels have remained lower in the East than in the West. This was also the case for the 1970-74 cohorts who entered their childbearing years during the economic and social upheavals of the early 1990s. Our analysis also corroborates prior findings based on small-scale survey data (Arránz Becker/Lois/Nauck 2010; Huinink 2005; Huinink/Kreyenfeld/Trappe 2012; Kreyenfeld 2003) showing that East Germans are reluctant to have a second or a third child. In particular, the women born in 1965-69, many of whom had a first child just before reunification, were particularly unlikely to have a second child. The women of these cohorts who had a second child experienced unusually long birth intervals of five years between the first and the second birth.

An important focus of our investigation has been on understanding the impact of migration on the birth behaviour of the East-West German migrants. We show that the East-West migrants were more likely than the non-mobile East Germans to postpone having their first child. However, they progressed to the first birth more rapidly than their West German counterparts. From the East German perspective, it seems that migration is a disruptive event that delays childbearing. But from the West German perspective, it appears that East-West migrants have their first child at a relatively young age. It is possible that entrenched norms of having children early in life explain the differences in first birth timing between West Germans and East-West migrants.

We also examined the behaviour of return migrants, and thus of East Germans who moved from East to West Germany, and later returned to the East. The behaviour of this population is of particular interest because it allowed us to study the salmon hypothesis, or the assumption that people are more likely to have a first birth after they return to their region of origin. As balancing work and family is easier in East than in West Germany, it seems likely that many East German women would spend short periods of time in West Germany, but then return to their region of origin to form a family. Our findings support this notion. We show that large shares of those who migrated eventually returned, and that these return migrants had strongly elevated first birth rates.

Our analysis of the pension data has closed some research gaps by improving our understanding of the birth behaviour of the mobile population in East Germany. However, some caveats need to be pointed out. First, we adopted a cohort perspective. While the choice of this approach seems reasonable given that we were tracing people's mobility and fertility patterns across their life courses, it did not enable us to provide a clear-cut answer to the question of how the birth behaviour of the mobile population affected East German period fertility. It is very likely that part of the increase in East German period fertility can be attributed to the birth behaviour of the East-West return migrants, but our estimates do not quantify the effect. Furthermore, using large-scale register data comes at a cost. We had no information on the migrants' partnership status, household income, or reasons for moving to the West or returning to the East. A lack of this information is certainly a shortcoming of our analysis. Data from surveys such as the German Socio-Economic Panel collect this type of information, but do not include a sufficiently large number of return migrants to allow for a meaningful statistical analysis of fertility. An oversample of return migrants would be needed to fill that gap. Moreover, qualitative research could help to further elucidate the motivations for return migration, especially in relation to family formation and fertility.

Acknowledgments

An earlier version of this paper was presented at the European Population Conference 2014, the Annual Conference of the Research Data Centre of the German Pension Fund in 2016 and the 3rd Annual Workshop on Formal Demography held at Berkeley University in June 2017. We thank the participants of these venues for their valuable feedback. We also thank the Research Data Centre of the German Pension Fund, and Wolfgang Keck and Tatjana Mika in particular, for their support. We thank Miriam Hils for language editing. All remaining errors are ours.

References

- Adler, M. A. (1997). Social change and declines in marriage and fertility in Eastern Germany. *Journal of Marriage and the Family*, 59, pp. 37-49. doi: 10.2307/353660.
- Andersson, G. & Drefahl, S. (2017). Long-distance migration and mortality in Sweden: Testing the salmon bias and healthy migrant hypotheses. *Population, Space and Place*, 23(4-e2032). doi: 10.1002/psp.2032.
- Arránz Becker, O. & Lois, D. (2010). Westdeutsche, ostdeutsche und mobile Frauen: Was erklärt die Unterschiede in ihrem Heiratsverhalten. *Soziale Welt*, 61, pp. 5-62.
- Arránz Becker, O., Lois, D. & Nauck, B. (2010). Differences in fertility patterns between East and West German women. Disentangling the roles of cultural background and of the transformation process. *Comparative Population Studies*, 35, pp. 7-34. doi: 10.4232/10.CPoS-2010-02en.
- Arts, W. & Gelissen, J. (2002). Three worlds of welfare capitalism or more? A state-of-the-art report. *Journal of European Social Policy*, 12, pp. 137-158. doi 10.1177/0952872002012002114.
- Bauernschuster, S. & Rainer, H. (2012). Political regimes and the family: How sex-role attitudes continue to differ in reunified Germany. *Journal of Population Economics*, 25, pp. 5-27.
- Beck-Gernsheim, E. (1997). Geburtenrückgang und Kinderwunsch – die Erfahrung in Ostdeutschland. *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft*, 22, pp. 59-71.
- Berghahn, S. (1992). Frauenrechte im Vereinigungsprozeß. In: Faber, C. & Mayer, T. (Eds.), *Unterm neuen Kleid der Freiheit das Korsett der Einheit: Auswirkungen der deutschen Vereinigung für Frauen in Ost und West*. Berlin: Sigma, pp. 63-98.
- Bernardi, L., Klärner, A. & von der Lippe, H. (2007). Job insecurity and the timing of parenthood: A comparison between Eastern and Western Germany. *European Journal of Population*, 24, pp. 287-313. doi: 10.1007/s10680-007-9127-5.
- Billingsley, S. (2009). The post-communist fertility puzzle. *Population Research and Policy Review*, 29, pp. 193-231. doi: 10.1007/s11113-009-9136-7.
- Bujard, M. (2015). Kinderlosigkeit in Deutschland: Wie interagieren Bildung, Wohnort, Migrationshintergrund, Erwerbstätigkeit und Kohorte? *Zeitschrift für Familienforschung/Journal of Family Research*, 27, pp. 18-44. doi: 10.3224/zff.v27i3.21275.
- Calot, G. (2001). Demographic techniques: Rates of first and second kind. In: Smelser, N. J. & Baltes, P. B. (Eds.), *International Encyclopedia of the Social and Behavioral Science*. Amsterdam et al.: Elsevier: pp. 3480-3483.
- Eberstadt, N. (1994). Demographic shocks after communism: Eastern Germany, 1989-93. *Population and Development Review*, 20, pp. 137-152. doi: 10.2307/2137633.
- Esping-Andersen, G. (1999). *Social foundations of postindustrial economies*. Oxford: Oxford University Press. doi:10.1093/0198742002.001.0001.
- Frejka, T. & Sobotka, T. (2008). Overview chapter 1: Fertility in Europe: Diverse, delayed and below replacement. *Demographic Research*, 19 (Article 3), pp. 15-46. doi: 10.4054/DemRes.2008.19.3.
- Frerich, J. & Frey, M. (1993). *Handbuch der Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland. Band 2: Sozialpolitik in der Deutschen Demokratischen Republik*. München: Oldenbourg Verlag.
- Fuchs-Schündeln, N. & Schündeln, M. (2009). Who stays, who goes, who returns? East-west migration within Germany since reunification. *Economics of Transition*, 17, pp. 703-738.
- Glorius, B. (2010). Go west: Internal migration in Germany after reunification. *Belgeo*, 11, pp. 281-292. doi 10.1111/j.1468-0351.2009.00373.x.
- Goldstein, J. R. & Kreyenfeld, M. (2011). Has East Germany overtaken West Germany? Recent trends in order-specific fertility. *Population and Development Review*, 37, pp. 453-472. doi: 10.2307/2303605.
- Grunow, D. & Müller, D. (2012). Kulturelle und strukturelle Faktoren bei der Rückkehr in den Beruf: ostdeutsche, westdeutsche und ost-west-mobile Mütter im Vergleich. In: Huinink, J., Kreyenfeld, M. & Trappe, H. (Eds.), *Familie und Partnerschaft in Ost- und Westdeutschland: Ähnlich und doch*

- immer noch anders*. Opladen, Berlin & Toronto: Barbara Budrich (Sonderheft 9 der Zeitschrift für Familienforschung/Journal of Family Research), pp. 55-77.
- Hank, K., Wagner, G. G. & Tillmann, K. (2001). Außerhäusliche Kinderbetreuung in Ostdeutschland vor und nach der Wiedervereinigung. Ein Vergleich mit Westdeutschland in den Jahren 1990-1999. *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft*, 26, pp. 55-65.
- Huinink, J. (2005). Ostdeutschland auf dem Weg zur Ein-Kind-Familie. In: Diemel, C. (Ed.), *Abwanderung, Geburtenrückgang und regionale Entwicklung. Ursachen und Folgen des Bevölkerungsrückgangs in Ostdeutschland*. Wiesbaden: VS Verlag, pp. 231-246.
- Huinink, J., Kreyenfeld, M. & Trappe, H. (Eds.). (2012). *Familie und Partnerschaft in Ost- und Westdeutschland. Ähnlich und doch immer noch anders*. Opladen, Berlin & Toronto: Barbara Budrich (Sonderheft 9 der Zeitschrift für Familienforschung/Journal of Family Research).
- Hunt, J. (2000). Why do people still live in Eastern Germany? *IZA Discussion Paper*, 123.
- Konietzka, D. & Kreyenfeld, M. (2017). Von der alternativen zur prekären Familienform? Der Wandel des Zusammenhangs von Bildung und nichtehelichen Familienformen in Deutschland. *Schweizerische Zeitschrift für Soziologie*, 43, pp. 611-637. doi: 10.1515/sjs-2017-0030.
- Kreyenfeld, M. (2003). Crisis or adaptation – reconsidered: A comparison of East and West German fertility patterns in the first six years after the ‘Wende’. *European Journal of Population*, 19, pp. 303-329. doi: 10.1023/A:1024992712815.
- Kreyenfeld, M. & Krapf, S. (2016). Soziale Ungleichheit und Kinderbetreuung. Eine Analyse der sozialen und ökonomischen Determinanten der Nutzung von Kinderbetreuungseinrichtungen. In: Becker, R. & Lauterbach, W. (Eds.), *Bildung als Privileg. Erklärungen und Befunde zu den Ursachen der Bildungsungleichheit*. Wiesbaden: Springer VS, pp. 119-144 (5th edition). doi: 10.1007/978-3-658-11952-2.
- Kreyenfeld, M. & Mika, T. (2008). Erwerbstätigkeit und Fertilität: Analysen mit der Versicherungskontenstichprobe der deutschen Rentenversicherung. *Deutsche Rentenversicherung*, 79, pp. 71-95.
- Kreyenfeld, M., Scholz, R., Peters, F. & Wlosnewski, I. (2010). Order-specific fertility rates for Germany. Estimates from perinatal statistics for the period 2001-2008. *Comparative Population Studies*, 35, pp. 225-244. doi: 10.4232/10.CPoS-2010-06en.
- Lang, T., Hämmerling, A., Keil, J. et al. (2012). *Return Migrant Survey report: The migrants' potential and expectations*. Leipzig: Leibniz Institute for Regional Geography.
- Lindstrom, D. P. & Giorguli Saucedo, S. (2007). The interrelationship between fertility, family maintenance, and Mexico-U.S. migration. *Demographic Research*, 17, pp. 821-858. doi: 10.4054/DemRes.2007.17.28.
- Obertreis, G. (1986). *Familienpolitik in der DDR 1946-1980*. Opladen: Leske + Budrich. doi: 10.1007/978-3-663-14430-4.
- Pablos-Mendez, A. (1994). Mortality among Hispanics. *JAMA*, 271, pp. 1237-1238. doi:10.1001/jama.1994.03510400023017.
- Pascall, G. & Lewis, J. (2004). Emerging gender regimes and policies for gender equality in a wider Europe. *Journal of Social Policy*, 33, pp. 373-394. doi: 10.1017/S004727940400772X.
- Perelli-Harris, B. (2008). Ukraine: On the border between old and new in uncertain times. *Demographic Research*, 19, pp. 1145-1178. doi: 10.4054/DemRes.2008.19.29.
- Pötzsch, O. (2012). Geburtenfolge und Geburtenabstand. Neue Daten und Befunde. *Wirtschaft und Statistik*, 88, pp. 89-101.
- Sainsbury, D. (1999). *Gender and welfare state regimes*. Oxford: Oxford University Press. doi:10.1093/0198294166.001.000.
- Scheffel, C. (2013). *Rückwanderung nach Ostdeutschland: Eine Analyse von strukturellen Ursachen und individuellen Beweggründen auf Mikroebene (dargestellt am Fallbeispiel Thüringen)*. Hamburg: disserta Verlag.
- Schmelz, A. (2002). *Migration und Politik im geteilten Deutschland während des Kalten Krieges: Die West-Ost-Migration in die DDR in den 1950er und 1960er Jahren*. Opladen: Leske + Budrich. doi: 10.1007/978-3-663-10795-8.

- Schmithals, J. (2010). Return migration to East Germany: Motives and potentials for regional development. In: Salzmann, T., Edmonston, B. & Rayner, J. (Eds.), *Demographic aspects of migration*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, pp. 281-301. doi: 10.1007/978-3-531-92563-9.
- Sobotka, T. (2003). Re-emerging diversity: Rapid fertility changes in Central and Eastern Europe after the collapse of the communist regimes. *Population-E*, 58, pp. 451-485.
- Sobotka, T., Zeman, K. & Kantorova, V. (2003). Demographic shifts in the Czech Republic after 1989: A second demographic transition view. *European Journal of Population*, 19, pp. 249-277. doi 10.1023/A:1024913321935.
- Statistisches Bundesamt (2004). *Wanderungsstatistik*. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.
- Statistisches Bundesamt (2017). *Wanderungsstatistik*. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.
- Stauder, J. (2018). (Why) have women left East Germany more frequently than men? *Heidelberger Jahrbücher Online*, 3, pp. 73-97. doi: 10.17885/heiup.hdjbo.2018.0.23820.
- Thévenon, O. (2011). Family policies in OECD countries: A comparative analysis. *Population and Development Review*, 37, pp. 57-87. doi 10.1111/j.1728-4457.2011.00390.x.
- Vatterrott, A. (2015). Socialisation or institutional context: What determines the first and second birth behaviour of East–West German migrants? *European Journal of Population*, 31, pp. 383-415. doi: 10.1007/s10680-015-9340-6.
- Wallace, M. & Kulu, H. (2018). Can the salmon bias effect explain the migrant mortality advantage in England and Wales? *Population, Space and Place*, e2146. doi: 10.1002/psp.2146.
- Witte, J. C. & Wagner, G. G. (1995). Declining fertility in East Germany after unification: A demographic response to socioeconomic change. *Population and Development Review* 21, pp. 387-397. doi: 10.2307/2137500.
- Zakharov, S. V. (2008). Russian Federation: From the first to second demographic transition. *Demographic Research*, 19, pp. 907-972. doi: 10.4054/DemRes.2008.19.24.

Submitted on/Eingereicht am: 11.07.2018

Accepted on/Angenommen am: 12.11.2018

Addresses of the authors/Anschriften der Autorinnen:

Prof. Dr. Michaela Kreyenfeld
Hertie School of Governance
Friedrichstraße 180
10117 Berlin
Germany/Deutschland

Email/E-Mail: kreyenfeld@hertie-school.org

Anja Vatterrott, M.A.
Max Planck Institute for Demographic Research
Konrad-Zuse-Straße 1
18057 Rostock
Germany/Deutschland

Email/E-Mail: vatterrott@demogr.mpg.de

Appendix

Table A1: Cases by region, row %

	Always West German	Always East German	Ever East-West migrant	Ever West-East-migrant	N
1950-54	70%	28%	1%	0%	13319
1955-59	72%	25%	3%	0%	14119
1960-64	73%	22%	4%	1%	16679
1965-69	75%	18%	6%	2%	17820
1970-74	76%	12%	9%	3%	20554

Table A2: Births by region and birth order, row %

First birth					
	Always West German	Always East German	Ever East-West migrant	Ever West-East-migrant	N
1950-54	67%	32%	1%	0%	11133
1955-59	68%	29%	3%	0%	11064
1960-64	69%	26%	4%	1%	13043
1965-69	72%	20%	6%	1%	13631
1970-74	75%	13%	9%	3%	16975
Second births					
	Always West German	Always East German	Ever East-West migrant	Ever West-East-migrant	N
1950-54	67%	32%	1%	0%	7557
1955-59	68%	29%	3%	0%	7600
1960-64	71%	25%	4%	0%	8577
1965-69	75%	18%	5%	1%	8500
1970-74	76%	13%	8%	3%	10783
Third births					
	Always West German	Always East German	Ever East-West migrant	Ever West-East-migrant	N
1950-54	75%	24%	1%	0%	2417
1955-59	75%	23%	2%	0%	2334
1960-64	79%	18%	3%	0%	2596
1965-69	81%	13%	4%	1%	2608
1970-74	80%	11%	7%	2%	4777

Table A3: Results from piecewise constant model, relative risks

	First Birth			Second Birth			Third Birth		
	exp(b)	p	95% ci	exp(b)	p	95% ci	exp(b)	p	95% ci
Age									
15-19	0.29	***	(0.277-0.293)	1.01		(0.948-1.086)	1.01		(1.000-1.674)
20-21	0.90	***	(0.876-0.927)	0.99		(0.946-1.037)	1.23	**	(1.076-1.398)
22-23	1			1			1		
24-25	1.06	***	(1.031-1.093)	1.07	***	(1.027-1.107)	0.79	***	(0.727-0.869)
26-27	1.16	***	(1.121-1.192)	1.07	***	(1.028-1.108)	0.69	***	(0.634-0.753)
28-29	1.10	***	(1.062-1.133)	1.00		(0.961-1.033)	0.60	***	(0.546-0.649)
30-33	1.01		(0.984-1.043)	0.89	***	(0.861-0.926)	0.49	***	(0.450-0.530)
34-39	0.78	***	(0.753-0.801)	0.71	***	(0.683-0.739)	0.40	***	(0.372-0.439)
Cohort									
1950-54	1			1			1		
1955-59	0.82	***	(0.800-0.843)	1.07	***	(1.040-1.107)	1.01		(0.951-1.064)
1960-64	0.75	***	(0.730-0.768)	1.08	***	(1.046-1.112)	1.05		(0.997-1.112)
1965-69	0.65	***	(0.636-0.668)	1.05	***	(1.019-1.085)	1.16	***	(1.097-1.224)
1970-74	0.64	***	(0.626-0.657)	1.28	***	(1.239-1.316)	2.13	***	(2.028-2.239)
Migrant status									
East German	1.99	***	(1.956-2.026)	0.70	***	(0.682-0.712)	0.54	***	(0.522-0.568)
West German	1			1			1		
East-West migrant	1.32	***	(1.236-1.404)	0.71	***	(0.654-0.761)	0.78	***	(0.693-0.874)
West-East migrant	1.42	***	(1.271-1.588)	0.91		(0.797-1.040)	0.93		(0.742-1.160)
Return East migrant	1.51	***	(1.349-1.686)	0.66	***	(0.583-0.742)	0.80		(0.670-0.950)
Return West migrant	1.37	***	(1.183-1.590)	1.06		(0.884-1.269)	1.02		(0.755-1.376)
Years since last birth									
0-1				0.22	***	(0.210-0.225)	0.48	***	(0.376-0.619)
2-3				1			1		
4-5				0.94	***	(0.916-0.970)	1.65	***	(1.524-1.779)
6-7				0.63	***	(0.613-0.646)	1.71	***	(1.602-1.836)
8-9				0.37	***	(0.354-0.387)	1.53	***	(1.420-1.653)
10+				0.22	***	(0.207-0.225)	1.25	***	(1.161-1.347)

Note: * $p < 0.05$; ** $p < 0.01$; *** $p < 0.001$.

Nadia Steiber & Barbara Haas

Too much or too little work? Couples' actual and preferred employment patterns and work hours mismatches in Europe

Zu viele oder zu wenige Arbeitsstunden? Haushaltserwerbsmuster und Arbeitszeitpräferenzen von Paaren in Europa

Abstract:

The most widely cited European data on work hours mismatches *at the couple level* date back to the 1990s. The general gist of analyses of these data was that 'overworked' dual-earner couples frequently preferred work hours reductions, especially those with childcare responsibilities. This study uses more recent data from the European Social Survey (2010-12) to update the available evidence on actual and preferred breadwinner models and on the occurrence and determinants of work hours mismatches among couples in Europe. The focus is on differences between demographic groups and countries in the degree to which cohabiting couples are either *underemployed* (working fewer hours than desired) or *overemployed* (working more hours than desired). Our analyses show that about one third of couples are underemployed, while only one in ten report being overemployed. We identify low education and the presence of children below school age as risk factors for *underemployment*, whereas highly educated women and fathers of teenagers tend to be *overemployed*. In a comparison of 16 European countries, we find couples in Greece, Ireland, Slovenia, and Spain to be most at risk of experiencing *underemployment* – in the countries that were most strongly affected by the recession. The effects of children on the experience of hours mismatches are found to vary across Europe – a particularly strong association of children below school age with parental *underemployment* is observed in Central and Eastern Europe, Finland,

Zusammenfassung:

Die letzte große Erhebung und Analyse von Umfragedaten zu den Arbeitszeitpräferenzen von Paaren in Europa wurde in den 1990er Jahren durchgeführt. Der Tenor dieser Analysen war, dass sich die oft 'überarbeiteten' Zweiverdiener-Paare in vielen Fällen eine Reduktion ihrer Arbeitszeit wünschen, vor allem bei Vorliegen von Kinderbetreuungspflichten. Die vorliegende Studie nützt jüngere Daten aus dem European Social Survey (2010-12). Der Fokus der Analyse liegt auf Unterschieden zwischen demographischen Gruppen und Ländern im Ausmaß zu dem Paare mehr oder weniger Stunden erwerbstätig sind als dies ihren Präferenzen entspricht (*Über- bzw. Unterbeschäftigung*). Die Analysen zeigen, dass rund ein Drittel der Paare unterbeschäftigt ist (Präferenz für Arbeitszeitaufstockung), während nur rund eines von zehn Paaren angibt, überbeschäftigt zu sein (Präferenz für Arbeitszeitreduktion). Als Risikofaktoren für *Unterbeschäftigung* werden niedrige Bildung und Kinder im Vorschulalter sowie auf der Länderebene hohe Arbeitslosigkeit (Griechenland, Irland, Slowenien, Spanien) identifiziert. Höher gebildete Frauen bzw. Paare mit älteren Kindern sind dagegen mit einer höheren Wahrscheinlichkeit *überbeschäftigt*. Der Effekt von kleinen Kindern auf das Risiko von Unterbeschäftigung variiert ja nach Land. Stärkere Effekte werden in Zentral- und Osteuropa, Finnland und Deutschland beobachtet, vergleichsweise geringe oder keine Effekte in Großbritannien, Griechenland, Irland und Schweden.

and Germany and a particularly weak one in Great Britain, Greece, Ireland, and Sweden.

Key words: couples, labour supply, preferences, hours mismatch, European Social Survey

Schlagwörter: Paare, Beschäftigung, Arbeitszeitpräferenzen, Unterbeschäftigung, European Social Survey

1. Introduction

While some workers work part-time involuntarily, others are putting in more time at work than they would prefer. The occurrence of *work hours mismatches* of these two kinds – *underemployment* and *overemployment* – is a well-documented phenomenon that points to the fact that observable employment behaviours (such as actual hours of work) are the result of *constrained choices* (e.g., Altonji/Paxson 1988; Böheim/Taylor 2004; Otterbach 2010). Employers typically offer a very limited number of wage-hours combinations and therefore employees may not be able to work their preferred number of hours. Moreover, not all wage-hours combinations are compatible with breadwinning responsibilities on the one hand (i.e., need to earn a certain income) and time constraints, on the other hand. Constraints on working hours may derive from employers as well as from outside the workplace such as from care responsibilities.

Prevalent work hours mismatches are cause for concern and call for policy intervention, since it has been shown that the experience of such mismatches is associated with poor mental well-being (Wooden et al. 2009; De Moortel et al. 2017) and self-rated health (Bell et al. 2012). Negative associations with well-being outcomes have been found for both types of mismatch and there is evidence suggesting that underemployment may have a stronger negative effect on mental well-being (Wunder/Heineck 2013), whereas overemployment shows a stronger association with poor self-rated health (Bell et al. 2012). Underemployment, which may be conceptualised as an employment outcome that is halfway between adequate employment and unemployment (Dooley 2003) has furthermore been shown to be associated with a greater risk of financial hardship (Warren 2015). In summary, hours mismatches have negative implications for the well-being and economic welfare of individuals. In fact, hours mismatches have been shown to be as good a predictor of well-being outcomes as the number of hours worked (Wooden 2009; Bassanini/Caroli 2015). In addition to the negative implications of hours mismatches for the health and well-being of the workers concerned, such mismatches have undesirable societal consequences such as an inefficient allocation of labour (e.g., underutilisation in the case of underemployment, see Wilkins/Wooden 2001) and a bi-furcation of working time with an exhausted core workforce working longer hours than desired and an underemployed peripheral workforce (Jacobs/Green 1998). Negative ramifications of hours mismatches have also been found for the performance of organisations, with lower levels of organisational commitment among mismatched workers (overview in Reynolds/Aletraris 2006: 619).

Given the high degree of educational homogamy within couples (Blossfeld/Timm 2003; Schwartz/Mare 2005) and the associated working time polarisation between higher

educated dual-career couples and lower educated couples with two partners at risk of underemployment (Konietzka/Kreyenfeld 2010), it was argued that hours mismatches can be better understood at the couple level than the individual level (Clarkberg/Moen 2001). This conforms to the idea that the choice of working hours is often not an individual matter – working hours are negotiated not only with employers but also with partners (Reynolds 2014).

Given the evidence on negative individual, organizational, and societal consequences of hours mismatches, and since the last available evidence on work hours mismatches among couples in Europe dates back to the 1990s (see literature review, below), the aim of the present study is to provide new empirical evidence for the incidence and distribution of work hours mismatches among couples in Europe. A specific focus of the study is on the provision of rich descriptive information on cross-country differences in actual and preferred employment patterns at the couple level (breadwinner models) and the prevalence of work hours mismatches. Moreover, using regression analysis, we investigate the impact of education and the family life-cycle (defined by the presence and age of children) on a couple's risk of experiencing over- or underemployment in different European countries. We use data from the European Social Survey that was collected between 2010 and 2012, thus mapping a period when large parts of Europe were still suffering from recession and high unemployment.

2. Literature review

The early literature on work hours mismatches had a clear focus on the issue of *overemployment*. In the late 1990s and early 2000s, a considerable body of research emerged, shifting the focus from individual workers to couples and families. This literature emphasised the issue of '*overworked families*' who would like to reduce their working hours in order to achieve a better work-family fit (Clarkberg/Moen 2001; Jacobs/Gerson 2001; Jacobs/Green 1998; Moen/Dempster-McClain 1987). It was argued that many couples work more hours than they would prefer and that such mismatches were in the main tied to the aim of combining paid work with childcare responsibilities (Merz 2002; Clarkberg/Moen 2001).

The most widely cited comparative European data on working time preferences at the couple level date back to the 1990s. The European Foundation for the Improvement of Working and Living Conditions in Europe carried out the 'Employment Options of the Future' (EOF) survey in the member states of the European Union in 1998 and Norway. Respondents were asked to state the hours that they would like to work themselves, and the hours that they would like their partner to work, if they had a free choice, but taking into account the need to earn a living. Calculations based on these micro-data have been widely published (Bielenski et al. 2002; Väisänen/Nätti 2002; Fagan/Warren 2001; OECD 2001: 136). The general gist of the analyses was that the preferences of couples were in many cases not in line with their behaviours and that dual-earner couples frequently preferred work hours reductions (Väisänen/Nätti 2002), especially in the presence of small children (OECD 2001: 136; see also Lewis et al. 2008: 30).

The more recent literature has put the issue of *underemployment* to the fore. Data from the 2005 International Social Survey Programme (ISSP)¹ shows that the share of workers who preferred to increase their working hours and earn more money (underemployed) exceeded the share of workers who preferred to reduce their hours while earning less (overemployed) – especially in countries with high unemployment rates (Otterbach 2010). Corroborating evidence from labour force survey data shows that during the recession following the financial crisis that started in 2007/08, the shares of involuntary part-time workers, who prefer full-time jobs, increased in a number of European countries, rendering many part-timers underemployed (Rubery/Rafferty 2013; Horemans et al. 2016). Given that involuntary part-timers are more at risk of poverty than voluntary part-timers, surging underemployment in the form of involuntary part-time work has attained a higher priority on the policy agenda of many countries (Horemans et al. 2016). Labour force survey data on underemployment are not easy to interpret, however, as only those part-timers who state to be looking for a full-time job are defined as underemployed, whereas those who work part-time because of caring activities are defined as voluntary part-timers (OECD 2010).

Regarding the distribution of hours mismatches, previous research suggests that men and highly skilled individuals tend to be more at risk of involuntarily working long hours, whereas women and the low skilled are more at risk of involuntarily working short hours (Stier/Lewin-Epstein 2003; van Echtelt et al. 2006; Sousa-Poza/Henneberger 2002). The evidence on the impact of children is mixed. For the United States, Reynolds (2003) finds that workers with young children are not more likely to face an hours mismatch than childless workers. A number of further studies conclude that children are not strongly connected to the risk of hours mismatches (for overview, Reynolds and Johnson 2012). For Australia, Wilkins (2006) finds the risk of parental underemployment to increase in the number of dependent children. Whereas for men the risk increases with the age of the youngest child, for women the risk decreases when the youngest child is a teenager. Reynolds and Aletraris (2006), by contrast, find that Australian mothers of teenagers are more likely to be underemployed than those with younger children. Using longitudinal data, Reynolds and Johnson (2012) present evidence that in the United States the transition from being childless to having one child increases both parents' risk of overemployment. However, the authors conclude that the effect is small compared to work-related transitions (i.e., changes in terms of job characteristics). To the best of our knowledge, to date, no study has assessed differences between countries in the impact of children on the risk of work hours mismatches.

3. Theory and hypotheses

A central determinant of employment behaviours is education. In classic human capital theory, the better educated are more likely to seek employment due to their higher wage

1 Data on working time preferences were collected as part of the ISSP in 1997 and 2005 and the second round of the ESS, but only at the individual level. These data do hence not allow for couple-level analysis.

potential, in other words because their opportunity costs of not having a job are higher (Becker 1991). Another reason why the better educated are more likely to prefer a stronger involvement in the labour market is because they tend to have access to jobs that provide greater intrinsic rewards (Gerson 1985; Steiber et al. 2016). From the perspective of opportunity cost theory, we may thus expect the better educated to prefer employment to non-employment and to work a higher number of weekly hours than the lower educated. Due to the pronounced educational homogamy of couples in Europe (Blossfeld/Timm 2003), these individual-level predictions of education effects on preferred labour supply, can be applied to the couple level (Steiber et al. 2016). While low educated couples may have low economic and non-economic opportunity costs of not working (i.e., low potential job quality), in many countries they may still prefer a strong labour market involvement of both the man and the woman, due to strong economic pressures on both partners to contribute to the household income (Haas et al. 2006). In summary, both high educated couples as well as low educated couples may prefer a strong involvement in the labour market, albeit for different reasons.

Whereas competing hypotheses can thus be formulated regarding the effects of education on couples' preferred hours, more straightforward predictions can be made regarding the impact of education on the occurrence of hours mismatches. In most countries, we observe large education-based differences in demand-side constraints. The low educated, in particular, face employment constraints, especially in times of slack demand (Erlinghagen 2008; Gesthuizen et al. 2011). Among low-educated couples, both partners may face a high risk of under- and unemployment (Konietzka/Kreyenfeld 2010). Overall, we would thus predict a higher incidence of wanting to work more hours than offered among lower compared to higher educated couples. Conversely, we expect higher levels of education to protect couples from *underemployment*.

However, the highly educated may experience a different type of constraint on their working hours: Skilled occupations are often only accessible for those willing to work long hours (Clarkberg/Moen 2001). Such constraints on working hours imposed by employers (i.e., 'lumpiness' of labour demand) may lead to mismatches between hours preferred and hours actually worked (Hamermesh/Pfann 1996). Moreover, jobs in skilled occupations may encourage incumbents to autonomously work longer hours than they prefer (van Echtelt et al. 2006). This 'new lumpiness' of labour (ibid.) may mostly affect those in jobs that afford a high degree of autonomy, carry responsibility, and allow for learning and self-development on the job. Such intrinsically rewarding jobs may be time-greedy with the result that highly motivated employees work longer hours than they would prefer based on mere financial considerations. In sum, both the 'traditional' and the 'new' lumpiness of labour may lead to higher risks of *overemployment* among highly educated couples compared to lower educated ones.

Also the presence of children is key to understanding couples' labour market behaviour. Whereas it is well-established that small children tend to suppress the amount of paid work carried out by mothers, especially in countries that fail to offer affordable public childcare (Steiber/Haas 2012; Pettit/Hook 2005), the impact of children on the risk of experiencing hours mismatches is theoretically ambivalent. The classic *child-mismatch hypothesis* suggests that the arrival of a child leads to a reduction of preferred working hours (among women in particular), yet such preferences for work hours reductions can-

not always be realised (Reynolds/Johnson 2012) – for this reason, it is usually expected that parents tend to suffer from *overemployment* (Jacobs/Gerson 2004). This is in line with the concept of a ‘lumpiness of labour’ (Hamermesh/Pfann 1996), i.e., parents ending up working more hours than they prefer due to restrictions on available hours (employer constraints). Assuming that in the early family life-cycle, the demand for care time is greater than the demand for more money, whereas the demand for time declines and the demand for money increases when children grow older, we expect the risk of overemployment to decline with the age of the youngest child.

In contrast to the classic *child-mismatch hypothesis* that emphasises the risk of parental overemployment, care responsibilities may also increase the risk of *underemployment* when parents would prefer working longer hours (but only) under the condition that better non-parental childcare opportunities were available (Tsang et al. 2014). In other words, in the absence of adequate institutional care support parents and especially mothers may not be able to combine employment (in particular, a full-time job) with childcare responsibilities, yet they may nevertheless state a preference for an increase in working hours (Wilkins 2006). Under the assumption that institutional care becomes more accessible and affordable when children enter school, the risk of parental underemployment would be expected to decline when children grow older.

In this context, differences across countries may emerge. In contexts, where an adequate support for institutional care is lacking such as in Central and Eastern Europe (CEE), large parts of Continental Europe, Southern Europe, Great Britain and Ireland (see e.g., Saraceno/Keck 2010), the risk of parental underemployment is expected to be higher than in countries that offer affordable care services for smaller and older children (e.g., in Scandinavia and to some degree France and Belgium, Saraceno/Keck 2010). Another institutional factor that may support or undermine parents’ capacity to reconcile having children with working the preferred number of hours is the availability of part-time work (Del Boca 2002). In parts of Europe (e.g., in CEE and Southern Europe), where parents only have the choice between working full-time and not being employed at all due to a lack of part-time jobs, we may expect the risk of parental hours mismatch (over- and underemployment) to be greater compared to countries that offer flexible part-time opportunities (e.g., in parts of Continental Europe such as in the Netherlands).

4. Data and methods

Data and measures of work time

In succession of the 1998 EOF Survey, new data on European couples’ actual and preferred employment arrangements only became available with Round 5 of the European Social Survey (ESS), fielded in the years 2010-2012². The ESS collects international survey data from face-to-face interviews, drawing on random samples of between 1,500 and

2 In 11 countries, the survey was fielded in 2010/11, in Finland and Hungary field work was restricted to 2010, in Spain and Greece it was restricted to 2011, and in Ireland it extended to 2011/12.

3,000 individuals aged 15 and over per country. Similar to the 1998 EOF Survey, in Round 5 respondents were asked 'How many hours a week, if any, would you choose to work, bearing in mind that your earnings would go up or down according to how many hours you work?' and 'If you could choose, how many hours a week, if any, would you like your partner to work bearing in mind that your partner's earnings would go up or down according to how many hours s/he works?'. Moreover, respondents were asked about their and their partner's current employment status and their usual number of weekly working hours (including any paid or unpaid overtime). Investigating the data, we find that the assumption that most respondents evaluate their partner's hours accurately is tenable. As shown in the appendix Table A1, the estimated average actual and preferred hours worked by the partner differ only slightly from the average actual and preferred (own) hours reported by respondents of the opposite sex.

Using the combined information about the female and the male partner's employment status, their actual and preferred working hours, we distinguish six employment arrangements: the *male breadwinner model* (MB, the man works full-time, the woman is not employed), the *modernised male breadwinner model* (MMB, the man works full-time, the woman part-time – also known as the one-and-a half-earner model), the *dual breadwinner model* (DB, both partners work full-time), the *dual part-time model* (DPT, both partners work part-time), the *female breadwinner model* (FB, the woman works full-time, the man part-time or not at all), and the *no-breadwinner model* (NB, both partners are not employed or only one of the partners works part-time). Following the OECD standard, part-time work is defined as working less than 30 hours per week. Comparing couples' actual with their preferred breadwinner models we distinguish (1) couples whose stated preferences match their behaviour (2) from *underemployed* couples, and (3) *overemployed* couples (see Table A2 in the appendix for coding frame).

In some prior studies (e.g., Väisänen/Nätti 2002) hours mismatches at the couple-level were measured by simply subtracting the sum of couple's actual hours from the sum of their preferred hours (with negative values indicating underemployment and positive ones indicating overemployment). In this study, we decidedly take a different approach and define the couple's desire to change their current breadwinner arrangement as an indicator of mismatch. This is because only the categorical breadwinner approach takes a gendered perspective on couples' mismatch, whereas the metric mismatch measure that sums up partners' actual and preferred working hours potentially conflates one partner's overemployment with the other partner's underemployment. Couples living in a male breadwinner arrangement may for example prefer the man to work shorter full-time hours (minus 15 hours) and the woman to start a part-time job (plus 20 hours) – our categorical measure records the fact that in this exemplary couple a part-time job is lacking instead of (wrongly) classifying the couple as fairly well-matched.

Sample

The sample is restricted to individuals who cohabit with a partner of the opposite sex and who are between 20 and 64 years of age (both partners satisfy this age restriction). We use data from 16 countries (Belgium, Denmark, Estonia, Finland, France, Germany, Great Britain, Greece, Hungary, Ireland, the Netherlands, Norway, Slovenia, Spain, Sweden,

and Switzerland), including only those countries that provide data with limited amounts of missing values for both actual and preferred employment arrangements.³

Analytical strategy

The first aim of the study is to provide rich descriptive evidence on couples' actual and preferred employment arrangements in Europe (breadwinner models). To this end, we compare shares of couples living and preferring different breadwinner models in each of the countries analysed. This gives a first overview of the degree to which preferences and behaviours overlap (Table 1). To provide some insight into the types of breadwinner models that couples tend to be satisfied or dissatisfied with, we then cross-tabulate actual and preferred arrangements (Table 2).

The second aim is to identify the determinants of mismatch between couples' actual and preferred employment. To this end, we carry out regression analysis to investigate the socio-demographic risk factors for the occurrence of under- and overemployment. We estimate multinomial logistic regression models using the 3-category mismatch indicator described above as the dependent variable. The following main predictors enter the model: the level of education of each partner (low, medium, high)⁴ and couples' stage in an ideal-typical *family life-cycle* that differentiates between a) childless couples, b) couples whose youngest child is below age 6, c) whose youngest child is aged 6-11, d) whose youngest child is aged 12<18, e) whose youngest child has reached age 18 and still lives in the household, or f) whose youngest child has left the household (empty nest). Standard control variables include the age of the male and female partner and residence in rural or urban settings.⁵ Moreover, in order to detect and account for potential gender differences in the reporting of mismatch, we control for whether the information on the couple's preferred and actual employment was reported by the male or female part of the couple. First, we estimate a country fixed effects model based on a pooled sample of women and men from 16 countries. The results are reported as marginal effects (Table 3). Second, to test the assumption that women and men as part of couples report in a similar way on the impact of children on hours mismatches, we run separate models for women and men (Figure 1). Finally, to investigate differences between countries in terms of the impact of children on the occurrence of hours mismatches we run a separate model for each of the 16 countries (Figure 2). Due to the restricted number of countries analysed, we cannot use

3 We consider only countries that provide less than 10% missing values for actual and preferred arrangements. Missing values for actual and preferred arrangements, respectively, were: Belgium (1.6%; 5.7%), Switzerland (1.7%; 8.7%), Germany (0.7%; 4.2%), Denmark (0.5%; 3.4%), Estonia (1.9%; 7.2%), Spain (0.6%; 4.9%), Finland (1.0%; 1.6%), France (1.1%; 4.9%), Britain (1.6%; 9.9%), Greece (1.8%; 7.7%), Hungary (2.6%; 10.7%), Ireland (0.2%; 1.4%), Netherlands (0.7%; 7.7%), Norway (0.1%; 1.2%), Sweden (0.6%; 2.6%), Slovenia (2.4%; 4.5%).

4 Low education includes less than primary, primary, and lower secondary education (attainment below the general ISCED 3 level). Medium education is defined as upper secondary education (ISCED 3), and high education is defined as post-secondary or tertiary education (ISCED 4-6).

5 The variable distinguishes couples living in 1) a country village, a farm or home in the countryside, 2) a town or a small city, and 3) a big city or the outskirts/suburbs of a big city. It shall control for differences in job opportunities between urban and rural areas.

multilevel modelling to directly model effects of country-level factors on the occurrence and distribution of mismatch. Instead, we aimed to follow a stratified approach and started by grouping the countries analysed along the lines of existing typologies of welfare state regimes and family policy configurations (e.g., Gornick/Meyers 2003; Saraceno/Keck 2010). Yet, the analyses of country-specific patterns regarding child effects revealed a high degree of heterogeneity within groups of countries typically clustered together (Figure 2). For this reason, our analytical strategy is to carry out a country-by-country analysis, the results of which are then interpreted in the light of the literature on relevant contextual conditions (e.g., childcare infrastructure, availability of part-time jobs). Given the limited sample sizes at the country level, especially in some of the stages of the family life-cycle, we employ a coarsened family life-cycle variable in the country-by-country analysis that pools parents with school-age children. The analytical contrast focused upon in this part of the analysis is the mismatch experienced by parents whose youngest child is aged below 6 compared to parents whose youngest child is aged 6 to 17.

4. Results

Actual and preferred employment arrangements

The comparison of couples' actual and preferred breadwinner models shows that *underemployment* is fairly wide-spread in Europe (Table 1). In 13 out of the 16 countries investigated, a larger share of couples prefer a dual breadwinner model than practise it (exceptions are Britain, the Netherlands, and Switzerland). The gap between the shares of couples preferring and living dual breadwinner models is largest in Greece (42%-points), followed by Slovenia (30), Hungary, (25), Spain, and Finland (24). Also single-earner arrangements are found to be largely involuntary. In all countries, less than 15% of couples prefer the male breadwinner model and 5% or less prefer the female breadwinner model (Table 1). Cross-tabulating actual and preferred models (Table 2), we find that in all countries, less than a third of male breadwinner couples actually prefer this arrangement (less than 10% in Norway, Slovenia, and Sweden).

Table 1: Actual and preferred couple employment arrangements, 2010-2012

	DB	MMB	MB	DPT	NB	FB	Total	N
Great Britain								
Actual	37.9%	22.6%	20.7%	2.1%	10.9%	5.8%	100%	838
Preferred	34.9%	34.1%	9.9%	12.3%	6.6%	2.3%	100%	838
Netherlands								
Actual	28.2%	37.3%	17.9%	1.6%	9.7%	5.4%	100%	787
Preferred	25.8%	45.1%	8.2%	7.6%	10.2%	3.1%	100%	787
Switzerland								
Actual	32.6%	31.6%	24.9%	1.1%	5.3%	4.5%	100%	623
Preferred	31.5%	46.7%	11.1%	6.1%	3.4%	1.3%	100%	623
Belgium								
Actual	43.5%	17.2%	16.4%	0.8%	15.6%	6.6%	100%	757
Preferred	49.9%	31.2%	6.7%	6.5%	3.3%	2.4%	100%	757
France								
Actual	51.0%	10.0%	16.9%	0.5%	12.4%	9.2%	100%	672
Preferred	67.9%	15.8%	4.2%	3.5%	5.3%	3.3%	100%	672
Germany								
Actual	33.0%	27.0%	22.1%	1.3%	10.9%	5.7%	100%	1287
Preferred	42.2%	36.2%	6.6%	6.4%	6.6%	2.2%	100%	1287
Denmark								
Actual	62.6%	8.5%	12.2%	1.1%	8.2%	7.4%	100%	729
Preferred	70.9%	12.9%	2.3%	4.3%	5.2%	4.4%	100%	729
Finland								
Actual	54.7%	5.1%	17.7%	0.9%	10.7%	11.0%	100%	810
Preferred	78.4%	7.2%	3.3%	4.4%	3.1%	3.6%	100%	810
Sweden								
Actual	67.1%	9.6%	11.2%	0.8%	4.6%	6.8%	100%	636
Preferred	82.7%	8.0%	1.3%	3.5%	1.9%	2.7%	100%	636
Norway								
Actual	55.5%	15.4%	12.8%	1.2%	8.1%	7.0%	100%	770
Preferred	75.7%	15.7%	1.6%	2.7%	1.1%	3.2%	100%	770
Estonia								
Actual	49.9%	5.4%	27.1%	0.3%	8.2%	9.2%	100%	672
Preferred	68.9%	7.9%	6.1%	3.6%	11.3%	2.2%	100%	672
Greece								
Actual	27.9%	4.6%	38.6%	0.9%	20.1%	7.8%	100%	980
Preferred	69.4%	5.3%	13.4%	2.2%	6.8%	3.0%	100%	980
Hungary								
Actual	46.6%	2.8%	22.5%	0.2%	17.6%	10.3%	100%	630
Preferred	71.2%	7.1%	5.9%	2.8%	8.0%	5.1%	100%	630
Spain								
Actual	37.3%	7.8%	32.0%	0.6%	14.1%	8.2%	100%	835
Preferred	61.5%	16.4%	12.7%	5.0%	2.2%	2.2%	100%	835
Slovenia								
Actual	54.6%	3.0%	16.7%	0.0%	15.6%	10.2%	100%	540
Preferred	85.0%	4.3%	3.0%	3.3%	1.3%	3.2%	100%	540
Ireland								
Actual	22.8%	15.0%	29.2%	2.4%	23.2%	7.5%	100%	950
Preferred	39.2%	32.5%	9.0%	9.3%	7.0%	3.1%	100%	950

Notes: Own analysis of the European Social Survey, Round 5; results are weighted. Abbreviations: DB-dual breadwinners, MMB-modified male breadwinners, MB-male breadwinners, DPT-dual part-timers, NB-no breadwinner model, FB-female breadwinners.

To allow for a structured presentation of the rich descriptive evidence shown in Tables 1 and 2, we loosely group the 16 countries analysed into five patterns of results based on similarity in terms of shares of couples living certain breadwinner models and the prevalence of certain types of mismatch:

- (a) Great Britain, the Netherlands, and Switzerland: If preferences were realised in these countries, we would observe a shift from male breadwinner models to modified male breadwinner models with some of the currently non-employed women taking up part-time jobs. The cross-tabulation of actual and preferred arrangements (Table 2) shows that around 45% of male breadwinner couples in the Netherlands and Switzerland would prefer a modified male breadwinner model (38% in Britain).
- (b) Belgium, France, and Germany: If preferences were realised, increasing shares of both modified male breadwinner and dual breadwinner models would be observed, while shares of single breadwinners would decline. In Germany, only 20% of those in male breadwinner models prefer this arrangement, 45% prefer a modified male breadwinner model and 26% a dual breadwinner model. Belgium shows a very similar pattern. In France only 16% of those in male breadwinner models are content with this arrangement, whereas 50% would in fact prefer to be dual full-time earners and another 26% prefer a modified male breadwinner model. France shows some similarities also with pattern c.
- (c) Denmark, Finland, Norway, and Sweden: The majority of couples are and prefer to be dual breadwinners. In Finland, Sweden, and Norway more than 90% of dual breadwinners hold a preference for this arrangement (83% in Denmark). Moreover, in Finland, Sweden, and Norway more than 40% of modified male breadwinners prefer a dual breadwinner model (26% in Denmark). France shows some similarities with this pattern (i.e., very high share of satisfied dual breadwinners and 43% of modified male breadwinners preferring to switch to a dual breadwinner model).
- (d) Estonia, Greece, Hungary, Slovenia, and Spain: In the Southern and Central/Eastern European countries dual-earner arrangements are much more often preferred than realised. The preference for the dual breadwinner model is strongly pronounced (85% of couples in Slovenia, 71% in Hungary, 69% in Estonia and Greece, and 62% in Spain), but can often not be realised due to a lack of jobs. For this reason, we find many involuntary single-earner and no-breadwinner couples. The shares of male breadwinners who prefer a dual-earner model, for example, amount to 90% in Slovenia, 80% in Hungary, 74% in Estonia, 71% in Greece, and 66% in Spain (i.e., sum of dual breadwinner and modified male breadwinner models).
- (e) Ireland: Similar to Southern and Central/Eastern Europe, Ireland has been strongly affected by the recession. This is reflected in high rates of no-breadwinner couples (23%, Table 1). However, in contrast to these countries, Ireland has a tradition of female part-time work, and a sizable share of Irish couples prefer the modified male breadwinner model (33%). Yet, we observe an acute gap between preferences and behaviour: Whereas 72% of couples hold a preference for a dual-earner model, only 38% of couples can actually achieve such a model.

Table 2: Actual and preferred couple employment arrangements, 2010-2012

	Preferred arrangements							Total	N
	DB	MMB	MB	DPT	NB	FB			
<i>Actual arrangements</i>									
Great Britain									
DB	62.1%	21.5%	2.9%	9.3%	0.8%	3.5%	100%	322	
MMB	10.2%	65.4%	6.3%	13.0%	5.1%	0.0%	100%	193	
MB	22.3%	38.3%	27.4%	5.6%	6.4%	0.0%	100%	162	
NB	10.6%	18.9%	10.1%	29.8%	27.9%	2.9%	100%	95	
FB	[50.5%]	[9.0%]	[6.3%]	[9.0%]	[13.5%]	[11.7%]	100%	49	
Netherlands									
DB	67.7%	20.9%	1.2%	4.6%	3.1%	2.5%	100%	224	
MMB	6.2%	76.1%	2.9%	5.4%	9.1%	0.3%	100%	294	
MB	12.2%	45.3%	28.8%	4.0%	9.8%	0.0%	100%	136	
NB	6.8%	19.8%	14.1%	18.6%	40.7%	0.0%	100%	77	
FB	[25.3%]	[13.1%]	[4.0%]	[11.1%]	[5.1%]	[41.4%]	100%	44	
Switzerland									
DB	68.5%	20.7%	3.0%	6.4%	1.0%	0.5%	100%	203	
MMB	6.1%	81.2%	4.1%	5.1%	3.6%	0.0%	100%	197	
MB	16.8%	45.8%	29.0%	3.9%	3.2%	1.3%	100%	155	
NB	[12.1%]	[42.4%]	[27.3%]	[0.0%]	[18.2%]	[0.0%]	100%	33	
FB	[53.6%]	[7.1%]	[3.6%]	[14.3%]	[3.6%]	[17.9%]	100%	28	
Belgium									
DB	79.0%	13.4%	1.2%	4.0%	0.9%	1.5%	100%	329	
MMB	14.6%	78.5%	0.8%	5.4%	0.0%	0.8%	100%	130	
MB	26.6%	41.1%	26.6%	2.4%	2.4%	0.8%	100%	124	
NB	31.4%	28.8%	11.0%	14.4%	13.6%	0.9%	100%	118	
FB	54.0%	8.0%	0.0%	14.0%	4.0%	20.0%	100%	50	
France									
DB	85.2%	7.3%	1.1%	1.2%	2.4%	2.1%	100%	340	
MMB	43.0%	50.7%	2.5%	1.3%	2.6%	0.0%	100%	70	
MB	49.6%	25.7%	15.5%	2.3%	6.1%	0.8%	100%	106	
NB	48.4%	15.4%	6.2%	10.3%	16.6%	3.1%	100%	88	
FB	61.1%	8.3%	0.0%	3.6%	8.2%	18.9%	100%	64	
Germany									
DB	75.4%	15.7%	0.8%	4.8%	2.4%	1.0%	100%	480	
MMB	17.6%	68.2%	4.2%	7.0%	3.1%	0.0%	100%	302	
MB	25.6%	44.6%	20.0%	3.6%	6.2%	0.0%	100%	263	
NB	29.5%	19.5%	6.8%	11.5%	28.7%	4.0%	100%	150	
FB	54.3%	4.2%	0.0%	8.0%	8.4%	25.1%	100%	76	
Denmark									
DB	82.9%	6.4%	0.4%	4.2%	3.3%	2.9%	100%	456	
MMB	25.8%	62.9%	3.2%	4.8%	3.2%	0.0%	100%	62	
MB	58.4%	19.1%	14.6%	3.4%	4.5%	0.0%	100%	89	
NB	53.3%	10.0%	0.0%	5.0%	23.3%	8.3%	100%	60	
FB	63.0%	1.9%	0.0%	3.7%	5.6%	25.9%	100%	54	
Finland									
DB	93.5%	2.9%	0.5%	1.1%	1.1%	0.9%	100%	443	
MMB	[43.9%]	[48.8%]	[0.0%]	[4.9%]	[2.4%]	[0.0%]	100%	41	
MB	63.6%	12.6%	16.1%	5.6%	2.1%	0.0%	100%	143	
NB	59.8%	4.6%	2.3%	12.6%	14.9%	5.8%	100%	87	
FB	64.0%	2.3%	0.0%	7.9%	3.4%	22.5%	100%	89	

<i>Preferred arrangements</i>								
	DB	MMB	MB	DPT	NB	FB	Total	N
Sweden								
DB	92.5%	3.3%	0.7%	1.9%	0.2%	1.4%	100%	427
MMB	44.3%	42.6%	1.6%	4.9%	3.3%	3.3%	100%	61
MB	76.1%	11.3%	5.6%	2.8%	4.2%	0.0%	100%	71
NB	[62.1%]	[6.9%]	[0.0%]	[17.2%]	[13.8%]	[0.0%]	100%	29
FB	[67.4%]	[2.3%]	[0.0%]	[4.7%]	[4.7%]	[20.9%]	100%	43
Norway								
DB	92.7%	4.7%	0.2%	1.3%	0.0%	1.0%	100%	428
MMB	39.5%	54.3%	1.0%	2.4%	0.0%	2.7%	100%	123
MB	66.9%	23.3%	7.9%	1.0%	1.0%	0.0%	100%	97
NB	53.9%	16.4%	3.8%	12.6%	10.1%	3.3%	100%	61
FB	64.3%	4.0%	0.0%	2.2%	1.9%	27.7%	100%	53
Estonia								
DB	75.5%	4.8%	3.0%	1.8%	12.5%	2.4%	100%	335
MMB	[58.3%]	[13.9%]	[2.8%]	[11.1%]	[13.9%]	[0.0%]	100%	36
MB	61.0%	13.2%	13.7%	2.8%	6.6%	0.0%	100%	182
NB	54.6%	10.9%	3.6%	12.7%	18.2%	0.0%	100%	55
FB	75.8%	3.2%	4.8%	1.6%	11.3%	3.2%	100%	62
Greece								
DB	85.3%	2.3%	4.3%	0.6%	4.4%	3.3%	100%	280
MMB	[80.3%]	[12.8%]	[1.7%]	[3.4%]	[1.7%]	[0.0%]	100%	47
MB	62.8%	8.2%	18.3%	1.7%	8.1%	0.8%	100%	377
NB	56.2%	2.6%	24.4%	3.0%	10.2%	3.7%	100%	189
FB	77.3%	3.5%	2.0%	0.0%	3.5%	13.6%	100%	77
Hungary								
DB	85.4%	6.8%	2.0%	1.7%	2.8%	1.3%	100%	294
MMB	-	-	-	-	-	-	100%	18
MB	70.0%	10.4%	14.8%	0.7%	2.1%	2.1%	100%	142
NB	42.0%	3.6%	7.2%	7.3%	32.7%	7.2%	100%	110
FB	58.3%	3.1%	3.1%	6.1%	3.0%	26.3%	100%	65
Spain								
DB	84.6%	5.8%	2.6%	5.0%	0.3%	1.7%	100%	315
MMB	42.5%	35.6%	6.0%	14.6%	0.0%	1.4%	100%	63
MB	42.3%	23.8%	28.2%	4.5%	0.4%	0.8%	100%	265
NB	50.2%	22.1%	13.2%	0.8%	12.7%	0.9%	100%	117
FB	70.7%	5.7%	4.2%	5.4%	1.5%	12.5%	100%	70
Slovenia								
DB	90.2%	4.1%	1.4%	2.0%	1.0%	1.4%	100%	295
MMB	-	-	-	-	-	-	100%	16
MB	83.3%	6.7%	3.3%	4.4%	1.1%	1.1%	100%	90
NB	77.4%	1.2%	4.8%	7.1%	2.4%	7.1%	100%	84
FB	78.2%	1.8%	7.3%	1.8%	1.8%	9.1%	100%	55
Ireland								
DB	66.9%	19.7%	1.7%	5.7%	1.1%	4.9%	100%	227
MMB	18.7%	66.3%	2.9%	8.1%	4.0%	0.0%	100%	131
MB	27.7%	36.0%	21.2%	7.8%	6.6%	0.6%	100%	268
NB	35.6%	23.0%	8.2%	14.8%	15.8%	2.6%	100%	225
FB	58.4%	11.6%	0.0%	6.9%	7.5%	15.6%	100%	78

Notes: Own analysis of the European Social Survey, Round 5; results are weighted. Abbreviations: DB-dual breadwinners, MMB-modified male breadwinners, MB-male breadwinners, DPT-dual part-timers, NB-no breadwinner model, FB-female breadwinners. Dual part-timers (DPT) excluded as too low sample sizes in all countries. Values in parentheses to be interpreted with caution due to low sample sizes (below 50).

*The prevalence and determinants of hours mismatches**Table 3:* Multinomial logistic regression analysis: Couple underemployment and over-employment

	Match		Under		Over	
	ME	SE	ME	SE	ME	SE
Female respondent	-0.035***	(0.009)	0.040***	(0.008)	-0.004	(0.006)
Age of the woman	0.002*	(0.001)	-0.002*	(0.001)	0.000	(0.001)
Age of the man	-0.001	(0.001)	0.000	(0.001)	0.001	(0.001)
Education of the woman (low)						
Medium	0.081***	(0.014)	-0.104***	(0.013)	0.023**	(0.008)
High	0.161***	(0.014)	-0.208***	(0.014)	0.047***	(0.008)
Education of the man (low)						
Medium	0.063***	(0.014)	-0.069***	(0.013)	0.005	(0.009)
High	0.092***	(0.014)	-0.106***	(0.014)	0.014	(0.009)
Family life-cycle (childless)						
Youngest child in HH age<6	-0.056***	(0.014)	0.045***	(0.013)	0.011	(0.009)
Youngest child in HH 6<12	0.029	(0.016)	-0.045**	(0.015)	0.016	(0.010)
Youngest child in HH 12<18	0.037*	(0.018)	-0.084***	(0.016)	0.047***	(0.012)
Youngest child in HH aged 18+	-0.013	(0.019)	-0.021	(0.017)	0.034**	(0.012)
No child in HH anymore	-0.047*	(0.019)	0.036*	(0.018)	0.012	(0.011)
Residence urban/rural (rural)						
Small town	0.002	(0.012)	0.004	(0.011)	-0.006	(0.008)
Big city	0.028*	(0.011)	-0.029**	(0.010)	0.001	(0.007)
Country (Germany)						
Great Britain	-0.009	(0.023)	-0.098***	(0.020)	0.107***	(0.019)
Netherlands	0.106***	(0.023)	-0.158***	(0.019)	0.052**	(0.018)
Switzerland	0.063**	(0.024)	-0.085***	(0.022)	0.022	(0.018)
Belgium	0.034	(0.023)	-0.006	(0.022)	-0.029	(0.015)
France	0.039	(0.024)	-0.009	(0.022)	-0.030	(0.015)
Denmark	0.104***	(0.023)	-0.093***	(0.021)	-0.011	(0.016)
Finland	0.076***	(0.022)	0.013	(0.021)	-0.089***	(0.012)
Sweden	0.158***	(0.023)	-0.090***	(0.022)	-0.068***	(0.014)
Norway	0.094***	(0.022)	-0.005	(0.022)	-0.089***	(0.012)
Estonia	-0.089***	(0.024)	0.066**	(0.023)	0.023	(0.017)
Greece	-0.122***	(0.022)	0.167***	(0.021)	-0.045**	(0.014)
Hungary	0.026	(0.024)	0.027	(0.023)	-0.053***	(0.015)
Spain	0.004	(0.023)	0.041	(0.022)	-0.045**	(0.015)
Slovenia	0.002	(0.026)	0.072**	(0.025)	-0.074***	(0.014)
Ireland	-0.131***	(0.022)	0.135***	(0.021)	-0.004	(0.015)

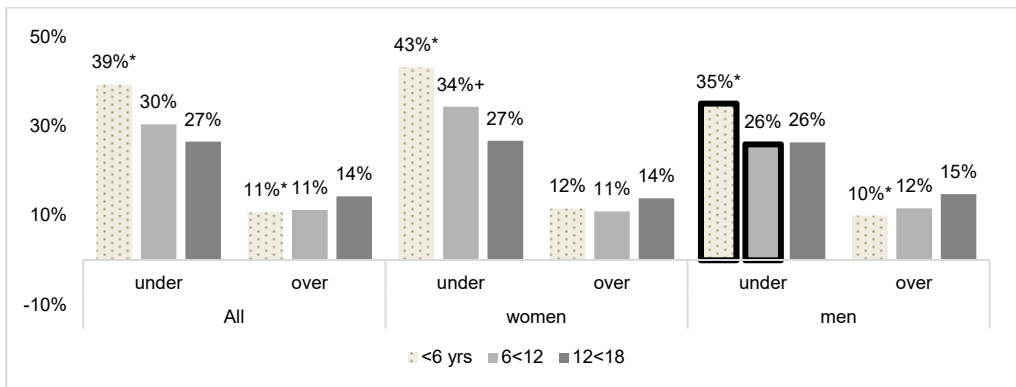
Sample: 12,103 cohabiting women and men in 16 countries. Shown are marginal effects (ME) derived from a multinomial logistic regression analysis. Standard errors (SE) in parentheses.

*** p<0.001, ** p<0.01, * p<0.05.

In the pooled sample (all countries), the estimated share of couples whose employment pattern matched their preferences amounts to about 52%, while about 34% of couples report to be *underemployed* and 11% reported to be *overemployed* (see Table A3 in the appendix for an overview of the distribution of mismatches in each country). In the multivariate regression context that controls for age, education, and the family life-cycle (Table 3), we find statistically higher rates of couple *underemployment* in Ireland, Greece, Estonia, and Slovenia compared to Germany that serves as the reference. Spain shows comparatively high rates of *underemployment* in the descriptive analyses (Table A3) but once we control for the educational composition of the national samples, Spain shows average levels of *underemployment*. Conversely, Great Britain and the Netherlands stand out as the countries with the highest prevalence of *overemployment*. This mainly owes to the comparatively large shares of dual-breadwinner couples who would prefer to live a modified male breadwinner model or a dual part-time model (cf. Table 2). Although the tradition of female part-time work in these two countries is strong, there still appears to be an unmet demand for even more part-time jobs.

The results shown in Table 3 confirm that higher levels of education are associated with a lower likelihood of couple *underemployment* and a higher chance of being able to put preferences into practice. The woman’s and the man’s education work similarly in this regard – with somewhat stronger effects of the woman’s education. Moreover, the woman’s education shows a positive correlation with the risk of *overemployment*.

Figure 1: Marginal effects of the family life-cycle on under- and overemployment of couples, by sex



Notes: Own analysis of the European Social Survey, Round 5; results (marginal effects of children) are based on a sex-specific multinomial logistic regression analysis (same model as shown in Table 3).

* denotes a significant differences ($p < 0.05$) between parents of teenagers aged 12<18 (reference group) and those whose youngest child is <6 yrs. + denotes that for women the difference in underemployment between all three life-cycle stages is significant at $p < 0.05$. The solid lines around two bars denote that the gender difference in the level of underemployment is significant only in the presence of children <6 years and 6<12 years; no significant differences between women and men in terms of the occurrence of overemployment.

The estimated effects of the family life-cycle indicate that the risk of *underemployment* is significantly higher for parents with children below age 6 than for childless couples or

parents of older children (Table 3, Figure 1). Couples whose youngest child is aged 12 and above, by contrast, face a significantly increased risk of *overemployment*.⁶

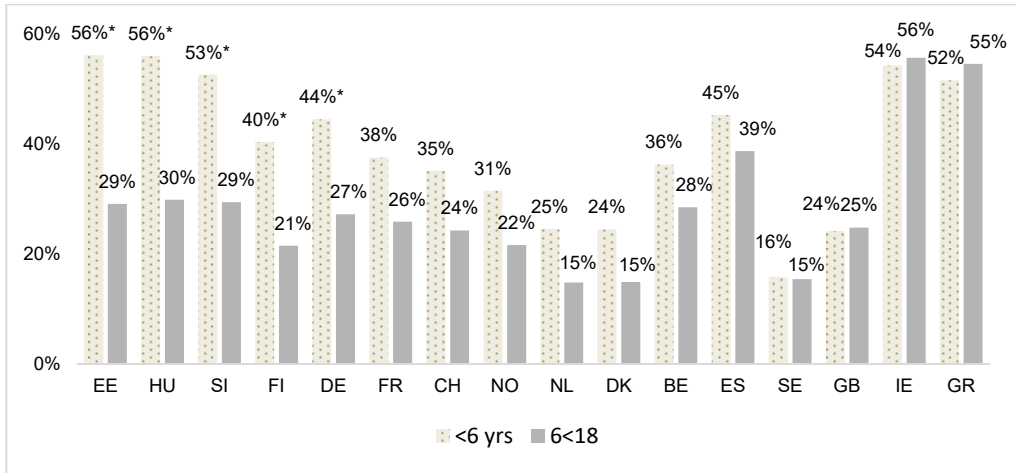
In terms of gender differences, the mismatch analysis (Table 3) suggests that women are somewhat more likely to report underemployment than men, in other words in some male breadwinner couples the woman prefers to increase her hours more than her partner prefers her to. However, we note that our substantive results regarding the impact of the family life-cycle on underemployment are robust to this gender difference in the reporting of mismatch. As illustrated in Figure 1, the risk of underemployment is significantly higher among parents of children below age 6 compared to parents of older children, irrespective of whether we survey fathers or mothers. However, the strength of child effects on the risk of underemployment is estimated to be somewhat stronger when asking mothers compared to asking fathers. Conversely, the impact of teenagers aged 12<18 on the risk of overemployment is found to be significant only for fathers.

The impact of children on parents' risk of experiencing underemployment varies a lot across Europe (Figure 2). The general pattern found in the pooled sample which suggests that parents of children under age 6 are most at risk of underemployment is found in most countries (exceptions are Britain, Greece, Ireland, and Sweden). However, this effect of small children is most pronounced (and statistically significant only) in Estonia, Finland, Germany, Hungary, and Slovenia. In the CEE countries the strong impact of small children on underemployment can be explained with reference to the dominant family policy model that is characterised by a lack of public childcare combined with policies that financially reward full-time care-givers. Another explanation may be the lack of part-time opportunities that leaves parents with a choice between long full-time hours and non-employment. The large effect of small children in Finland may be surprising given that Finland tends to be grouped with the Scandinavian countries in terms of welfare state and gender regimes. Yet, as observed in prior studies (e.g., Saraceno/Keck 2010), Finland shares some similarities with CEE regarding family policy and a lack of part-time opportunities. In Scandinavia (Denmark, Sweden, and Norway), by contrast, underemployment is generally low and small children do not elevate parents' risk of underemployment (which may be expected given a policy setup that facilitates parental employment through public childcare). France and Belgium show some similarities with Scandinavia in terms of care policy (Saraceno/Keck 2010), which can explain the small and non-significant effects of children also in these two countries. Also for Britain and the Netherlands, we find a very small difference between parents of smaller or older children in terms of the risk of mismatch (despite the lack of an adequate childcare infrastructure in these countries), which may be due to the wide availability of part-time jobs. In Germany, we find parents of small children to face a significantly elevated risk of underemployment, despite a relatively wide availability of part-time jobs, yet the childcare infrastructure is weak in supporting parental (full-time) employment. Finally, in Southern Europe (Greece and Spain) and Ireland, we find little variation of the generally very high risk of underemployment

6 A test of the interaction effect between education and the family life-cycle suggests that these results do not vary across educational groups (available upon request). A supplementary model with an alternative specification including the number of children aged below 18 as a predictor instead of the family life-cycle (available upon request) suggests that the risk of underemployment decreases when the couple has more than one child, while the risk of overemployment increases.

across the family life-cycle. The cross-country comparative analysis of child effects is restricted to the issue of underemployment, because cell sizes within different life-cycle stages are too small for a similar analysis of overemployment.

Figure 2: Marginal effects of the family life-cycle on underemployment of couples, by country



Notes: Own analysis of the European Social Survey, Round 5; results (marginal effects of children) are based on a country-specific multinomial logistic regression analysis (same model as shown in Table 3). * denotes that the difference between parents of children aged 6<18 years (reference group) and <6 years is significant at $p<0.05$. The order of countries in this figure is based on the difference in %-points between the two groups of parents.

6. Concluding discussion

As shown in this study, in the observation period 2010-2012, i.e., in the aftermath of the recession, we find a great deal of mismatch between the number of hours that European couples would prefer to work and the jobs that they are able to obtain. The phenomenon of *couple underemployment* was found to be most prevalent in Southern Europe, Central and Eastern Europe, and Ireland, where heavily restricted employment opportunities resulted in large shares of underemployed couples, in particular in the wide-spread *underemployment* of women who would prefer to contribute to the household income but are unable to obtain (full-time) jobs.

In prior research on this topic, the phenomenon of *underemployed* couples was mainly explained with reference to insufficient childcare facilities that do not allow parents to work as many hours as they would prefer (e.g., Tsang et al. 2014). At the same time, some prior studies suggest that parents tend to report preferences for work hours reductions (i.e., the risk of *overemployment*). The present study shows that these mixed findings are due to the fact that the risk of hours mismatch varies along the family life-cycle: whereas mothers' and fathers' risk of *underemployment* is elevated as long as they have a

child below school age (plausibly due to a lack of childcare options), once their children become older (from age 12 onwards) fathers face an increased risk of *overemployment*. The cross-country comparative analysis furthermore suggested that the impact of small children on the experience of parental underemployment varies across Europe. Due to the relatively small number of countries analysed and the limited samples sizes within countries, the results of the comparative analysis allow only for tentative conclusions. The pattern of results indicates a particularly strong impact of children below school age on underemployment in countries that offer limited part-time opportunities and an inadequate childcare infrastructure. The comparatively strongest association between the presence of children below age 6 and parental underemployment was found in the post-socialist countries studied (Estonia, Hungary, Slovenia), Finland, and Germany.

Another key finding of the study was that a high level of education can protect couples from *underemployment*. Conversely, a high level of education (especially women's education) increases the risk of *overemployment*. This corroborates theories of a 'new lumpiness of labour', suggesting that jobs in skilled occupations tend to involve specialised knowledge, high levels of responsibility and autonomous decision-making and may therefore demand longer hours than may be desired by the incumbent.

The study has important policy implications insofar as it shows work hours mismatches in Europe to be very widespread with negative consequences for individuals' and families' economic welfare (i.e., *underemployment*) and well-being (*under- and overemployment* have been shown to negatively affect health). The study also gives new insights into the demographic risk factors for the occurrence of hours mismatches in Europe. The population groups most vulnerable to *underemployment* are those living in countries where the labour market offers limited employment opportunities (unemployment, lack of part-time jobs) and here in particular the low educated and parents of small children. Low wages that demand both partners to work full-time in order to make ends meet are a further factor likely to increase the risk of *underemployment*, especially in the post-socialist countries. *Overemployment* is mostly an issue for the better educated. Both types of mismatch have negative implications for individuals and their families and they indicate inefficiency in the societal allocation of time and money. Our findings thus suggest that reconciliation policies (at societal or organisational level) such as a good childcare infrastructure for small children and the development of high-quality part-time jobs would contribute to a reduction of harmful hours mismatches in Europe.

A limitation of the study pertains to the fact that the data used provides representative information only for a limited set of countries that do not allow for robust multi-level analyses. Once data for a larger set of countries and time points become available, future research will be able to investigate *moderating effects* of national labour market structures and institutional setups. The focus of this study is on couples in Europe. The analysis of population groups without partners such as single parents is a further avenue for future research.

Acknowledgements

This work was supported by funds of the Oesterreichische Nationalbank [Anniversary Fund, project number: 15010] for the project "Changes in Household Employment Patterns and Social Impacts of the Economic Crisis?"

References

- Altonji, J. G. & Paxson, C. H. (1988). Labor supply preferences, hours constraints, and hours–wage tradeoffs. *Journal of Labor Economics*, 6, 2, pp. 254-276. doi: 10.1086/298183.
- Bassanini, A., & Caroli, E. (2015). Is work bad for health? The role of constraint versus choice. *Annals of Economics and Statistics*, 119, 120, pp. 13-37. doi: 10.15609/annaconstat2009.119-120.13.
- Becker, G.S. (1991). *A treatise on the family*. Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Bell, D., Otterbach, S. & Sousa-Poza, A. (2012). Work hours constraints and health. *Annals of Economics and Statistics*, 105, 106, pp. 35-54. doi: 10.2307/23646455.
- Bielenski, H., Wagner, A. & Bosch, G. (2002). *Working time preferences in sixteen European countries*. Dublin: Eurofound.
- Blossfeld, H.P. & Timm, A. (Eds.) (2003). *Who marries whom? Educational systems as marriage markets in modern societies: A comparison of thirteen countries*. Dordrecht: Kluwer. doi: 10.1007/978-94-007-1065-8.
- Böheim, R. & Taylor, M. P. (2004). Actual and preferred working hours. *British Journal of Industrial Relations*, 42, 1, pp. 149-166. doi: 10.1111/j.1467-8543.2004.00308.x.
- Clarkberg, M. & Moen, P. (2001). Understanding the time-squeeze married couples' preferred and actual work-hour strategies. *American Behavioral Scientist*, 44, 7, pp. 1115-1136. doi: 10.1177/0002764201044007005.
- Del Boca, D. (2002). The effect of child care and part time opportunities on participation and fertility decisions in Italy. *Journal of Population Economics*, 15, 3, pp. 549-573. doi: 10.1007/s001480100089.
- De Moortel, D., Thévenon, O., De Witte, H. & Vanroelen, C. (2017). Working hours mismatch, macro-economic changes and mental well-being in Europe. *Journal of Health and Social Behavior*, 58, 2, pp. 217-231. doi: 10.1177/0022146517706532.
- Dooley, D. (2003). Unemployment, underemployment, and mental health: conceptualizing employment status as a continuum. *American Journal of Community Psychology*, 32, 1/2, pp. 9-20. doi: 10.1023/A:1025634504740.
- Echtelt, P. E., van Gleebeek, A. C. & Lindenberg, S. M. (2006). The new lumpiness of work explaining the mismatch between actual and preferred working hours. *Work, Employment & Society*, 20, 3, pp. 493-512. doi: 10.1177/0950017006066998.
- Erlinghagen, M. (2008). Self-perceived job insecurity and social context: A multi-level analysis of 17 European Countries. *European Sociological Review*, 24, 2, pp. 183-197. doi: 10.1093/esr/jcm042.
- Fagan, C. and Warren, T. (2001). *Gender, employment and working time preferences in Europe*. Dublin: European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions.
- Gerson, K. (1985). *Hard choices: How women decide about work, career, and motherhood*. Berkeley: University of California Press. doi: 10.1525/j.ctt1ppth4.
- Gesthuizen, M., Solga, H. & Künster, R. (2011). Context matters: Economic marginalization of low-educated workers in cross-national perspective. *European Sociological Review*, 27, 2, pp. 264-280. doi: 10.1093/esr/jcq006.
- Gornick, J. C. & Meyers, M. K. (2003). Welfare regimes in relation to paid work and care. *Advances in Life Course Research*, 8, pp. 45-67. doi: 10.1016/S1040-2608(03)08003-1.
- Haas B., Steiber N., Hartel M. and Wallace C. (2006) Household employment patterns in an enlarged European Union. *Work, Employment & Society*, 20, 4, pp. 751-771. doi: 10.1177/0950017006069813.
- Hamermesh, D. S. & Pfann, G. A. (1996). Adjustment costs in factor demand. *Journal of Economic Literature*, 34, 3, pp. 1264-1292.
- Horemans, J., Marx, I. & Nolan, B. (2016). Hanging in, but only just: part-time employment and in-work poverty throughout the crisis. *IZA Journal of European Labor Studies*, 5, 1, pp. 1-19. doi: 10.1186/s40174-016-0053-6.

- Jacobs, J. A. & Gerson, K. (2001). Overworked individuals or overworked families? Explaining trends in work, leisure, and family time. *Work and Occupations*, 28, 19, pp. 40-63. doi: 10.1177/0730888401028001004.
- Jacobs, J. A. & Gerson, K. (2004). *The time divide: Work, family, and gender inequality*, Cambridge: Harvard University Press. doi: 10.1111/j.1741-3737.2005.00173.x.
- Jacobs, J. A. & Green, K. (1998). Who are the overworked Americans? *Review of Social Economy*, 56, 4, pp. 442-459. doi: 10.1080/00346769800000044.
- Konietzka, D. & Kreyenfeld, M. (2010). The growing educational divide in mothers' employment: an investigation based on the German micro-censuses 1976-2004. *Work, Employment & Society*, 24, 2, pp. 260-278. doi: 10.1177/0950017010362140.
- Lewis, J., Campbell, M. & Huerta, C. (2008). Patterns of paid and unpaid work in Western Europe: Gender, commodification, preferences and the implications for policy. *Journal of European Social Policy*, 18, 1, pp. 21-37. doi: 10.1177/0958928707084450.
- Merz, J. (2002). Time and economic well-being: A panel analysis of desired versus actual working hours. *Review of Income and Wealth*, 48, 3, pp. 317-346. doi: 10.1111/1475-4991.00057.
- Moen, P. & Dempster-McClain, D. I. (1987). Employed parents: Role strain, work time, and preferences for working less. *Journal of Marriage and the Family*, 49, 3, pp. 579-590. doi: 10.2307/352203.
- OECD (2001). *OECD employment outlook 2001*. Paris: OECD Publishing. doi: 10.1787/19991266.
- OECD (2010). How good is part-time work? (Chapter 4). In: *Employment outlook 2010: moving beyond the jobs crisis*. Paris: OECD Publishing. doi: 10.1787/19991266.
- Otterbach, S. (2010). Mismatches between actual and preferred work time: empirical evidence of hours constraints in 21 countries. *Journal of Consumer Policy*, 33, 2, pp. 143-161. doi: 10.1007/s10603-009-9116-7.
- Pettit, B. & Hook, J. (2005). The structure of women's employment in comparative perspective. *Social Forces*, 84, 2, pp. 779-801. doi: 10.1353/sof.2006.0029.
- Reynolds, J. (2003). You can't always get the hours you want: Mismatches between actual and preferred work hours in the U.S. *Social Forces*, 81, 4, pp. 1171-1199. doi: 10.1353/sof.2003.0069.
- Reynolds, J. (2014). Prevailing preferences: actual work hours and work-hour preferences of partners. *Industrial & Labor Relations Review*, 67, 3, pp. 1017-1041. doi: 10.1177/0019793914537459.
- Reynolds, J. & Aletraris, L. (2006). Pursuing preferences: the creation and resolution of work hour mismatches. *American Sociological Review*, 71, 4, pp. 618-638. doi: 10.1177/000312240607100405.
- Reynolds, J. & Johnson, D. R. (2012). Don't blame the babies: work hour mismatches and the role of children. *Social Forces*, 91, 1, pp. 131-155. doi: 10.1093/sf/sos070.
- Rubery, J. & Rafferty, A. (2013). Women and recession revisited. *Work, Employment & Society*, 27, 3, pp. 414-432. doi: 10.1177/0950017012460314.
- Saraceno, C. & Keck, W. (2010). Can we identify intergenerational policy regimes in Europe? *European Societies*, 12, 5, pp. 675-696. doi: 10.1080/14616696.2010.483006.
- Schwartz, C. & Mare, R. (2005). Trends in educational assortative marriage from 1940 to 2003. *Demography*, 42, 4, pp. 621-646. doi: 10.1353/dem.2005.0036.
- Sousa-Poza, A. & Henneberger, F. (2002). An empirical analysis of working-hours constraints in twenty-one countries. *Review of Social Economy*, 60, 2, pp. 209-242. doi: 10.1080/00346760210146235.
- Steiber, N. and Haas, B. (2012) Advances in explaining women's employment patterns. *Socio-Economic Review*, 10, 2, pp. 343-367. doi: 10.1080/00346760210146235.
- Steiber, N., Berghammer, C. & Haas, B. (2016). Contextualizing the education effect on women's employment: A cross-national comparative analysis, *Journal of Marriage and Family*, 78, 1, pp. 246-261. doi: 10.1111/jomf.12256.
- Stier, H. & Lewin-Epstein, N. (2003). Time to work: a comparative analysis of preferences for working hours. *Work and Occupations*, 30, 3, pp. 302-326. doi: 10.1177/0730888403253897.
- Tsang, F., Rendall, M., Rohr, C. & Hoorens, S. (2014). *Emerging trends in earnings structures of couples in Europe: Short statistical report No. 5*. Santa Monica: RAND Corporation. doi: 10.2838/54302.

- Väisänen, M. & Nätti, J. (2002). Working time preferences in dual-earning households. *European Societies*, 4, 3, pp. 307-329. doi: 10.2838/54302.
- Warren, T. (2015). Work-time underemployment and financial hardship: class inequalities and recession in the UK. *Work, Employment and Society*, 29, 2, pp. 191-212. doi: 10.1177/0950017014559264.
- Wilkins, R. (2006). Personal and job characteristics associated with underemployment. *Australian Journal of Labour Economics*, 9, 4, pp. 371-393.
- Wilkins, R. & Wooden, M. (2011). Economic approaches to studying underemployment. In: Maynard, D. & Feldman, D. C. (Eds.), *Underemployment: Psychological, economic, and social challenges*. Springer Science+Business Media, pp. 13-34. doi: 10.1007/978-1-4419-9413-4.
- Wooden, M., Warren, D. & Drago, R. (2009). Working time mismatch and subjective well-being. *British Journal of Industrial Relations*, 47, 1, pp. 147-179. doi: 10.1111/j.1467-8543.2008.00705.x.
- Wunder, C. & Heineck, G. (2013). Working time preferences, hours mismatch and well-being of couples: are there spillovers? *Labour Economics* 24, pp. 244-252. doi: 10.1016/j.labeco.2013.09.002.

Submitted on/Eingereicht am: 02.05.2018

Accepted on/Angenommen am: 23.10.2018

Addresses of the authors/Anschriften der Autor(inn)en:

Dr. Nadia Steiber (Corresponding author/Korrespondierende Autorin)

Institute for Advanced Studies
Josefstädter Strasse 39
1080 Vienna
Austria/Österreich

Wittgenstein Centre for Demography and Global Human Capital (IIASA, VID/ÖAW, WU)
International Institute for Applied Systems Analysis
Schlossplatz 1
2361 Laxenburg
Austria/Österreich

Email/E-Mail: steiber@ihs.ac.at

Privatdozentin Dr. Barbara Haas

Department of Socioeconomics
Vienna University of Economics and Business
Welthandelsplatz 1
1090 Vienna
Austria/Österreich

Email/E-Mail: barbara.haas@wu.ac.at

Appendix

Table A1: Mean numbers of actual and preferred hours in couples, by couple employment arrangement

Reported hours dimension	Reported by	Current breadwinner model					
		DB	MMB	MB	FB	DPT	LI
own hrs	Man	45.1	44.9	45.5	3.7	13.4	1.6
	Woman	40.3	18.6	0.0	39.3	17.8	2.6
partner hrs	Man	39.2	18.4	0.0	39.6	15.7	2.3
	Woman	43.4	43.1	43.4	3.7	17.5	1.7
own preferred hrs	Man	38.2	35.8	37.3	32.1	32.6	31.6
	Woman	33.4	22.5	24.5	34.3	23.1	24.3
preferred hrs for partner	Man	33.4	20.5	18.8	32.5	23.8	20.5
	Woman	37.0	37.3	37.6	28.4	30.2	26.7
mismatch own hrs	Man	-6.9	-9.1	-8.2	28.4	19.2	30.0
	Woman	-6.9	3.9	24.5	-5.0	5.3	21.7
mismatch partner hrs	Man	-5.8	2.1	18.8	-7.1	8.1	18.2
	Woman	-6.4	-5.8	-5.8	24.7	12.7	25.0

Note: Shown are (weighted) mean numbers of actual and preferred hours and hours mismatch (measured in mean hours) as reported by men and women in different breadwinner models (Table 1 for abbreviations).

Table A2: Coding of couple underemployment and overemployment

<i>Actual Arrangements</i>	<i>Preferred Arrangements</i>					
	DB	MMB	MB	DPT	NB	FB
DB	match	over	over	over	over	over
MMB	under	match	over	over	over	a
MB	under	under	match	a	over	a
DPT	under	under	a	match	over	a
NB	under	under	under	under	match	under
FB	under	a	a	a	over	match

Note: Combinations marked with an 'a' are excluded from the sample (about 2% of the sample, see Table A3), because they cannot clearly be defined as under- or overemployed (see Table 1 for abbreviations).

Table A3: Distribution of couple underemployment and overemployment, by country

	Match	Under	Over	a	Total	N
Great Britain	49%	27%	22%	3%	100%	838
Netherlands	60%	20%	18%	2%	100%	787
Switzerland	58%	25%	15%	2%	100%	623
Belgium	56%	31%	11%	2%	100%	757
France	55%	33%	10%	2%	100%	672
Germany	53%	32%	14%	1%	100%	1,287
Denmark	63%	24%	13%	1%	100%	729
Finland	61%	32%	5%	2%	100%	810
Sweden	69%	23%	7%	1%	100%	636
Norway	64%	30%	5%	1%	100%	770
Estonia	44%	37%	17%	2%	100%	672
Greece	35%	56%	8%	1%	100%	980
Hungary	52%	38%	8%	2%	100%	630
Spain	46%	43%	8%	3%	100%	835
Slovenia	52%	40%	6%	2%	100%	540
Ireland	37%	47%	12%	4%	100%	950
ALL	52%	34%	11%	2%	100%	12,516

Notes: Own analysis of the European Social Survey, Round 5. Results are weighted. For definition of underemployment and overemployment see Table A2.

Table A4: Sample description, by country

	Mean age woman	Mean age man	% low educated women	% medium educated women	% high educated women	% low educated men	% medium educated men	% high educated men	N
Great Britain	42.2	44.0	28.4	24.6	47.0	29.1	28.5	42.4	736
Netherlands	43.1	45.7	36.1	25.7	38.2	34.3	24.8	40.9	762
Switzerland	43.2	45.7	21.0	48.2	30.8	10.4	41.4	48.2	604
Belgium	43.1	45.5	19.3	29.0	51.7	16.9	31.3	51.8	735
France	42.7	45.1	15.4	45.2	39.4	14.0	54.9	31.1	650
Germany	44.1	46.7	10.0	53.4	36.6	7.2	49.9	42.9	1,264
Denmark	44.5	46.5	19.6	30.2	50.2	16.4	39.9	43.7	719
Finland	42.7	44.8	12.4	31.4	56.2	14.0	39.1	47.0	788
Sweden	42.4	44.6	7.4	38.9	53.7	9.8	39.6	50.6	622
Norway	42.4	45.0	10.4	32.2	57.4	9.2	40.3	50.5	760
Estonia	42.3	44.4	10.1	32.9	57.0	10.1	43.9	46.0	656
Greece	41.3	45.1	29.7	43.7	26.7	31.4	42.1	26.6	968
Hungary	41.9	44.9	17.1	57.1	25.8	11.8	63.4	24.8	620
Spain	42.8	45.2	53.2	14.2	32.7	51.1	13.4	35.5	805
Slovenia	44.1	46.8	16.3	50.0	33.7	11.7	64.9	23.4	522
Ireland	42.1	44.1	25.1	29.8	45.1	30.9	23.3	45.7	892
ALL	42.8	45.3	21.0	36.6	42.4	19.8	39.3	40.9	12,103
	% child- less	% age <6	% age 6<12	% age 12<18	% age 18+	% rural	% small town	% big city	
Great Britain	40.9	27.2	12.8	9.4	9.8	28.7	46.3	25.0	736
Netherlands	43.2	22.3	15.5	10.0	9.1	28.4	26.0	45.7	762
Switzerland	34.3	23.2	13.3	13.7	15.6	16.9	23.8	59.3	604
Belgium	34.7	23.8	13.2	12.0	16.3	23.1	22.5	54.4	735
France	39.1	25.5	15.2	9.5	10.6	26.9	21.9	51.2	650
Germany	45.3	18.3	11.5	12.5	12.5	19.9	37.3	42.7	1,264
Denmark	39.2	19.1	17.4	15.4	8.9	36.3	36.6	27.1	719
Finland	44.3	25.6	9.4	12.9	7.7	28.8	29.2	42.0	788
Sweden	42.0	24.3	12.5	12.2	9.0	34.7	31.7	33.6	622
Norway	38.0	27.1	13.3	14.2	7.4	29.3	26.2	44.5	760
Estonia	31.7	25.9	13.0	11.3	18.1	31.1	31.6	37.4	656
Greece	28.7	22.0	17.1	14.2	18.1	55.7	14.2	30.2	968
Hungary	29.8	22.1	16.0	11.1	21.0	29.2	35.5	35.3	620
Spain	28.8	22.6	16.7	11.7	20.3	26.2	30.1	43.7	805
Slovenia	19.5	18.6	14.2	15.5	32.2	26.1	19.0	55.0	522
Ireland	37.3	29.2	13.8	8.3	11.4	30.2	24.9	45.0	892
ALL	36.7	23.4	14.0	12.1	13.9	29.7	28.7	41.6	12,103

Sample restricted to cases without missing values on all predictors, corresponding to the sample of analysis used for regression analysis in Table 3. Values not weighted.

Sabine Diabaté & Samira Beringer

Simply the Best!? –

Kulturelle Einflussfaktoren zum „intensive mothering“ bei Müttern von Kleinkindern in Deutschland

Simply the Best!? –

The impact of cultural factors on “intensive mothering” among mothers of toddlers in Germany

Zusammenfassung:

Obwohl sich junge Paare oft eine egalitäre Aufteilung der Erwerbs- und Familienarbeit wünschen, ändert sich dies nach der Familiengründung häufig. Neben ökonomischen Gründen können auch kulturelle Vorstellungen von einer „guten Mutter“ diesen Effekt mitverursachen. Im Beitrag wird untersucht, wie Mütter von Kleinkindern zum „intensive mothering“ stehen und dieses leben. Darunter versteht man ein Ideal, welches das Kind (und dessen Betreuung) als höchste Priorität der Frau definiert. Es werden die Daten der Leitbildstudie verwendet und in einer logistischen Regression analysiert, wer das „intensive mothering“ befürwortet. Es zeigt sich u.a., dass dies insbesondere bei westdeutschen und religiösen Müttern der Fall ist. In Strukturgleichungsmodellen wird dargestellt, wie diese Disposition das Verhalten begünstigt. Die Überzeugung, als Mutter die beste Betreuung zu sein, hat keinen direkten Einfluss auf die tatsächliche Betreuung, sondern wirkt indirekt durch das Misstrauen gegenüber der Fremdbetreuung. Ostdeutsche oder höher gebildete Mütter betreuen ihre Kinder seltener selbst. Historisch gewachsene Normen, verstärkt durch intergenerationale Transmission, erklären den persistierenden Ost-West-Unterschied.

Schlagwörter: intensive mothering, maternal gatekeeping, Kinderbetreuung, Arbeitsteilung, Mutterleitbilder

Abstract:

Although young couples often want an egalitarian division of paid and family work, this changes after starting a family. Beside economic reasons, cultural perceptions of a “good mother” can also contribute to this effect. This article investigates how mothers think about “intensive mothering” and live it. This is an ideal which defines the child (and its care) as a woman’s highest priority. A logistic regression analyses is carried out on the basis of the data from the survey about Familienleitbilder to find out who is in favor of “intensive mothering”. It becomes evident, that this is particularly true for West German or religious mothers. A structural equation model shows how this disposition influences the behavior. The belief that the mother is the best caregiver for the child has no direct influence on the actual care, but acts indirect over distrust against external child care. East German or highly educated mothers are less likely to look after their children themselves. This persistent difference between Eastern and Western Germany can be explained by historically grown and intergenerationally transmitted norms.

Key words: intensive mothering, maternal gatekeeping, child care, division of work, cultural perceptions of motherhood

Einleitung

Rücken die Väter bei der Frage zur Beteiligung an Fürsorgeaufgaben immer mehr in das Interesse sozialwissenschaftlicher Forschung, stellt sich zunehmend die Frage, inwieweit Mütter bereit sind, diese Arbeit auch zu teilen: Zwar wünschen sich viele junge Paare eine egalitäre Aufteilung der Erwerbs- und Familienarbeit (Lietzmann/Wenzig 2017; Diabaté et al. 2015), bei der Familiengründung passiert es jedoch häufig, dass sie in der sogenannten Traditionalisierungsfalle landen (Rüling 2007), bei der die Eltern trotz Wunsch nach egalitärer Arbeitsteilung nach der Familiengründung traditionelle Rollenmuster einnehmen. Dies zeigt sich (unter anderem) in der Kluft zwischen der gewünschten und tatsächlichen Elternzeitnahme von Vätern oder allgemein in der ungleichen Aufgabenteilung der Kinderbetreuung (Grunow/Evertsson 2016; Lück 2009).

Als ein wichtiger Grund für das geringere väterliche Engagement in der Care-Arbeit werden häufig ökonomische Opportunitätskosten und Angst vor Karrierenachteilen aufgeführt (Allensbach 2015). Neben strukturellen Barrieren gibt es auch kulturelle Barrieren, u.a. innerhalb der elterlichen Dyade, die es den „Neuen Vätern“ zum Teil erschwert, ihren gewünschten Anteil an Care-Arbeit zu übernehmen. Häufig stehen dahinter die Wünsche der Partnerin, sich allein um das Kind zu kümmern (ibd.). Ursachen bestehen hier möglicherweise in der kulturellen Prägung vieler Frauen, dass sich nach der Geburt die Prioritäten verschieben und zuvor latent vorhandene traditionelle Mutterschaftskonzepte aktiviert werden.

Bislang war in diesem Kontext v.a. von „maternal gatekeeper mothers“ die Rede (Allen/Hawkins 1999), also Müttern, die das väterliche Engagement beeinflussen. In einer abgemilderten Form ist auch die mütterliche Kindzentrierung ein möglicherweise relevantes Konstrukt, welches die Väter gerade in den ersten Lebensjahren zur sekundären Bezugsperson zu degradieren droht. Die Befunde der 70er und 80er Jahre (z.B. Bowlby 1975) tragen bis heute dazu bei, insbesondere das Engagement der Mutter für die frühkindliche Entwicklung zu betonen und haben die Elternkultur in Deutschland nachhaltig geprägt.

Besonders in den ersten Lebensjahren des Kindes sehen viele der qualitativ befragten Schwangeren v.a. sich selbst als optimale Pflegeperson an und werten sowohl die väterliche Beteiligung in der Kinderpflege als auch eine Fremdbetreuung des Kindes (durch Fachkräfte) ab (Dechant/Rinklake 2016). Es zeichnet sich das Ideal des „intensive mothering“ (Hays 1996) ab, bei dem eine „gute Mutter“ das Wohl des Kindes an erste Stelle setzt und ihr eine quasi natürliche Expertise für die Kinderpflege zugeschrieben wird. In diesem Beitrag sollen die Mütter betrachtet werden, da sie häufig die Entscheidungsmacht über die Betreuung der Kinder haben, was auch mit den normativen Erwartungen an den Vater und dessen Engagement in Verbindung steht. Kulturelle Leitbilder von Familie und guter Mutter- bzw. Elternschaft stellen, neben strukturellen Restriktionen, ein wichtiges ergänzendes Element der Analyse partnerschaftlicher Aufteilung von Erwerbs- und Reproduktionsarbeit dar. Verschiedene Forschungsfragen und Annahmen lassen sich in diesem Kontext auf Einstellungs- und Verhaltensebene formulieren:

1. Wie viele junge Mütter sehen sich als „beste“ Betreuerin für ihren Nachwuchs und befürworten das Ideal des „intensive mothering“? (*Quantifizierung*)

2. Welche Mütter sind – zumindest auf der Einstellungsebene – Befürworterinnen des „intensive mothering“ und gibt es hier sozialisations- oder strukturell-bedingte Unterschiede? (*Erklärung/Einstellungsebene*)
3. Wie hoch ist der Zusammenhang zwischen der Befürwortung des „intensive mothering“ und der tatsächlichen überwiegenden Betreuung des Kindes durch die Mutter? (*Relevanz für Handlungsebene*)

In diversen qualitativen Studien werden Weiblichkeitskonzepte untersucht (z.B. Merkle/Wippermann 2008, Oechsle 1998), seltener quantitativ und im internationalen Vergleich (z.B. Ruckdeschel 2009). Zahlreiche, vorrangig quantitative Forschungsarbeiten thematisieren die persistenten Muster geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung und die Zusammenhänge mit Geschlechterregimen bzw. politischen Rahmenbedingungen, u.a. im Ländervergleich (z.B. Notten et al. 2017, Grunow 2013; Lück 2009; Hakim 2000, 2002; Pfau-Effinger 2000; Pfau-Effinger et al. 2009). Jedoch steht bislang aus, das Phänomen des „intensive mothering“ unter kultureller Perspektive für Deutschland zu quantifizieren. Ein wichtiger Bezugspunkt bilden hierfür das APPARENT-Projekt (Grunow und Evertsson 2016, APPARENT-Projektseite 2018) und die 2006 durchgeführte Teilstudie (Dechant und Rinklake 2016), in welcher aus qualitativer Sicht 14 bayrische Paare hinsichtlich ihrer geschlechtlichen Arbeitsteilung im Übergang zur Elternschaft untersucht wurden. Im internationalen Vergleich zeigte sich, dass etwa 14% der deutschen Eltern eine „intensive parenting“-Norm befürworten (Grunow et al. 2018).

Dieser Beitrag hat zum Ziel, hier anzuknüpfen und aus aktuellerer, quantitativer Perspektive die Verbreitung des „intensive mothering“ sowie dessen Zusammenhänge mit sozialstrukturellen und kulturellen Merkmalen zu beleuchten. Dafür werden bundesweit erhobene Daten der Familienleitbildstudie von 2012 verwendet.

Theoretische Grundlagen und Forschungsstand

Eine egalitäre Aufgabenteilung in Erwerbs- und Haushaltsarbeit ist heute die Absicht vieler Paare. Mit der Gründung einer Familie ergibt sich jedoch häufig eine Diskrepanz zwischen diesem Wunsch und der gelebten Realität (Lauber et al. 2015).

Wünsche, Einstellung und Verhalten

Obwohl Väter heutzutage mehr Zeit mit ihrem jungen Nachwuchs verbringen und Mütter auf der anderen Seite oft schon früher in die Erwerbstätigkeit (wieder-)einsteigen möchten, kehren sie meist nach der Familiengründung zu klassischen Geschlechterrollenmustern zurück. In denen sorgt der Vater für das Einkommen und verbringt abends oder am Wochenende Zeit mit dem Kind (Bujard/Schwebel 2015), während die Mutter hauptsächlich die Verantwortung für Haus- und Betreuungsarbeit trägt (Allensbach 2015).

In der Familienpolitik hat man auf die Wünsche nach egalitärer Arbeitsteilung reagiert und 2007 das einkommensabhängige Elterngeld mit den dazugehörigen Partnermonaten eingeführt. Diese Maßnahmen sollen das Engagement der Väter in der Betreuungsarbeit erhöhen und es der Mutter erleichtern, früher in die Erwerbstätigkeit zurückzukehren.

ren. Das 2015 eingeführte ElterngeldPlus soll zusätzlich Flexibilität in Arbeits- und Elternzeitgestaltung ermöglichen (BMFSFJ 2016). Auch der Ausbau von Kindertagesstätten und der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder ab dem zweiten Lebensjahr sollen die Möglichkeit schaffen, Beruf und Familie besser zu vereinbaren (BMFSFJ 2017).

Trotz der Bemühungen der Politik, strukturelle Hürden abzubauen, scheint eine gleichberechtigte Arbeitsteilung in Erwerbs-, Haushalts- und Betreuungsarbeit besonders nach der Familiengründung jedoch schwer erreichbar und junge Eltern erleben eine Traditionalisierung (Rüling 2007).

Als ein Grund für diese klassische Aufteilung wird häufig mit finanziellen Opportunitätskosten sowie Angst vor Karrierenachteilen der Männer argumentiert (Allensbach 2015). Jedoch müssen neben ökonomisch-strukturellen Ansätzen wie Rational Choice auch kulturelle Ansätze hinzugezogen werden, denn es hat sich gezeigt, dass Kosten-Nutzen-Abwägungen nur unzureichend erklären können, weshalb zum Beispiel formal sehr gut ausgebildete Frauen nach der Geburt traditionelle Rollenverteilungsmuster leben, obwohl sie vormals noch eine egalitäre Arbeitsteilung in Haus- und Pflegearbeit angestrebt hatten (Grunow et al. 2007). Neben finanziellen Gründen nennen Väter aber auch den Wunsch der Mutter, sich selbst um das Kind kümmern zu wollen, als Ursache, selbst keine Elternzeit genommen zu haben (Allensbach 2015). Überhaupt zeigen psychologische Studien, dass Müttern eine maßgebliche Rolle bei der Väterpartizipation zukommt, da die Frau als Hauptverantwortliche in Pflege- und Hausarbeit den Vater er- oder entmutigen kann, sich mehr zu engagieren (z.B. Zvara et al. 2013; Schoppe-Sullivan et al. 2008).

Betrachtet man die erwerbsbezogenen Arbeitszeitwünsche von Vätern und Müttern (Lietzmann/Wenzig 2017), so stellt man fest, dass sich viele Väter eine Reduzierung ihrer momentanen Arbeitszeit wünschen. Hingegen fühlt sich mehr als ein Viertel der Mütter mit ihrem Arbeitszeitumfang nicht ausgelastet und auch erwerbslose Frauen wollen überwiegend einer Erwerbstätigkeit nachgehen. Gründe, warum Mütter ihren Wunsch nach (Erhöhung der) Erwerbstätigkeit nicht verfolgen, können neben strukturellen Hürden zur Vereinbarung von Beruf und Familie auch die Einstellungen zur Muttererwerbstätigkeit sein. So sind Frauen der Meinung, dass der Umfang der mütterlichen Erwerbstätigkeit vom Alter des Kindes abhängig sein sollte (ibd.).

Geschlechtliche Rollenkonzepte

Beschäftigt man sich mit geschlechtlichen Rollenkonzepten, so findet man immer wieder eine Dualität der Arbeitsteilung von Frauen und Männern in eine (eher) männlich konnotierte Erwerbsarbeit und eine weiblich konnotierte Haus- und Pflegearbeit. Um das eigene soziale Geschlecht darzustellen, wird zudem weiblich konnotierte Arbeit eher von Frauen geleistet. „Doing Gender“ (West/Zimmerman 1987) verfestigt damit diese geschlechtliche Aufteilung noch weiter. Besonders die Fürsorge für den Nachwuchs wird von der Frau im Allgemeinen und der Mutter im Besonderen als „natürlich“ gesehen. Dies sind kulturell geprägte Muster der „Mutterliebe“, die fest im Selbstbild vieler Frauen verankert sind (Schütze 2010, 1986; Herwartz-Emden 1995). Es wird, wie im Konzept der hegemonialen Mütterlichkeit (Ehnis 2008) dargestellt, nicht nur vorausgesetzt, dass die Mutter sich um das Kind kümmert, sondern abweichende Arrangements werden abgewertet und (subtil)

als unpassend oder unnatürlich deklariert. Dabei wird häufig mit der Gesundheit des Kindes argumentiert, dass es, vor allem in der ersten Zeit nach der Geburt, die Mutter brauche. Eine besondere Stellung wird dem Stillen zugeschrieben: Der Säugling bekomme durch das Brustgeben eine Leistung, die exklusiv der Mutter vorbehalten ist, nicht nur die als besonders wertvoll geltende Muttermilch, sondern auch eine einzigartige und wichtige Mutter-Kind-Bindung. Der Vater wird eher als Erzieher oder Spielgefährte statt als Betreuer oder Pfleger für das Kind bzw. den Säugling gesehen, wobei diese Aufteilung für beide Elternteile selbstverständlich und einvernehmlich sein soll. Ehnis leitet die hegemoniale Mutterschaft von Connells Konzept der hegemonialen Männlichkeit ab (Connell 2000), da es der Stabilisierung männlicher Machtverhältnisse dienen soll (Ehnis 2008: 64f), u.a. weil die Frauen dadurch in die häusliche Sphäre zurückgedrängt würden und mangels eigenem Einkommen Entscheidungsmacht in der Partnerschaft einbüßen könnten.

„Intensive mothering“ und „maternal gatekeeping“

Sieht das Konzept der hegemonialen Mütterlichkeit die Mutter als primäre Pflegerin des Säuglings, geht das Ideal des „intensive mothering“ (Hays 1996) nicht nur von einer exklusiven Betreuung durch die Mutter aus, sondern verlangt, dass die Kindererziehung und -versorgung mit all ihren Aufgaben von der Mutter als höchste Priorität angesehen wird, der alle anderen Bedürfnisse untergeordnet werden müssen. Mit einer qualitativen Befragung deckte Hays (1996) auf, dass dieses Ideal in Nordamerika vorherrscht. Dechant und Rinklake (2016) zeigten, dass sich auch in Deutschland am Ideal des „intensive mothering“ orientiert wird, um als gute Mutter zu gelten, denn „[t]hese cultural models expect ‚good mothers‘ to be primary caregivers, to not be active in the labour market and to restructure their lives in the best interests of their children“ (ibd.:119).

Wie bereits gezeigt, findet man in geschlechtlichen Rollenkonzepten oft die Annahme, dass Frauen im Allgemeinen und Mütter im Besonderen eine „natürliche“ Kompetenz zur Kinderpflege zugesprochen wird, so auch im „intensive mothering“. Väter können sich demnach nicht mit der gleichen Hingabe und Sorgfalt kümmern wie es eine Mutter kann. Allerdings sieht eine „intensive mother“ nicht nur den Vater als unzureichenden Pfleger, vielmehr sieht sie niemand anderen in der Lage, ihr Kind adäquat zu betreuen und zu pflegen außer sich selbst. Ein wichtiges Leitkonzept ist hier das der Mutterliebe, welche wertvoll und unersetzbar für das Kind sei und exklusiv von der Mutter verteilt werden könne. Selbst professionelle Erzieher können dem nicht gerecht werden, da diese vor allem Geld als Motivation für die Fürsorge hätten, die nicht mit Mutterliebe zu vergleichen sei. Es wird damit argumentiert, dass eine Erwerbsarbeit die Mutter-Kind-Bindung beeinträchtigt und daher schädlich für das Kind sei. Jedoch sei eine erwerbstätige Mutter „legitim“, wenn die Familie (und vor allem das Kind) es finanziell brauchen würde – schließlich soll es dem Kind auch materiell an nichts fehlen (Hays 1996). Sowohl erwerbstätige als auch erwerbslose Mütter geben in Hays' Befragung an, dass ihre Entscheidung für oder gegen eine Erwerbsarbeit zum Wohl des Kindes ausgefallen ist. Hausfrauen argumentieren mit der Zeit, die sie für die Pflegearbeit brauchen, berufstätige Mütter mit den finanziellen Ressourcen, die man für das Wohl des Kindes benötigt. Erwerbstätige Mütter, die dem Ideal des „intensive mothering“ folgen, informieren sich gut über

die Fremdbetreuungsmöglichkeiten und wollen ihr Kind nur Experten anvertrauen. Diese Mütter glauben aber ebenfalls nicht, dass eine Fremdbetreuung alleine ausreicht, um das Kind zufrieden zu stellen. Auch hier steht das Wohl des Kindes in der Verantwortung der Mutter, die nach der Erwerbsarbeit nicht nur (größtenteils) die Hausarbeit erledigt, sondern auch noch wertvolle Aktivitäten mit dem Kind erlebt („quality time“), um die durch die Erwerbstätigkeit verlorene Zeit auszugleichen. Selbst bei berufstätigen Müttern stehen also das Wohl und die Aufopferung für das Kind an erster Stelle statt das Anstreben der Karriere oder die Selbstverwirklichung durch den Job. „Intensive mothering“ steht damit im Widerspruch und koexistiert zu dem „cultural model of a rationalized market society“ (Hays 1996: 97). Die Mütter sind bereit, ihre eigenen Bedürfnisse bis zur Selbstausschöpfung und Selbstaufgabe zurückzustellen, um besser für ihr Kind sorgen zu können. Die Verantwortung für ein Kind heißt, sich vom Egoismus zu lösen, denn das Kind, welches bedingungslos Liebe spendet und das Leben so mit Freude und höherem Sinn erfüllt, gilt als „heilig“, ebenso wie dessen Pflege. Die Kindzentrierung ist intensiv, kostspielig, zeitaufwendig, expertengeleitet und aufopfernd, ähnlich wie man es auch im Konzept der verantworteten Elternschaft (Ruckdeschel 2015) findet. Auch Grunow et al. (2018) zeigen mit ihren Analysen, dass die Kindzentrierung der Mutter Bestand eines umfassenden Konzepts von „intensive parenting“ ist.

Das Konzept des „intensive mothering“ kann auch als Nährboden des „maternal gatekeeping“ (Allen/Hawkins 1984) eingeordnet werden. Obwohl die Idee der Mutter als „gatekeeper“, die das väterliche Engagement beeinflusst, schon früher aufgenommen wurde (z.B. Palkovitz 1984, Barnett/Baruch 1987), prägten vor allem Allen und Hawkins (1999) das Konzept des „maternal gatekeeping“. Sie definierten es als den Einfluss der Vorstellungen von „mothering and fathering“ auf das mütterliche Verhalten, welches unmittelbar das kindbezogene Engagement der Väter beschränkt. Drei Typen des „maternal gatekeeping“ wurden dabei von Allen und Hawkins herausgearbeitet: In dem ersten Typ „Standards and responsibilities“ setzen Mütter die Standards im Haushalt und sorgen für deren Einhaltung. Die Mutter hat die Verantwortung für den Haushalt, wobei sie die Art und den Umfang der väterlichen Handlungen kontrolliert. Die Parallele zum „intensive mothering“ zeigt sich hier in der Dimension der verantworteten Elternschaft/Mutterschaft, welche die Pflegearbeit als zeitaufwendig, arbeitsintensiv und aufopfernd sieht und dies als einzuhaltenden Standard festlegt. Das Identifizieren mit der mütterlichen Identität wird in dem zweiten Typ „Maternal identity confirmation“ gemessen. Sie soll zeigen, wie wichtig die Frau ihre mütterliche Identität findet und wie sehr Fremdzuschreibungen, als „gute Mutter“ zu gelten, sie interessieren. Eine größere väterliche Beteiligung an der Familienarbeit wird als Bedrohung eben dieser Identität wahrgenommen und ist demnach nicht erwünscht. Im Gegensatz dazu ist der dritte Typ „Differentiated family roles“ die Vorstellung, dass bestimmte Aufgaben (quasi naturgemäß) geschlechtlich differenziert sind und die Care-Arbeit folglich „weiblich“ konnotiert ist, wie man es auch im Ideal des „intensive mothering“ findet.

Sozialisation und Familienleitbild: Die Rolle der Prägung

Inwiefern Normen allgemein und geschlechtliche Rollenkonzepte im Besonderen internalisiert werden, hängt auch von der jeweiligen Sozialisation ab. Diese findet zunächst in

der eigenen Familie statt, in der als erste geschlechtliche Rollenvorbilder zunächst die eigenen Eltern dienen. Wird hier eine Kindzentrierung seitens der Mutter vorgelebt, wird sich dies auf die Geschlechterrollenvorstellungen des Nachwuchses auswirken und Töchter werden an diesem Modell lernen.

Prägende Institutionen sind neben der eigenen Familie auch die (Schul-)Bildung und die Religion (Mays 2012, Sammet 2017). Höhere Bildung korreliert mit einer egalitären Geschlechterrollenvorstellung. Außerdem ist eine hohe Bildung eine Investition in das Humankapital, welche mit höheren Opportunitätskosten bei Erwerbspausen einhergeht (ibd.). Religiosität hingegen fördert eher eine traditionelle Sicht der Geschlechterverhältnisse (ibd.).

Ein weiterer wichtiger Faktor für die Sozialisation ist das Aufwachsen in bestimmten gesellschaftlichen Systemen. Auch über ein Vierteljahrhundert nach der Wiedervereinigung Deutschlands finden wir deutliche Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland, was die Normen zur geschlechtlichen Arbeitsteilung angeht, aber auch in der Infrastruktur in Bezug auf Fremdbetreuung und damit einhergehend mit den Möglichkeiten der mütterlichen Erwerbstätigkeit. War es in der früheren DDR Normalität, dass Mütter Vollzeit erwerbstätig sind und ihr Kind, bevor es das vierte Lebensjahr erreicht, fremdbetreuen zu lassen, so herrschte in der BRD das Einverdiener-Modell vor, bei dem der Mann erwerbstätig war, wohingegen die Frau Haus- und Pflegearbeit leistete (Kreyenfeld/Geisler 2006). Diese Normvorstellungen sind auch heute noch in beiden Regionen Deutschlands prägend.

In Anlehnung daran widmet sich die Familiensoziologie den kulturellen Leitbildern. Sie sind in der empirischen Sozialforschung in Deutschland eher selten untersucht worden. Diabaté (2015) untersucht anhand des Surveys „Familienleitbilder“, welche Mutterleitbilder auf individueller und gesellschaftlicher Ebene existieren und wie diese inhaltlich ausgestaltet sind. Die Ergebnisse spiegeln den hohen Qualitätsanspruch an Mütter, die sowohl die Erziehung („Fürsorge“) als auch ihre „Selbstsorge“ parallel als zentrale Lebensziele verfolgen sollen. Auch eine stärkere Kindorientierung bei in Westdeutschland lebenden Personen zeigte sich mit „intensive mothering“-begünstigenden Aspekten. Hierbei erscheinen u. a. die gesellschaftlichen Systeme (Ost-West) prägend, in denen die Mütter sozialisiert wurden und die in die nachfolgende Generation der Befragten durch intergenerationale Transmissionsprozesse hineinwirken (Lernen am Modell der eigenen Mutter).

Hypothesen

Zu Beginn der Analysen sollen verschiedene Aspekte der Kinderbetreuung untersucht werden, die die Einstellung zum „intensive mothering“ beeinflussen. Dazu zählen die Ablehnung der Betreuung durch den Vater und die der außerfamiliären Fremdbetreuung allgemein sowie die Zustimmung zur verantworteten Elternschaft und zum Hausfrauenmodell. Die erste Hypothese lautet daher:

H1: Je mehr sich die Mutter mit den Dimensionen des „intensive mothering“ identifiziert, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, dass sie dem exklusiven Betreuungsauftrag von Müttern zustimmt.

Die Entwicklung von Geschlechterrollenvorstellungen ist Teil der Sozialisation. Dabei spielt neben dem gesellschaftlichen System auch die eigene Familie eine entscheidende Rolle, da sie die erste Bindung zu gleichgeschlechtlichen Bezugspersonen (hier die Mutter) schafft und so das Erlernen von Geschlechterrollen bedingt. Das gesellschaftliche System (z.B. DDR) prägt ebenfalls die Normvorstellungen, genauso wie die formale Bildung und die Religiosität (Mays 2012, Sammet 2017).

H2: War die Sozialisation im gesellschaftlichen System oder in der eigenen Familie nicht kindzentriert, so lehnen Mütter den exklusiven Betreuungsauftrag eher ab.

Neben der Einstellung zum exklusiven mütterlichen Betreuungsauftrag interessiert uns außerdem, welche Mütter diesen umsetzen. Das Ideal des „intensive mothering“ zielt mit seinen Dimensionen auch auf die Verhaltensebene ab, in der Mütter die Pflegearbeit als (ihre) höchste Priorität ansehen, demnach zuständig für diese Arbeit sind und diese auch, in Form von (Ganztags-)Betreuung, umsetzen. Zudem versuchen Individuen, eine kognitive Dissonanz zu vermeiden, weshalb sie versuchen, ihren Einstellungen entsprechend zu handeln. Mütter, die sich selbst für die beste Betreuungsperson halten, werden auch eher die überwiegende Betreuung für ihr Kind übernehmen.

H3: Je mehr sich die Mutter mit den betreuungsbezogenen Dimensionen des „intensive mothering“ identifiziert, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, dass die Mutter eine außerfamiliäre Fremdbetreuung ablehnt und die überwiegende Betreuung des Kindes selbst übernimmt.

Daten und Methode

Zur Bearbeitung der Fragestellung wird der Familienleitbildsurvey aus dem Jahr 2012 verwendet, da hier zentrale Dimensionen des „intensive mothering“ standardisiert für Deutschland erhoben wurden. An dieser bundesweiten Telefonstudie nahmen 5.000 junge Erwachsene im Alter zwischen 20 und 39 Jahren teil, die zu ihren Vorstellungen über Partnerschaft, Familie und Elternschaft befragt wurden. Dabei wurden sowohl die persönlichen Meinungen als auch die von ihnen in der Bevölkerung wahrgenommenen Einstellungen erhoben (Lück et al. 2013).

Als abhängige Variable wird die (vierstufige) Bewertung der Aussage „Für ein Kind zwischen ein und drei Jahren ist es das Beste, wenn es nur von der Mutter betreut wird“ herangezogen. Dieses Item spiegelt die Einstellung zum exklusiven Betreuungsauftrag der Mutter in den ersten Lebensjahren ihres Kindes, in der dieses nicht nur Betreuung, sondern vor allem auch Pflegearbeit benötigt. Es fasst damit die theoretisch postulierten, zentralen Aspekte des „intensive mothering“ zusammen, welche die Mutter als primäre Pflegekraft und am besten geeignete Betreuungsperson beschreiben, die „instinktiv“ weiß, was ihr Kind braucht. Außerdem kann dieses Item nicht nur auf Einstellungsebene getestet werden, sondern, durch die Abfrage nach der überwiegenden Betreuung des jüngsten Kindes, auch auf der Handlungsebene geprüft werden.

In einer ersten deskriptiven Analyse dieser Aussage sollen zunächst kinderlose Frauen und Mütter allgemein verglichen werden und im Hinblick auf die erste Forschungsfrage

quantifizieren, wie hoch der Anteil der Mütter ist, die sich selbst für die beste Betreuung halten (*Quantifizierung*).

Für die Analyse auf Einstellungs- und Verhaltensebene wird die Fallzahl konstant auf N=458 gehalten. Sie beinhaltet alle Mütter, die mit ihrem männlichen Partner in einem Haushalt leben, deren (jüngstes) Kind zwischen einem Jahr und höchstens drei Jahren alt ist, also die Geburtsjahrgänge¹ 2009 bis 2011 umfasst und die zu allen Variablen, die in die Modelle eingehen, eine Angabe gemacht haben (vgl. Tab. 3 im Anhang).

Um eine binär-logistische Regression durchzuführen (Untersuchung der *Einstellungsebene*), wird die abhängige Variable zunächst, aufgrund ihres binären Charakters und zur Vereinfachung der Interpretation, dichotomisiert (0=Ablehnung; 1=Zustimmung). Als unabhängige Variablen werden schrittweise zuerst soziostrukturelle Variablen (vgl. Tab. 3 im Anhang), welche vor allem als Kontrollvariablen dienen sollen, anschließend Variablen zu Kindheitserfahrungen sowie Einstellungen weiterer Dimensionen des „intensive mothering“ und letztlich in einem Gesamtmodell alle Variablen in die Analyse einbezogen. Zu den soziostrukturellen Variablen zählen das (am Mittelwert zentrierte) Alter², der Wohnort als Ost-West-Dummy-Variable und der Migrationshintergrund, welcher vorhanden ist, wenn die Befragte keinen deutschen Pass besitzt, im Ausland geboren wurde oder mindestens ein Elternteil im Ausland geboren wurde. Die fünfstufig abgefragte Selbsteinschätzung der Religiosität wurde in den Analysen in drei Ausprägungen umkodiert. Die Ausprägungen „religiös“ und „sehr religiös“ wurden zusammengefasst, da sich die Befragten als religiös bezeichnen. „Mittel religiös“ oder „wenig religiös“ schwächen diese Selbsteinschätzung zwar ab, jedoch scheint Religion noch immer eine (wenn auch geringere) Bedeutung zu haben. Die Kategorie „nicht religiös“ bildet die dritte Ausprägung. Da der Datensatz keine Berechnung eines Haushaltsäquivalenzeinkommens ermöglicht, soll die subjektive Einkommenssituation „Wie gut kommen Sie mit diesem [monatlichen Nettohaushalts-]Einkommen zurecht?“ (0= „schlecht“ oder „einigermaßen“; 1= „gut“) die finanzielle Situation einschätzen und zusammen mit der Angabe zur Erwerbstätigkeit (0= erwerbstätig; 1= nicht erwerbstätig) und der erreichten formalen Bildung³ Auskunft über den sozioökonomischen Status der Befragten geben. Für die nächste Variable wurde nach den persönlichen Kindheitserfahrungen zur Müttererwerbstätigkeit gefragt: War die eigene Mutter während der Grundschulzeit nicht erwerbstätig, so wurde die Variable mit dem Wert 1 kodiert und mit dem Wert 0, wenn die eigene Mutter Vollzeit, Teilzeit oder geringfügig erwerbstätig war. Diese strenge binäre Unterteilung wurde vorgenommen, um einen Indikator dafür zu haben, ob auch die eigene Mutter eine starke Kindzentrierung vorgelebt hat. Neben den soziostrukturellen Variablen und Kindheitserfahrungen gehen auch Variablen zu (Elternrollen-)Einstellungen in die Regression ein. Hierzu gehören weitere Dimensionen des „intensive mothering“, auf die im Theorie- und Forschungsstand bereits eingegangen wurde. Aufgrund der Ambivalenzen des Antwortverhaltens, die sich in explorativen Faktorenanalysen zeigten, konnten die im

-
- 1 Es wurde lediglich nach dem Geburtsjahr des Kindes gefragt. Ob das betreffende Kind im Erhebungsjahr bereits Geburtstag hatte, kann nicht gesagt werden. Da die Befragung jedoch erst spät im Jahr durchgeführt wurde (August bis November 2012), ist die Überschätzung des Kindesalters zu vernachlässigen.
 - 2 Für das zentrierte Alter in den Modellen: arithmetische Mittel= 32,29; Standardabweichung= 4,18.
 - 3 0 = hohe Bildung = (Fach-)Hochschulabschluss, Techniker, Meister oder vergleichbarer Abschluss; 1= mittlere oder niedrige Bildung.

Datensatz vorhandenen Dimensionen des „intensive mothering“ nicht in einem Index vereint werden. Sie wurden einzeln in das Modell aufgenommen, um deren Bezug zum Globalindikator, der abhängigen Variable für das „intensive mothering“, zu prüfen. Zu den Dimensionen zählen die verantwortungsvolle Elternschaft, welche mit der Zustimmung der Aussage „Eltern sollten ihre eigenen Bedürfnisse für ihre Kinder komplett zurückstellen“ abgefragt wurde, die Ablehnung der väterlichen Beteiligung in der Kinderpflege, welche mit der Ablehnung der Aussage „Männer sollten für ihre Kinder beruflich kürzer treten“ in die Analysen eingeht, sowie die Befürwortung der erwerbslosen Mutter mit der Zustimmung der Aussage „eine Mutter sollte, wenn möglich, überhaupt nicht erwerbstätig sein“. Die Zustimmung bzw. Ablehnung dieser Aussagen wurde in einer vierstufigen Skala abgefragt. Da „intensive mothering“ nicht nur die Mutter als beste Betreuerin ansieht, sondern auch andere Betreuungsformen ablehnt, wurde ein Index zur persönlichen Einstellung zur Fremdbetreuung erstellt. Für den Index zur persönlichen Einstellung gegenüber der Fremdbetreuung wurde gefragt, ob Kinder zwischen ein und drei Jahren leiden, wenn sie überwiegend von Großeltern, von einer Tagesmutter oder in einer KiTa oder Krippe betreut werden. Je höher der Indexwert ausfällt, desto eher misstrauen die befragten Mütter einer Fremdbetreuung ihres Kindes, weil es dort leide. Bevor der Index gebildet wurde, wurde mittels Faktorenanalyse geprüft, ob alle Items auf dem gleichen Faktor laden und die Gütekriterien⁴ erfüllt sind.

Neben der Einstellungsebene soll auch die *Verhaltensebene* untersucht werden. Dazu wird ein Strukturgleichungsmodell verwendet, um direkte und indirekte Effekte auf die tatsächliche überwiegende Betreuung eines Kindes durch die Mutter zu prüfen. Zur Testung von Mediatormodellen haben sich in der Sozialwissenschaft Strukturgleichungsmodelle etabliert (vgl. Ledermann/Bodenmann 2006; Hancock/Mueller 2006). Sie erlauben im Vergleich zu einfachen Regressionsanalysen außerdem eine explizite Analyse von „komplexen Theorien über Mess- und Zusammenhangsstrukturen“ (Geiser 2010: 42), welche gerade bei der Erklärung von Verhaltensmustern notwendig erscheinen. Im Strukturgleichungsmodell wird die Nennung der Mutter als überwiegende Betreuerin⁵ an einem normalen Werktag als abhängige Variable verwendet. Ziel ist es, Handlungsoptionen und -restriktionen, soweit es die Fallzahl zu den sozialstrukturellen Merkmalen erlaubt, zu modellieren. Es soll gezeigt werden, ob die Einstellung der Mütter von Kleinkindern, sich für die beste Betreuung für ihr Kind zu halten, mit der tatsächlichen Betreuung zusammenhängt. Mit der Einstellung zum exklusiven Betreuungsauftrag der Mutter als zentrale Variable ist es auf der Handlungsebene interessant zu betrachten, wie die Mütter zu den Betreuungsalternativen stehen. Dabei soll getestet werden, ob die latente Variable „Misstrauen gegenüber Fremdbetreuung“ als Mediator fungiert, welcher sich theoretisch postuliert positiv auf die tatsächliche Betreuung durch die Mutter selbst auswirken sollte. Des Weiteren wird die Erwerbstätigkeit der eigenen Mutter in der Grundschulzeit in das Strukturgleichungsmodell aufgenommen. Hier wird davon ausgegangen, dass die Kindheitserfahrung mit einer erwerbstätigen Mutter nicht nur die Einstellung zu Mutterrollen und

4 Eigenwert = 2,114; KMO=6,46; Cronbach's α = 0,789

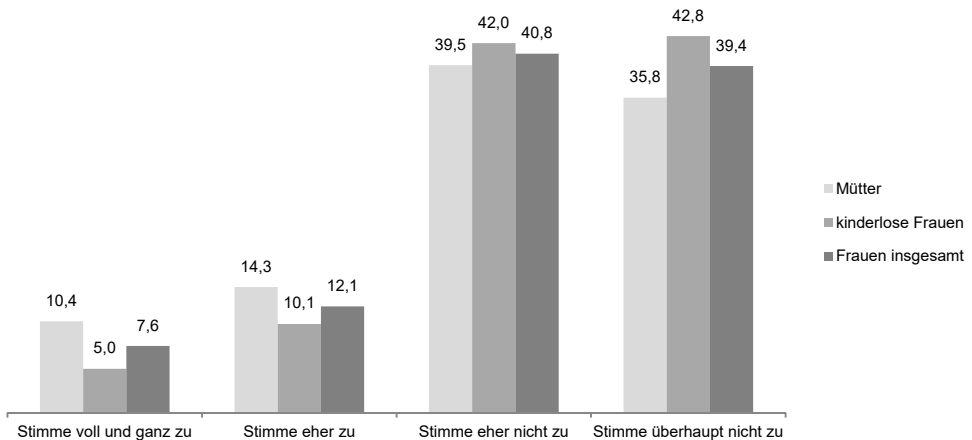
5 Es waren zwei Nennungen möglich für die Antwortmöglichkeiten: „von der Mutter“, „vom Vater“, „von den Großeltern“, „von einer Tagesmutter“, „in der Krippe“, „im Kindergarten“, „sonstiges“; die Kategorie „Kind geht bereits zur Schule“ entfällt in unseren Analysen, da nur Mütter von Kindern unter 4 Jahren eingehen, die noch nicht schulpflichtig sind.

Fremdbetreuung, sondern auch das eigene Betreuungsverhalten beeinflusst. Alle manifesten Variablen des Modells werden in einem weiteren Schritt auf die dichotomen Variablen Wohnort, Bildung, subjektive Einkommenssituation und Erwerbstätigkeit kontrolliert.

Ergebnisse

Mütter, die das Ideal „intensive mothering“ anstreben, sehen sich selbst als die beste Betreuungskraft für ihr Kind. Betrachtet man die Einstellung zum exklusiven Betreuungsauftrag von Müttern mit Kindern zwischen einem und drei Jahren, erkennt man einen hoch signifikanten Unterschied zwischen kinderlosen Frauen und Frauen mit Kindern (*Quantifizierung*) (vgl. Abb. 1): Mütter stimmen häufiger dem exklusiven Betreuungsauftrag (voll und ganz oder eher) zu (24,7%) als kinderlose Frauen (15,1%). Vor allem die höchste Stufe der Zustimmung und der Ablehnung dieser Aussage ist auffällig: Mehr als ein Zehntel der Mütter stimmt dabei der Aussage voll und ganz zu, dagegen nur jede zwanzigste kinderlose Frau. In der vollkommenen Ablehnung der Aussage findet man einen Unterschied von sieben Prozentpunkten. Das kann ein Zeichen dafür sein, dass die Zustimmung zum exklusiven Betreuungsauftrag der Mutter für Kleinkinder erst mit der Elternschaft in der Frau aktiviert wird. Denkbar ist jedoch auch, dass kindzentrierte Frauen eher (früher) Mutter werden und hier eine Selbstselektion vorliegt.

Abbildung 1: Zustimmung zur Aussage „Für ein Kind zwischen ein und drei Jahren ist es das Beste, wenn es nur von der Mutter betreut wird.“ von kinderlosen Frauen und Müttern (in %)



Anmerkung: Kinderlose Frauen N = 1271; Mütter N = 1190; $\chi^2 = 40,483$; $p \leq 0,001$.

Quelle: Familienleitbild-Studie (FLB 2012), gewichtete Daten, eigene Berechnung.

Soziostrukturelle und einstellungs-/erfahrungsbasierte Bedingungsfaktoren der Befürwortung des „intensive mothering“ (Test der Hypothesen H1 und H2)

In Tabelle 1 sind die Ergebnisse des binär-logistischen Regressionsmodells dargestellt, die abhängige Variable ist die zuvor dargestellte Zustimmung zum exklusiven Betreuungsauftrag der Mutter für ihr Kind. In beiden Teilmodellen zeigt sich ein Pseudo-R² von über 0,2, das im Gesamtmodell auf 0,32 ansteigt. Die meisten kulturellen Effekte bleiben dabei stabil, trotz der sozialstrukturellen Variablen.

Bei der Betrachtung der *soziostrukturellen* Merkmale fällt auf (vgl. Tab. 1, Modell 3), dass hier der Wohnort und die Religiosität hohe signifikante Effekte aufweisen. Junge Mütter in den neuen Bundesländern stimmen demnach wesentlich seltener dem Ideal des „intensive mothering“ zu als solche aus den alten Bundesländern. Noch immer scheinen die ehemaligen unterschiedlichen politischen Systeme des geteilten Deutschlands für die Normvorstellungen der Mutterrolle prägend zu sein. Wie erwartet, hängt eine hohe subjektive Religiosität mit der Haltung zusammen, dass eine Mutter für unter Dreijährige die beste Betreuungsperson ist. Religiosität steht im Zusammenhang mit der Zustimmung einer traditionellen Geschlechterrollenverteilung. Formal höher gebildete Mütter zeigen im Teilmodell, für das nur soziostrukturelle Variablen aufgenommen wurden, einen negativen signifikanten Effekt auf die Zustimmung des exklusiven Betreuungsauftrags. Mütter mit einer höheren Bildung haben höhere Opportunitätskosten, wenn sie für die Pflegearbeit zuhause bleiben und stimmen dem exklusiven Betreuungsauftrag der Mutter eher nicht zu. Dieser Effekt ist jedoch, sobald man die kulturellen Variablen in das Modell aufnimmt, nur noch auf dem 10%-Niveau signifikant. Nicht erwerbstätige Mütter stimmen eher zu, dass sie die beste Betreuung für ihren jungen Nachwuchs sind. Ein höherer sozioökonomischer Status geht also eher mit einer Ablehnung des „intensive mothering“ einher.

Das *erfahrungsbasierte* Item zur Erwerbstätigkeit der eigenen Mutter zeigt in Modell 2 seine Wirkung: Wer selbst die Erfahrung gemacht hat, in der Kindheit eine erwerbstätige Mutter gehabt zu haben, befürwortet dieses Rollenmodell später im Erwachsenenalter, jedoch verschwindet dieser Effekt, sobald man die soziostrukturellen Variablen in das Modell mit aufnimmt, weil die Erwerbstätigkeit von Müttern eng mit dem Wohnort zusammenhängt⁶. Die *einstellungs-basierten* Faktoren spielen ebenfalls eine wichtige Rolle und sind trotz der Kontrolle zentraler soziostruktureller Aspekte signifikant. Als erste einbezogene Dimension des „intensive mothering“ betrachten wir die Ablehnung der Fremdbetreuung. Dahinter steht die Überzeugung, dass Mütter primär dafür verantwortlich sind, dass das Kind gefördert wird und dass es nicht ganztags extern betreut und versorgt wird, da institutionalisierte Betreuung oder die der Großeltern offenbar als für nicht „gut genug“ erachtet wird im Vergleich zu dem, was Mütter leisten können. Als weitere Dimension des „intensive mothering“ geht die Zustimmung zum Hausfrauenmodell ein, die

6 Nimmt man die Wohnortvariable in Modell 2 mit auf, so verschwindet die Signifikanz von der erwerbstätigen Mutter in der Grundschulzeit und das Pseudo-R² steigt auf 0,274. Lässt man die Wohnortvariable in Modell 3 weg, wird die Erwerbstätigkeit der eigenen Mutter (schwach) signifikant und Pseudo-R² fällt auf 0,270.

ebenfalls einen signifikanten Effekt aufweist. Mütter, die der Meinung sind, dass Kinder zwischen einem und drei Jahren ausschließlich von der Mutter betreut werden sollten, sind auch eher der Meinung, eine Mutter solle zuhause bleiben und sich um den Nachwuchs kümmern, statt einer Erwerbsarbeit nachzugehen. Für die verantwortete Elternschaft ergibt sich im Teilmodell ein signifikanter Effekt, welcher unter Kontrolle der soziostrukturellen Variablen im Gesamtmodell an Signifikanz zunimmt: Mütter, die sich für die optimale Betreuungsperson halten, sind auch eher der Meinung, dass Eltern und damit auch sie selbst ihre Bedürfnisse für ihr Kind zurückstellen sollten. „Intensive mothering“ ist ein Ideal, in dem sich Mütter für ihr Kind aufopfern und damit auch eigene Wünsche hinter die des Kindes stellen. Da die Frage nach verantworteter Elternschaft den Vater mit einbezieht, „intensive mothering“ jedoch als Ideal verstanden wird, welches die Kinderbetreuung geschlechterdifferenziert ansieht, wurde die Ablehnung gegenüber der Reduktion der Erwerbsarbeit von Vätern zugunsten ihrer Kinder in das Modell aufgenommen. Diese Ablehnung ist sowohl im Teil- als auch im Gesamtmodell signifikant und zeigt, dass „neue Väter“, die sich mehr in die Pflegearbeit einbringen und dafür die Versorgerrolle reduzieren, von Müttern, die sich für die beste Betreuung halten, eher nicht erwünscht sind. Mit dem Modell sollten die Hypothesen H1 und H2 getestet werden. Für den Zusammenhang der einzelnen Aspekte des „intensive mothering“ (Ablehnung der Betreuung durch den Vater, die der außerfamiliären Fremdbetreuung allgemein sowie die Zustimmung zur verantworteten Elternschaft und zum Hausfrauenmodell) mit der Zustimmung zur Aussage, dass eine Mutter die beste Betreuung für ihr Kind sei, sollte geprüft werden, wie gut die abhängige Variable die verschiedenen Aspekte des theoretisch postulierten Konstrukts abbildet.

Für alle Items zeigen sich hier signifikante Zusammenhänge, so dass H1 als vorläufig verifiziert gelten kann. Hypothese 2 (H2) lässt sich anhand der Ergebnisse in Teilen vorläufig verifizieren: Die Sozialisation spielt eine wichtige Rolle, es ist entscheidend, in welchem gesellschaftlichen System die Mütter aufgewachsen sind. Auch mehr als ein Vierteljahrhundert nach dem Mauerfall unterscheiden sich die Einstellungen in Deutschland zur Mutterschaft: Im Westen herrschen noch eher traditionelle Vorstellungen zur Kinderbetreuung vor und höhere Vorbehalte gegenüber Fremdbetreuung, wie man auch in der signifikant höheren Zustimmung des exklusiven Betreuungsauftrags der Mutter in den alten Bundesländern sehen kann. Im Osten hingegen stehen die Mütter der Fremdbetreuung nahezu ohne Vorbehalte gegenüber. Die Erwerbstätigkeit der eigenen Mutter während der Grundschulzeit verliert dagegen im Gesamtmodell an Signifikanz, sobald man die Kontrollvariablen hinzunimmt. Für die Sozialisation in der eigenen Familie kann also H2 nicht verifiziert werden.

Tabelle 1: Soziostrukturelle und kulturelle Einflussgrößen des „intensive mothering“ bei jungen Müttern auf Einstellungsebene.

		Ausprägung	Modell 1 Exp (B)	Modell 2 Exp (B)	Modell 3 Exp (B)
Soziostrukturelle Merkmale					
	Zentriertes Alter	In Jahren	1,001		1,013
	Bildungsabschluss (hoch)	Niedrig/mittel	2,278**		1,690+
	Subj. Einkommenssituation (einigermaßen/ schlecht)	Gut	1,210		1,321
	Migrationshintergrund (Nicht vorhanden)	Vorhanden	0,756		0,734
	Subj. Religiosität (Wenig/mittel)	Nicht religiös	0,826		1,106
		(Sehr) religiös	2,946***		2,668**
	Erwerbsstatus (erwerbstätig)	Nicht erwerbstätig	2,239***		1,832*
	Wohnort (Ostdeutschland inkl. Berlin)	Westdeutschland	6,772***		6,814***
Kindheitserfahrungen und Einstellungen					
Lernen am Modell	Erwerbstätigkeit d. eigenen Mutter während d. Grundschulzeit (Vollzeit, Teilzeit oder gelegentlich)	Mutter war nicht erwerbstätig		1,926*	1,393
Dimensionen des „intensive mothering“	Index: Fremdbetreuung	Individueller Grad der Ablehnung		1,973***	1,630**
	„Eine Mutter sollte, wenn möglich, überhaupt nicht erwerbstätig sein“	Individueller Grad der Zustimmung		1,908***	1,759**
	„Eltern sollten ihre eigenen Bedürfnisse komplett für ihre Kinder zurückstellen“	Individueller Grad der Zustimmung		1,483*	1,635**
	„Väter sollten für ihre Kinder beruflich kürzertreten“	Individueller Grad der Ablehnung		1,404*	1,377*
	Konstante		0,018***	0,027***	0,003***
	Nagelkerkes R ²		0,219	0,205	0,320
	N		458	458	458

Anmerkungen: Abhängige Variable: „Für ein Kind zwischen 1 und 3 Jahren ist es das Beste, wenn es nur von der Mutter betreut wird“ 0=Ablehnung; 1= Zustimmung
Signifikanzniveau: +p<0,1, *p<0,05, **p<0,01, ***p<0,001.

Quelle: Familienleitbild-Studie (FLB 2012), ungewichtete Daten, eigene Berechnung.

Verhaltensnähe: Wie stark hängen „intensive mothering“ und tatsächliche Betreuung zusammen? (Test der Hypothese H3)

Nachdem die Einstellung zum exklusiven Betreuungsauftrag der Mutter betrachtet wurde, wird in einem weiteren Modell die tatsächliche überwiegende Betreuung von Kindern zwischen einem und drei Jahren untersucht. Für die abhängige Variable wird die Frage nach der tatsächlichen überwiegenden Betreuung des (jüngsten) Kindes an einem normalen Wochentag verwendet (vgl. Tab. 4 im Anhang). Hier waren zwei Nennungen möglich, zumeist beschränkten sich die Befragten jedoch auf eine Nennung. Die am häufigsten genannte Betreuungsform ist die Mutter (52,4%), gefolgt vom Kindergarten (33,2 %) und der Krippe (13,8%). 15,4% der Mütter, die den Kindergarten als überwiegende Betreuung angaben, gaben sich selbst ebenfalls als überwiegende Betreuerin an, genauso wie 14,8% aller Mütter, welche die Krippe als überwiegende Betreuung angaben. Alle anderen Betreuungspersonengruppen und Institutionen werden selten genannt. Das Kreuzen beider

abhängiger Variablen (Tab. 2) zeigt, dass beinahe ein Fünftel der Mütter, deren Kinder zwischen ein und drei Jahren alt sind, das Kind überwiegend selbst betreut und sich dabei für die beste Betreuung hält. Es zeigt sich außerdem, dass mehr als ein Drittel der Mütter sich zwar selbst nicht als beste Betreuerin sieht und trotzdem überwiegend das Kind selbst betreut. Hier erkennt man eine Diskrepanz zwischen Einstellung und Verhalten, die unter anderem mit strukturellen Hürden zu erklären ist.

Tabelle 2: Einstellung und Verhalten mütterlicher Betreuung von Kindern zwischen 1 und 3 Jahren

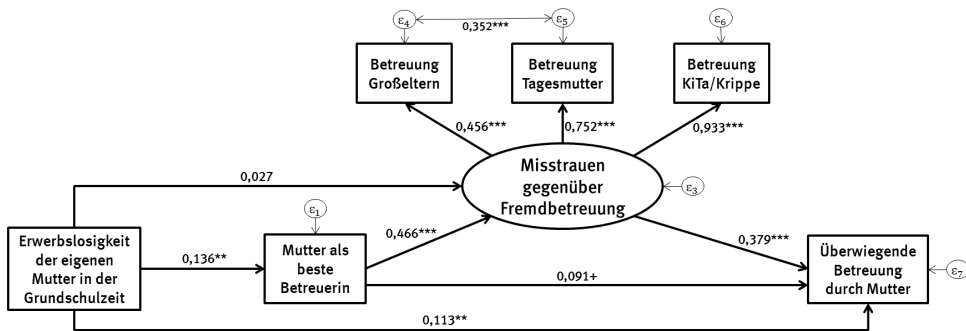
N=458	Mutter als überwiegende Betreuerin genannt	
	Nicht genannt	genannt
„Für ein Kind zwischen 1 und 3 Jahren ist es das Beste, wenn es nur von der Mutter betreut wird“	Ablehnung 41,7% (N=191)	34,3% (N=157)
	Zustimmung 5,5% (N=25)	18,6% (N=85)

Anmerkung: Mütter, die mit ihrem Partner in einem Haushalt leben, deren (jüngstes) Kind zwischen einem und drei Jahren ist (Geburtsjahrgänge 2009-2011) und die zu allen Variablen, die in die Modelle einbezogen wurden, eine Angabe gemacht haben. Cramers V: 0,275; $p \leq 0,001$.

Quelle: Familienleitbild-Studie (FLB 2012), ungewichtete Daten, eigene Berechnung.

Abbildung 2 zeigt die Ergebnisse des Strukturgleichungsmodells, in dem der Einfluss auf die tatsächliche überwiegende Betreuung des Kindes durch die Mutter, mediiert durch das Misstrauen gegenüber Fremdbetreuung, untersucht werden soll. Für das Modell wird die Kovarianz zwischen den Variablen „Kinder zwischen eins und drei leiden, wenn sie überwiegend von den Großeltern betreut werden“ und „Kinder zwischen eins und drei leiden, wenn sie überwiegend von einer Tagesmutter betreut werden“ zugelassen, da in beiden Fällen das Kind in einer privat-häuslichen Umgebung betreut wird und sowohl das Kind als auch die Eltern einen persönlicheren Kontakt zu der Pflegeperson haben.

Abbildung 2: SEM zum Zusammenhang zwischen Einstellungs- und Handlungsebene



Anmerkungen: Eckiger Rahmen = manifeste Variable, ovaler Rahmen = latente Variable N = 458
 Signifikanzniveau: + $p \leq 0,1$, * $p \leq 0,05$, ** $p \leq 0,01$, *** $p \leq 0,001$.

Gütekriterien: $\chi^2(5) = 21,12***$, RMSEA = 0,084, CFI = 0,977, TLI = 0,931, SRMR = 0,031

Quelle: Familienleitbild-Studie (FLB 2012), ungewichtete Daten, eigene Berechnung.

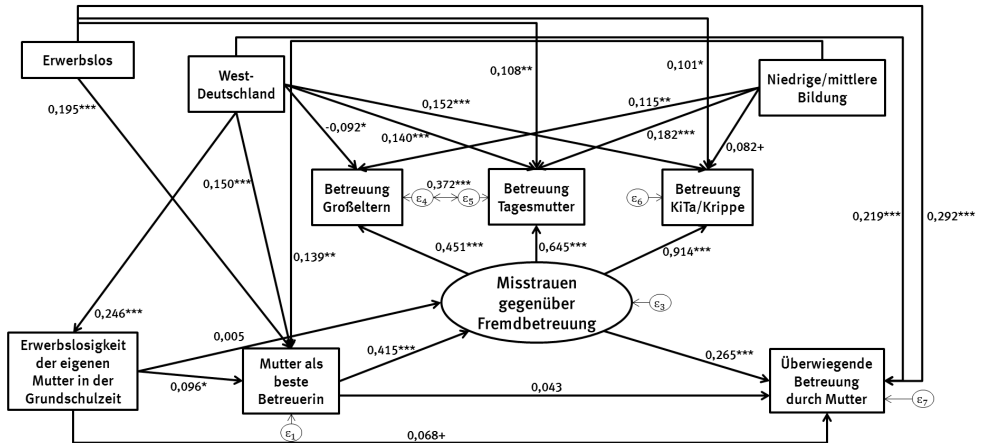
Es zeigt sich, dass die Erwerbssituation der eigenen Mutter während der Grundschulzeit sich sowohl auf die Einstellung der befragten Mütter junger Kinder zu ihrem exklusiven Betreuungsauftrag als auch auf die tatsächliche überwiegende Betreuung auswirkt. Sich selbst als die beste Betreuung zu sehen, hat dagegen keinen direkten signifikanten Zusammenhang auf die tatsächliche Betreuung. Der Mediator „Misstrauen gegenüber Fremdbetreuung“ zeigt dagegen hoch signifikante positive Werte. Die Einstellung junger Mütter, dass sie selbst die beste Betreuerin für ihr Kleinkind seien, reicht also nicht alleine aus, um auch tatsächlich die überwiegende Betreuung des Kindes zu übernehmen. Ist die Mutter zusätzlich der Meinung, dass ihr Kind bei einer Fremdbetreuung leidet, so übernimmt sie auch sehr viel wahrscheinlicher selbst die Betreuung.

Welche Rolle spielen in dieser Entscheidungssituation andere Kosten-Nutzen-Abwägungen, v.a. finanzielle Aspekte und die soziale Umgebung? Abbildung 3 zeigt, dass unter Kontrolle des Wohnortes, des Bildungsstands, der subjektiven Einkommenssituation und der Erwerbstätigkeit der Einfluss der Erwerbstätigkeit der eigenen Mutter in der Grundschulzeit auf die Einstellung des exklusiven Betreuungsauftrags der Mutter stabil bleibt, jedoch für die überwiegende Betreuung nur noch schwach signifikant ist. Dieses Strukturgleichungsmodell zeigt ebenfalls keinen signifikanten Einfluss der Einstellung, dass die Mutter sich als beste Betreuerin sieht, auf die tatsächliche überwiegende mütterliche Betreuung. Der Mediator zeigt aber auch in diesem Modell seine Wirkung: Mütter, die sich selbst als beste Betreuerin sehen, zeigen ein größeres Misstrauen gegenüber Fremdbetreuung, was eine Betreuung durch die Mutter wahrscheinlicher macht. Die Kontrollvariable zur subjektiven Einkommenssituation zeigt keine signifikanten Werte für die manifesten Variablen. Dagegen erweisen sich die Erwerbssituation und Bildung als wichtige und signifikante Indikatoren für den sozioökonomischen Status. Mütter mit mittlerer oder niedriger Bildung sind eher der Auffassung, dass Kinder zwischen ein und drei Jahren leiden, wenn sie extern betreut werden und sehen sich selbst eher als die beste Betreuung. Mütter, die nicht erwerbstätig sind, stimmen eher zu, dass die Mutter die beste Betreuung für ein junges Kind ist, lehnen die Betreuung von Tagesmutter und in der KiTa/Krippe ab und zeigen eine höhere Wahrscheinlichkeit, selbst zu betreuen. Der Wohnort als zentrale, hinzugenommene Variable zeigt für jede manifeste Variable signifikante Werte. Mütter aus Westdeutschland sehen sich eher als die beste Betreuerin für ihr ein- bis dreijähriges Kind. Sie meinen außerdem, dass das Kind leidet, wenn es von der Tagesmutter oder in der Kindertagesstätte bzw. Krippe betreut wird. Man hätte annehmen können, dass Bildung, Einkommenssituation und Erwerbstätigkeit wesentlich größere Einflussgrößen sind, jedoch überwiegt die Wirkung der Ost-West-Variable, ein Indikator der kulturellen Prägung, der hier am meisten ins Gewicht fällt.

Der Ost-West-Unterschied in der mütterlichen Betreuung wird noch deutlicher, bezieht man das Alter des Kindes ein (vgl. Abb. 4 im Anhang). In Westdeutschland betreute mehr als die Hälfte der Mütter ihr Kind überwiegend selbst, wenn es zwischen ein und drei Jahren ist. Dagegen betreut in dieser Altersklasse etwa ein Viertel der ostdeutschen Mütter (27,9%). Dies scheint ein Indiz zu sein, dass Fremdbetreuung vor dem vierten Lebensjahr besonders im Westen noch mit Vorbehalten behaftet ist. Der Betreuung von Großeltern gegenüber sind die westdeutschen Mütter jedoch weniger misstrauisch eingestellt als es die ostdeutschen Mütter sind. Ostdeutsche Mütter vertrauen also eher institutionalisierten Betreuungseinrichtungen, welche sich staatlichen Kontrollen unterziehen müssen und eine

Ausbildung zur Pflegearbeit erfahren haben, statt den eigenen Eltern oder Schwiegereltern bzw. Eltern des Kindsvaters. Westdeutsche Mütter betreiben häufiger selbst.

Abbildung 3: SEM zum Zusammenhang zwischen Einstellungs- und Handlungsebene mit Einbezug der Kontrollvariablen (Wohnort, subjektive Einkommenssituation, Bildung und Erwerbstätigkeit)



Anmerkungen: Eckiger Rahmen = manifeste Variable, ovaler Rahmen = latente Variable N = 458

Es sind nur signifikante Koeffizienten der Kontrollvariablen abgebildet.

Signifikanzniveau: +p<0,1, *p<0,05, **p<0,01, ***p<0,001.

Gütekriterien: $\chi^2(5)=14,74^{**}$, RMSEA=0,065, CFI=0,989, TLI= 0,915, SRMR=0,014

Quelle: Familienleitbild-Studie (FLB 2012), ungewichtete Daten, eigene Berechnung.

Zusammenfassung und Diskussion

Im Mittelpunkt des Beitrags stand die Quantifizierung und Erklärung des Phänomens „intensive mothering“ sowie dessen Handlungsoptionen und -restriktionen für junge Mütter mit Kleinkindern in Deutschland. Beinahe ein Viertel der befragten Mütter befürwortet das „intensive mothering“ (vgl. Forschungsfrage 1) und hält sich selbst für die beste Betreuung ihres Kindes. Demnach gibt es trotz verstärktem Krippen-/KiTa-Ausbau teilweise erhebliche Vorbehalte gegenüber der Qualität von externer U3-Kinderbetreuung und auch gegenüber der Betreuung durch die eigenen Großeltern: Die hauptsächliche Betreuung eines Kleinkindes durch seine Mutter sei zum Wohle des Kindes vorzuziehen. Es zeigt sich, dass kulturelle Elternschaftsleitbilder neben strukturellen Restriktionen ein wichtiges ergänzendes Element der Analyse der partnerschaftlichen Aufteilung von Erwerbs- und Reproduktionsarbeit darstellen.

Insbesondere die Sozialisation in Westdeutschland begünstigt diese Einstellungsdisposition. Tradierte Vorstellungen zur Eltern-Kind-Beziehung sind fester Bestandteil einer in Westdeutschland verbreiteten Betreuungskultur, die mit verschiedenen Dimensionen

des „intensive mothering“ verbunden ist: die Ablehnung von Fremdbetreuung oder des verstärkten väterlichen Engagements sowie die Zustimmung zum Hausfrauenmodell und der verantworteten Elternschaft (vgl. Forschungsfrage 2).

Damit konnten zentrale theoretische Komponenten des von Hays entwickelten Konzepts empirisch erfasst und deren Handlungsrelevanz nachgewiesen werden: Denn auf der Handlungsebene zeigt sich (vgl. Forschungsfrage 3), dass die Zustimmung zum „intensive mothering“ keinen direkten Effekt auf die tatsächliche Betreuung hat, jedoch indirekt durch das Misstrauen gegenüber der Fremdbetreuung wirkt. Wenn also Vorstellungen zum „intensive mothering“ mit dem Vorbehalt zusammenwirken, dass Kinder unter externer Betreuung leiden, dann wird es wahrscheinlicher, dass Mütter ihre Kinder tagsüber nicht extern betreuen lassen, sondern die Betreuung selbst übernehmen. Für die soziostrukturellen (Kontroll-)Variablen zeigen sich die Bildung und das Aufwachsen in Ost- oder Westdeutschland als ausschlaggebend: Formal niedrig oder mittel gebildete Mütter sind im Vergleich zu hoch gebildeten Müttern traditioneller eingestellt und zeigen eine höhere Wahrscheinlichkeit, ihr Kind selbst zu betreuen. Westdeutsche Mütter haben eher die Kindheitserfahrung einer zuhause gebliebenen Mutter gemacht, stimmen dem exklusiven mütterlichen Betreuungsauftrag zu, lehnen die Fremdbetreuung – mit Ausnahme der Betreuung durch die Großeltern – ab und betreuen ihre Kinder häufiger selbst. Kindheitserfahrungen erscheinen als zentrale Schablone für die Definition der eigenen Mutterrolle der nachfolgenden Muttergeneration und sind die Ursache für die zögerliche Annäherung von Ost- und Westdeutschland hinsichtlich ihrer Familien- und Geschlechterkultur. Dies spiegelt sich auch in der Betreuungsinfrastruktur: Die jahrzehntelange mangelnde Nachfrage an Krippenplätzen in Westdeutschland steht der selbstverständlich genutzten Tradition der Krippenbetreuung in Ostdeutschland gegenüber. Hier haben sich zwei völlig verschiedene Betreuungsnormen etabliert. Sie sind auch ein Indikator des unterschiedlichen Mutterleitbildes in beiden Regionen Deutschlands. „Intensive mothering“ ist v.a. ein wirkmächtiges „Westphänomen“ und eine von mehreren Ursachen, warum familienpolitische Maßnahmen nur zögerlich angenommen werden. Der politische Handlungsbedarf zeigt sich durch die Erwerbsarbeitszeitwünsche von Müttern, die laut aktueller Untersuchungen (Lietzmann/Wenzig 2017) weit hinter der Realität zurückbleiben. Hintergrund sind zum einen strukturelle Barrieren auf dem Arbeitsmarkt und mangelhafte Betreuungsangebote für (Klein-)Kinder. Zum anderen existieren aber auch kulturelle und emotionale Barrieren, trade-off-Konflikte, die die Mütter schließlich dazu bewegen, ihre persönlichen Erwerbsarbeitswünsche hinter die Kinderbetreuung anzustellen. Ein weiterer Zielkonflikt ist durch die aktuelle Regelung entstanden, dass die Partnermonate von den beiden Eltern anteilig genommen werden müssen: Wäre der Umfang der Partnermonate (wenn mehr als zwei Monate genommen würden) unabhängig vom Anteil des anderen Elternteils, würden eventuell mehr Väter diese (länger) in Anspruch nehmen, ohne die Elternzeit der Mutter dadurch zu verkürzen. Soll die Zahl der betreuten Kleinkinder erhöht werden, dann erscheint es familienpolitisch angebracht, Maßnahmen zu wählen, die die Vorbehalte gegenüber institutioneller U3-Kinderbetreuung abbauen. Dies kann beispielsweise durch eine größere Qualitätsoffensive und einen Ausbau frühkindlicher Entwicklungsförderungsmaßnahmen erreicht werden, gerade auch für Kinder mit besonderem Betreuungs- und Förderungsbedarf.

Schließlich eröffnen die Ergebnisse verschiedene Forschungspotentiale: Der Zusammenhang mit „maternal gatekeeping“ lässt sich mit den vorliegenden Daten nur teilweise messen. Jedoch lassen die Ergebnisse Raum für Interpretationen hinsichtlich der Alltagspraxis: Nicht jede „intensive mother“ ist eine „gatekeeper mom“, aber vermutlich jede „gatekeeper mom“ eine „intensive mother“, weil einige Dimensionen beider Konzepte stark zusammenhängen. Zudem könnte untersucht werden, inwiefern diese Ideale eine (frühere) Entscheidung zur Familiengründung bedingen, weil Mutterschaft hierbei eine zentrale Dimension weiblicher Identität einnimmt.

Literatur

- Allen, S. M. & Hawkins, A. J. (1999). Maternal gatekeeping: Mothers' beliefs and behaviors that inhibit greater father involvement in family work. *Journal of Marriage and the Family*, 61, 1, S. 199-212. doi: 10.2307/353894.
- Allensbach, Institut für Demoskopie (2015). *Weichenstellungen für die Aufgabenteilung in Familie und Beruf*. http://www.ifd-allensbach.de/uploads/tx_studies/Weichenstellungen.pdf [Stand: 2018-02-06].
- APPARENT-Projektseite (2018). www.apparent-project.com [Stand: 2018-03-23].
- Barnett, R. C. & Baruch, G. B. (1987). Determinants of father's participation in family work. *Journal of Marriage and Family*, 49, 1, S. 29-40. doi: 10.2307/352667.
- Bowlby, J. (1975). *Bindung. Eine Analyse der Mutter-Kind-Beziehung*. München: Kindler.
- BMFSFJ (2016). *Elterngeld, ElterngeldPlus und Elternzeit*. <https://www.bmfsfj.de/blob/93614/384df498f46806a16d1845e0d4a07e76/elterngeld-elterngeldplus-und-elternzeit-data.pdf> [Stand: 2018-02-06].
- BMFSFJ (2017). *Gesetzliche Grundlagen für den Ausbau der Kinderbetreuung*. <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/themen/familie/kinderbetreuung/gesetzliche-grundlagen-fuer-den-ausbau-der-kinderbetreuung/86386> [Stand: 2018-02-06].
- Bujard, M. & Schwebel, L. (2015). Väter zwischen Wunsch und Realität. *Gesellschaft, Wirtschaft, Politik*, 64, 2, S. 211-224. doi: 10.3224/gwp.v64i2.19456.
- Connell, R. W. (2000). *Der gemachte Mann. Konstruktion und Krise von Männlichkeit*. Opladen: Leske + Budrich.
- Dechant, A. & Rinklake, A. (2016). Anticipating motherhood and fatherhood: German couples' plans for childcare and paid work. In: Grunow, D. & Evertsson, M. (Hrsg.), *Couples' transitions to parenthood: Analysing gender and work in Europe*. Cheltenham: Edward Elgar Publishing, S. 103-124. doi: 10.4337/978178536600.
- Diabaté, S. (2015). Mutterleitbilder: Spagat zwischen Autonomie und Aufopferung. In: Schneider, N. F., Diabaté, S. & Ruckdeschel, K. (Hrsg.), *Familienleitbilder in Deutschland. Kulturelle Vorstellungen zu Partnerschaft, Elternschaft und Familienleben*. Opladen, Berlin, Toronto: Verlag Barbara Budrich, S. 207-226.
- Diabaté, S., Lück, D. & Schneider, N. F. (2015). Leitbilder der Elternschaft: Zwischen Kindeswohl und fairer Aufgabenteilung. In: Schneider, N. F., Diabaté, S. & Ruckdeschel, K. (Hrsg.), *Familienleitbilder in Deutschland. Kulturelle Vorstellungen zu Partnerschaft, Elternschaft und Familienleben*. Opladen, Berlin, Toronto: Verlag Barbara Budrich, S. 247-267.
- Ehnis, P. (2008). Hegemoniale Mütterlichkeit: Vom selbstverständlichen Einverständnis in die geschlechtstypische Arbeitsteilung nach der Geburt eines Kindes. In: Marburger Gender-Kolleg (Hrsg.), *Geschlecht Macht Arbeit: Interdisziplinäre Perspektiven und politische Intervention*. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 56-69.
- Geiser, C. (2010). *Datenanalyse mit Mplus. Eine anwendungsorientierte Einführung*. 1. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. doi: 10.1007/978-3-531-92042-9.
- Grunow, D. (2013). Aufteilung von Erwerbs-, Haus- und Familienarbeit in Partnerschaften im Beziehungsverlauf. Der Einfluss von Sozialpolitik in Europa. In: Lück, D. & Cornelißen, W. (Hrsg.), *Ge-*

- schlechterunterschiede und Geschlechterunterscheidungen in Europa*. Berlin: De Gruyter, S. 237-263.
- Grunow, D., Begall, K. & Buchler, S. (2018). Gender ideologies in Europe: A multidimensional framework. *Journal of Marriage and Family*, 80, 1, S. 42-60. doi: 10.1111/jomf.12453.
- Grunow, D. & Evertsson, M. (2016). *Couples' transitions to parenthood: Analysing gender and work in Europe*. Cheltenham: Edward Elgar Publishing. doi: 10.4337/9781785366000.
- Grunow, D., Schulz, F. & Blossfeld, H. (2007). Was erklärt die Traditionalisierungsprozesse häuslicher Arbeitsteilung im Eheverlauf: soziale Normen oder ökonomische Ressourcen? *Zeitschrift für Soziologie*, 36, 3, S. 162-181. doi: 10.1515/zfsoz-2007-0301.
- Hakim, C. (2000). *Work-lifestyle choices in the 21st century: Preference theory*. Oxford: Oxford University Press.
- Hakim, C. (2002). Lifestyle preferences as determinants of women's differentiated labour market careers. *Work and Occupations* 29, S. 428-459. doi: 10.1177/0730888402029004003.
- Hancock, G. R. & Mueller, R. O. (2006). *Structural equation modeling. A second course*. Greenwich: IAP.
- Hays, S. (1996). *The cultural contradictions of motherhood*. New Haven: Yale University Press.
- Herwartz-Emden, L. (1995). *Mutterschaft und weibliches Selbstkonzept. Eine interkulturell vergleichende Untersuchung*. Weinheim & München: Juventa Verlag.
- Kreyenfeld, M. & Geisler, E. (2006). Müttererwerbstätigkeit in Ost- und Westdeutschland. *Zeitschrift für Familienforschung*, 18, 3, S. 333-360.
- Lauber, V., Storck, J., Spieß, K. C. & Fuchs, N. (2015). Vereinbarkeit von Beruf und Familie von Paaren mit nicht schulpflichtigen Kindern – unter spezifischer Berücksichtigung der Erwerbskonstellation beider Partner. *Politik Beratung kompakt* 88. Berlin: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung. https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.487738.de/diwkompakt_2014-088.pdf.
- Ledermann, T. & Bodenmann, G. (2006). Moderator- und Mediatoreffekte bei dyadischen Daten. Zwei Erweiterungen des Akteur-Partner-Interdependenz-Modells. *Zeitschrift für Sozialpsychologie* 37, S. 27-40. doi: 10.1024/0044-3514.37.1.27.
- Lietzmann, T. & Wenzig, C. (2017). Arbeitswünsche und Erwerbstätigkeit von Müttern. Welche Vorstellungen über die Vereinbarkeit von Beruf und Familie bestehen. *IAB-Kurzbericht 10/2017*. <http://doku.iab.de/kurzber/2017/kb1017.pdf>.
- Lück, D., Gründler, S., Naderi, R. et al. (2013). *Familienleitbilder 2012 – Methodenbericht zur Studie*. Wiesbaden: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung. https://www.bib.bund.de/Publikation/2013/pdf/Familienleitbilder-2012-Methodenbericht-zur-Studie.pdf?__blob=publicationFile&v=2.
- Lück, D. (2009). *Der zögernde Abschied vom Patriarchat. Der Wandel von Geschlechterrollen im internationalen Vergleich*. Berlin: edition sigma. doi: 10.5771/9783845268040-1.
- Mays, A. (2012). Determinanten traditionell-sexistischer Einstellungen in Deutschland – eine Analyse mit Allbus-Daten. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 64, S. 277-302. doi: 10.1007/s11577-012-0165-6.
- Merkle, T. & Wippermann, C. (2008). *Eltern unter Druck. Selbstverständnisse, Befindlichkeiten und Bedürfnisse von Eltern in verschiedenen Lebenswelten. Eine sozialwissenschaftliche Untersuchung von Sinus Sociovision*. Stuttgart: Lucius & Lucius. doi: 10.1515/9783828260092.
- Notten, N., Grunow, D. & Verbakel, E. (2017). Social policies and families in stress: Gender and educational differences in work-family conflict from a European perspective. *Social Indicators Research*, 132, 3, S. 1281-1305. doi: 10.1007/s11205-016-1344-z.
- Oechsle, M. (1998). Ungelöste Widersprüche. Leitbilder für die Lebensführung von Frauen. In: Oechsle, M. & Geissler, B. (Hrsg.), *Die ungleiche Gleichheit. Junge Frauen und der Wandel im Geschlechterverhältnis*. Opladen: Leske + Budrich, S. 185-200. doi: 10.1007/978-3-322-95081-9.
- Palkovitz, R. (1984). Parental attitudes and fathers' interactions with their 5-month-old infants. *Developmental Psychology*, 20, 6, S. 1054-1060. doi: 10.1037/0012-1649.20.6.1054.
- Pfau-Effinger, B. (2000). *Kultur und Frauenerwerbstätigkeit in Europa. Theorie und Empirie des internationalen Vergleichs*. Opladen: Leske + Budrich.

- Pfau-Effinger, B., Flaquer, L. & Jensen, P. H. (2009). *Formal and informal work in Europe. The hidden work regime*. New York: Routledge.
- Puhlman, D. J. & Pasley, K. (2013). Rethinking maternal gatekeeping. *Journal of Family Theory & Review*, 5, 3, S. 176-193. doi: 10.1111/jftr.12016.
- Ruckdeschel, K. (2009). Rabenmutter contra Mère Poule. Kinderwunsch und Mutterbild im deutsch-französischen Vergleich. *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft/Comparative Population Studies*, 34, 1-2, S. 105-134. doi: 10.1007/s12523-010-0035-0.
- Ruckdeschel, K. (2015). Verantwortete Elternschaft: „Für die Kinder nur das Beste“. In: Schneider, N. F., Diabaté, S. & Ruckdeschel, K. (Hrsg.), *Familienleitbilder in Deutschland. Kulturelle Vorstellungen zu Partnerschaft, Elternschaft und Familienleben*. Opladen, Berlin, Toronto: Verlag Barbara Budrich, S. 191-205.
- Rüling, A. (2007). *Jenseits der Traditionalisierungsfallen: Wie Eltern sich Familien- und Erwerbsarbeit teilen*. Frankfurt am Main: Campus.
- Sammet, K. (2017). Religion, Geschlechterordnung und Generativität. In: Sammet, K., Benthous-Apel, F. & Gärtner, C. (Hrsg.), *Religion und Geschlechterordnung*. Wiesbaden: Springer. doi: 10.1007/978-3-658-17391-3.
- Schoppe-Sullivan, S. J., Brown, G. L., Cannon, E. A., et al. (2008). Maternal gatekeeping, coparenting quality, and fathering behavior in families with infants. *Journal of Family Psychology*, 22, 3, S. 389-398. doi: 10.1037/0893-3200.22.3.389.
- Schütze, Y. (1986). *Die gute Mutter. Zur Geschichte des normativen Musters „Mutterliebe“*. Bielefeld: Kleine.
- Schütze, Y. (2010). Mutterbilder in Deutschland. *Psychoanalyse - Texte zur Sozialforschung*, 25, 2-3, S. 179-196.
- West, C. & Zimmerman, D. H. (1987). Doing gender. *Gender & Society*, 1, 2, S. 125-151. doi: 10.1177/0891243287001002002.
- Zvara, B. J., Schoppe-Sullivan, S. J. & Dush, C. K. (2013). Fathers involvement in child health care: Associations with prenatal involvement, parents' beliefs, and maternal gatekeeping. *Family Relations*, 62, 4, S. 649-661. doi: 10.1111/fare.12023.

Eingereicht am/Submitted on: 06.04.2018

Angenommen am/Accepted on: 05.10.2018

Anschriften der Autorinnen/Addresses of the authors:

Dr. Sabine Diabaté

Samira Beringer

Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB)

Friedrich-Ebert-Allee 4

65185 Wiesbaden

Deutschland/Germany

E-Mail/Email: sabine.diabate@gmx.de

samira.beringer@bib.bund.de

Anhang

Tabelle 3: Anteil von Frauen, Müttern und Müttern, die mit ihrem Partner in einem Haushalt leben und deren (jüngstes) Kind zwischen 2009 und 2011 geboren wurde, nach soziostrukturellen Merkmalen

N (gewichtet)		Mütter (2009-2011)		Mütter		Frauen	
		381*		1193		2468	
Alter	Minimum, Maximum	21	39	21	39	20	39
	Arithmetisches Mittel	31,52		32,92		29,66	
	Standardabweichung	4,44		4,29		5,65	
Bildung	Niedrig (1-2)	20	5,1%	80	6,7%	168	6,8%
	Mittel (3A-4A)	265	67,2%	841	70,4%	1639	66,4%
	Hoch (5b-6)	95	25,0%	242	20,3%	592	24,0%
	Missings	10	2,6%	30	2,5%	69	2,8%
subj. Einkommenssituation	Schlecht	32	8,3%	102	8,6%	184	7,5%
	Einigermaßen	124	32,4%	462	38,8%	864	35,0%
	Gut	226	59,2%	624	52,3%	1403	56,8%
	Missings	0	0,1%	5	0,4%	17	0,7%
Erwerbsstatus	Erwerbstätig	226	59,3%	806	67,6%	1560	63,2%
	Nicht erwerbstätig	153	40,2%	384	32,2%	901	36,5%
	Missings	2	0,5%	3	0,2%	6	0,2%
Migrationshintergrund	Keiner	296	77,6%	879	73,6%	1816	73,6%
	Vorhanden	85	22,4%	312	26,2%	649	26,3%
	Missings	0	0%	2	0,2%	2	0,1%
Wohnort	Ostdeutschland	83	21,8%	249	20,9%	483	19,6%
	Westdeutschland	198	78,2%	944	79,1%	1985	80,4%
Religiosität	Nicht religiös	108	28,3%	348	29,1%	765	31,0%
	Wenig/mittel religiös	203	53,2%	633	53,1%	1250	50,6%
	(Sehr) religiös	69	18,1%	210	17,6%	433	17,5%
	Missings	1	0,4%	3	0,2%	20	0,8%

* Aufgrund der Gewichtung weicht die Fallzahl von den 458 Fällen, die in den Modellen einbezogen wurden, ab.

Quelle: Familienleitbild-Studie (FLB 2012), gewichtete Daten, eigene Berechnung.

Tabelle 4: Überwiegende Betreuung der (Nichtschul-)Kinder zwischen ein und drei Jahren an einem normalen Werktag (max. 2 Nennungen waren möglich*)

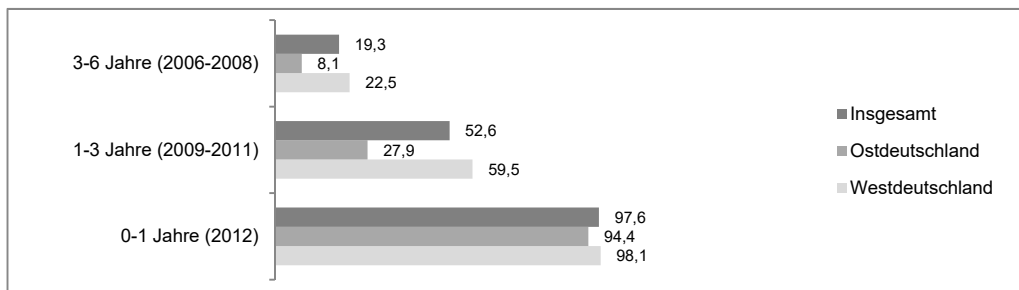
Überwiegende Betreuung durch...	%	Nennungen	Davon Zweitnennung „Mutter“
Mutter	52,4	205	–
Vater	5,4	21	14
Großeltern(teil)	6,9	27	18
Tagesmutter (Tagesvater wurde nicht erhoben)	4,6	18	2
Krippe	13,8	54	8
Kindergarten	33,2	130	20
Sonstiges	0,8	3	0

Anmerkung: Angaben von Müttern, deren (jüngstes) Kind zwischen 2009 und 2011 geboren wurde und nicht zur Schule geht.

* Erklärt die Aufsummierung der Prozentangabe auf über 100%.

Quelle: Familienleitbild-Studie (FLB 2012), gewichtete Daten, eigene Berechnung.

Abbildung 4: Überwiegende Betreuung der (Nichtschul-)Kinder an einem normalen Werktag. Nennung: „Von der Mutter“ von Müttern nach Alter des (jüngsten) Kindes und Wohnort (in %)



Quelle: Familienleitbild-Studie (FLB 2012), gewichtete Daten, eigene Berechnung.

Bernadette Huyer-May

Do relationship transitions affect body weight? Evidence from German longitudinal data

Beeinflussen Übergänge in der Partnerschaft das Körpergewicht? Ergebnisse einer deutschen Panelstudie

Abstract:

Despite a considerable amount of empirical studies it is still unclear if changes in union status affect body weight. Using data from the first seven waves of the German Panel Analysis of Intimate Relationships and Family Dynamics (*pairfam*) project, the current study aims to discover if changes in relationship status lead to changes in body weight considering multiple union transitions with fixed-effects panel regression estimations. Results show that women lose weight within the first year of a relationship, and then gain weight after entering into a non-married cohabiting relationship. Men tend to gain weight from the beginning of the partnership. The results clearly show that the transition from non-married cohabitation to marriage has no significant effect on body weight.

Key words: union transitions; body weight; marriage market hypothesis; Germany; *pairfam*

Zusammenfassung:

Trotz zahlreicher Studien gibt es derzeit immer noch keine gesicherten Erkenntnisse darüber, inwieweit partnerschaftliche Veränderungen Einfluss auf das Körpergewicht haben. Basierend auf den Daten der ersten sieben Wellen des deutschen Panels Analysis of Intimate Relationships and Family Dynamics (*pairfam*) hat diese Studie das Ziel herauszufinden, ob Veränderungen des Beziehungsstatus zu einer Veränderung des Körpergewichts führen. Dabei werden verschiedene partnerschaftliche Übergänge mit Fixed-Effect Panel Regressionen betrachtet. Die Ergebnisse zeigen, dass Frauen in dem ersten Jahr ihrer Beziehung Gewicht verlieren, dann aber an Gewicht zunehmen, wenn sie mit ihrem Partner zusammen ziehen. Männer hingegen tendieren von Beginn an ihrer Beziehung zu einer Gewichtszunahme. Die Ergebnisse zeigen deutlich, dass der Übergang von einer nicht-ehelichen Lebensgemeinschaft zur Ehe keinen Effekt auf das Körpergewicht hat.

Schlagwörter: partnerschaftliche Übergänge; Körpergewicht; Paneldaten; *pairfam*; Deutschland

1. Introduction

Obesity is a major public health issue in most Western societies, with a rapidly increasing prevalence among both men and women (Berghöfer et al. 2008; Cole et al. 2000; Ogden

et al. 2006). Germany ranks high on the list of nations with an elevated prevalence of overweight and obesity citizens. According to the German Health Interview and Examination Survey for Adults, 67.1% of men and 53.0% of women are overweight (Mensink et al. 2013). Being overweight or obese not only increases a person's chance of health problems such as type two diabetes, cardiovascular disease, and some cancers (see for example Kopelman 2000), but obese individuals often experience multiple forms of discrimination (Carr/Friedman 2005; Puhl/Brownell 2001) as well as a lack of psychological well-being (Wadsworth/Pendergast 2014). Experts agree that weight changes – both losses and gains – carry an increased mortality risk (Mikkelsen et al. 1999), whereas a stable body weight is ideal for general good health (Umberson/Liu/Powers 2009). A better understanding of which factors determine changes in adult body weight is therefore crucial.

A growing body of literature indicates that transitions into and out of marriage may be related to changes in body weight (see Dinour et al. 2012 for an overview). Although there is a broad consensus that marital status is positively linked with health outcomes and mortality (see for example Wilson/Oswald 2005), the positive protection effect does not hold with regard to body weight (Umberson et al. 2009). However, these results are inconsistent and mostly limited to the United States, whereas research in Europe has addressed this topic only rarely thus far. Most studies suggest that the entry into marriage may be associated with weight gain (Averett/Sikora/Argys 2008; Harris/Lee/DeLeone 2010; Rauschenbach/Sobal/Frongillo 1995; Sobal/Rauschenbach/Frongillo 2003; The/Gordon-Larsen 2009), whereas exit from a marriage may contribute to weight loss (Eng et al. 2005; Lee et al. 2005). However, newer studies (Teachman 2016; Umberson et al. 2009) cast doubt as to if the transition into marriage in fact has an impact on body weight at all. Umberson et al. (2009) and Teachman (2016) conclude that the only transition which affects body weight is the transition out of marriage, while effects of transitions into marriage “are conditioned on a latent trajectory of weight gain across time” (Teachman 2016: 90).

This study aims to discover if changes in relationship status lead to changes in body weight considering multiple union transitions with fixed-effects panel regression estimations. This approach complements previous research in several ways: thus far, most literature refers to North America, whereas research in Europe has addressed this topic only rarely. To my knowledge, two further studies have examined the impact of marital status on body weight in Germany based on cross-sectional data (Klein 2011; Klein/Rapp/Schneider 2013), but to date no study has addressed this topic using longitudinal data for Germany. A recently published study compared BMI values of non-married to married respondents in nine European countries (Mata/Frank/Hertwig 2015). Their results show that, on average, never married respondents had a lower BMI than do married respondents. However, their analyses are based on cross-sectional data sets which could consequently be biased due to the presence of unobserved heterogeneity, as the authors do not deal with the problem of selectivity. This is essential when analyzing the link between unit transitions and body weight changes, as one could assume that selection into marriage is affected by body weight when considering that thinner (or rather: healthier) individuals are more likely to be selected as marriage partners (see Averett et al. 2008 for similar arguments). Indeed, research shows that overweight young women have higher odds to stay unmarried in comparison to their normal weight counterparts (Carmalt et al. 2008; Frisco et al. 2012:1709; Mukhopadhyay 2008).

By using longitudinal data from the German Panel Analysis of Intimate Relationships and Family Dynamics (*pairfam*), a large panel study running annually since 2008 with a random sample of 12,400 participants in adolescence, young adulthood, and middle adulthood (Brüderl et al. 2016), I address this gap in research for Germany. The *pairfam* data set provides detailed information about union formation and relationship development and due to the young age of the respondents there is enough variation in relationship status over time. For this reason, it is possible to examine multiple union transitions, such as both the transition into non-married cohabitation, as well as out of this state into a marriage. Most studies on this subject have focused only on the entry into marriage, whereas entry into unmarried cohabitation was paid little attention. The prevalence of non-married cohabitation has considerably increased in recent years in most Western societies (Heuveline/Timberlake 2004) as more and more couples are choosing to cohabit as either a precursor or an alternative to marriage (Wu/Hart 2002: 430). According to the *pairfam* Panel, 88% of respondents in western Germany and 97% of respondents in eastern Germany cohabit prior to marriage (Goldstein et al. 2010) Hence, to understand how union transitions affect changes in body weight it is important to take living arrangements before cohabiting marriage into account.

To my knowledge, this is the first study to investigate the impact of all relevant trajectories of institutionalization in partnership and examine the effects of transitions into non-cohabiting relationships, non-married cohabitation, and cohabiting marriage. Every unit transition is analyzed as a singular event in separate models using fixed effects models. In this analytic strategy, different estimation samples are employed, which are closer to the causal impact due to distinct control and treatment groups. Results show that the transition from non-married cohabitation to marriage has no effect on body weight. Moreover, women appear to lose weight within the first year of dating and then gain weight after moving in together with their partner, while men tend to gain weight from the very beginning of the relationship. Considering multiple union transitions can help highlight the underlying mechanisms which cause the hypothesized association between union transitions and body weight. The most prominent explanations in this regard are the *marriage market hypothesis* and the *social obligation hypothesis*¹, which I describe in the next section.

1 Two further explanations have been suggested: the marriage protective hypothesis and the crises model. The marriage protective hypothesis links marital and general health status: Married individuals have higher socioeconomic status and social support and purchase better medical health due to pooled resources and specialization by the family members (Wilson 2012). Further, individuals should lose weight after entry into marriage. However, to my knowledge, no study thus far has found such a positive relationship. Despite this, some authors indicate the possibility of adverse selection, meaning that individuals with poor health have higher incentives to marry (Averett et al. 2008). The crises model concerns primarily the negative consequences of marital dissolution on body weight based on the assumption that transition out of marriage is associated with stress resulting in short-lived weight loss.

2. Background

2.1 Mechanisms

Why should changes in relationship status affect body weight? One explanation which is often quoted is the *marriage market hypothesis*, based on the assumption that non-married individuals attempt to minimize weight gain in order to be more attractive to potential partners, as body weight is closely associated with physical attractiveness, good health, and reproductive potential. As a result of having “exited” the marriage market, married individuals are no longer as concerned about their body weight and, therefore, allow their weight to rise (Averett et al. 2008; Klein 2011; Rapp/Schneider 2013). Considering the increasing prevalence of cohabitating couples, the question arises as to whether a perceived exit from the marriage market begins with marriage, or rather with moving in together with a partner in a cohabiting, marriage-like relationship. Although cohabitation has become a common living arrangement, it is not equivalent to marriage in several aspects. The most obvious difference relates to the formal license: because of the lack of a recognized legal status, dissolution of non-married cohabitation is less costly than a divorce. As a consequence, cohabitation is characterized by higher instability than are married unions, as well as a decreased willingness to invest in relationship-specific capital such as joint children (Mukhopadhyay 2008).

As cohabiting couples may differ in their levels of trust in the longevity of their relationship as well as their belief in a permanent release from the marriage market, they may – in contrast to married couples – continue to see themselves as marriage market participants and thus feel greater pressure to maintain a lower weight (Averett et al. 2008; Klein/Rapp/Schneider 2013; Rapp/Schneider 2013). Therefore, body weight should rise with an increase in relationship stability.

Thus far, several longitudinal studies have assessed the association of transitions into non-married and married cohabitation, respectively, with body weight (Dinour et al. 2012), but results are mixed.² Using data from the National Longitudinal Study of Adolescent Health (Add Health), Harris et al. (2010) considered correlations between early marriage, cohabitation, and health for African Americans and Caucasians during the transition to adulthood in the United States. According to their results, a transition into marriage is associated with an increase in BMI across ethnicities. In contrast, they did not find a relationship between the transition into cohabitation and increased BMI. Similar results were found by Shafer (2010) using panel data from the 1979 National Longitudinal Study of Youth (USA). For women, she found no association between cohabitation and an increase in BMI, but for men cohabitation is positively associated with an increase in BMI, albeit smaller than the increase associated with marriage (Shafer 2010: 1177). She also found an association between marriage and body weight gain. However, while using the same panel data from the National Longitudinal Study of Youth (1979) Averett et al. (2008) observed a significant impact of cohabitation and marriage on BMI for both men and women. According to their results, the impact of cohabitation was smaller than that of

2 Here, I review only studies based on longitudinal data which take cohabiting living arrangements into account.

marriage, their results lining up with the marriage market hypothesis as well as the assumption that cohabitation is not perceived to be as stable a partnership as is formal marriage (Averett et al. 2008: 15). In addition, they found that women who had ever been married were thinner than their never-married counterparts. They argued that “this supports the argument that thinness (attractiveness) among women is valued in the marriage market” (Averett et al. 2008: 14). Teachman (2016) also used data from the NLSY79 to examine the link between the transition into cohabitation and marriage and body weight. According to the latent growth curve model suggested in order to examine the joint effect of marital status and marital transition on body weight, he concluded that the only transition which affects body weight is the transition out of marriage, while effects of transitions into cohabitation and marriage are conditioned on a general tendency to gain weight with increasing age (Teachman 2016: 90). However, his results also showed that both cohabiting and married respondents tended to weigh more when compared to their single counterparts. He concluded that “marital status is more important for determining differences in body weight than transitions in marital status” (Teachman 2016: 91). However, one might assume that body weight is more affected by changes in relationship status due to the important changes in one’s social environment from a theoretical perspective. A similar argument can be found in Umberson et al. (2009). Using data from the Americans’ Changing Lives (ACL) Survey, the authors found neither effects of transition into marriage nor effects of continuous marital status on body weight after controlling for socio-demographic factors. However, they did observe a significant effect of the transition out of marriage, and concluded that marital transitions are more significant than marriage status (Umberson et al. 2009: 338).

Further, it has been argued that as a consequence of the perceived lower pressure to maintain body weight, sedentary behaviors may become more prevalent with the transition to marriage. Married couples are expected to spend more of their leisure time engaged in inactive behavior as opposed to physical activity (Rapp/Schneider 2013; Schmeer 2012). Rapp and Schneider (2013) used data from the German Socio-Economic Panel (GSOEP) to show that being in a relationship as well as cohabiting or being married were all associated with reduced weekly physical activity for both men and women. Contrary to the predictions of the marriage market hypothesis, however, the effects of cohabitation and marriage on physical activity were very similar. The authors concluded that “this result may indicate that cohabiting and married individuals feel similarly secure about their release from the marriage market” (Rapp/Schneider 2013: 201). However, they did not explicitly model the impact of the transition from non-married to married cohabitation on physical activity.

The second prominent explanation linking changes in relationship status to changes in body weight is the social obligation hypothesis. According to this approach, individuals gain weight due to changed dietary habits after cohabiting with a partner and due to the fact that their partners eat at more frequent and regular intervals (Averett et al. 2008). Moreover, there is some research which shows that eating in the presence of familiar others increases one’s food intake when compared to eating alone (Hetherington et al. 2006). For example, based on data from 22 recently married or cohabiting couples a Scottish study found that eating together with a romantic partner has an influence on the eating habits of both individuals. Couples reported eating more regular meals, spending more

time at each meal, and eating larger quantities of food (Marshall/Anderson 2002: 204). Both women and men gained weight during the interview period (up to 12 months), and the authors reported no differences between recently married cohabiting couples and those that had recently entered unmarried cohabitation regarding weight gain. Thus, results indicate that changes in food habits are related to the presence of a partner in a shared household, regardless of whether the couple is married or not.

In connection with this explanation, another commonly mentioned fact is that individuals who enter cohabitation or marriage gain weight because they are more likely to quit smoking (Sobal et al. 2003) as they experience a greater regulation of health-related behavior (Umberson 1992; Umberson et al. 2009). However, results on this specific topic are inconsistent. For example, Homish and Leonard (2005) find some evidence that women who are married to smokers are more likely to resume smoking in the early years of their marriage. This influence seems to be more important than the spousal influence on their partner's smoking cessation. Duncan, Wilkerson, and England (2006) find no significant reductions in smoking after cohabitation, neither for men nor for women in the National Longitudinal Survey of Youth.

2.2 Research question and hypothesis

This study addresses two questions. Firstly, I analyze whether union transitions affect body weight. Newer studies cast doubt as to if there is a causal relationship between changes in relationship status and body weight (Teachman 2016; Umberson et al. 2009). To identify a possible causal effect, I estimate fixed effects panel regressions which compare the average body weight before and after a transition into a specific relationship status for each person, respectively. As Brüderl and Ludwig (2015) point out, fixed effects models allow the identification of causal effects under weaker assumptions by comparing within-person changes induced by a treatment event, as within-variation is not biased by unobserved heterogeneity due to self-selection. As already mentioned, selection into marriage is affected by body weight when considering that thinner individuals are more likely to self-select, or be selected, into marriage. The focus of this paper lies on the consequences of changes in relationship status on body weight. In other words, I do not aim to compare body weights between married and unmarried individuals, but rather to detect intra-individual changes of body weight after union transitions, for which fixed effects estimations are the best choice.

My second research question concerns the mechanisms responsible for the impact of union transitions on body weight. The question at hand is whether an individual's body weight increases due to changed health behavior or dietary habits after entering into cohabitation with a partner, or if individuals gain weight after union transitions due to a decreased willingness to maintain body weight. From a theoretical point of view, two transitions are relevant for investigation: the transition from dating to non-married cohabitation, and from non-married cohabitation to married cohabitation. If the social obligation hypothesis holds true, I can assume that respondents will gain weight after moving in together with their partner, whereas an entry into marriage should not affect body weight. According to the marriage market hypothesis, however, body weight should rise with an increase in relationship stability. As marriage is the most institutionalized and therefore

considered the most stable relationship form, this hypothesis predicts that couples will gain weight after moving in together with their partner, and again after their wedding. Finding a positive relationship between the entry into marriage (from non-married cohabitation) and body weight would provide tentative evidence in favor of the marriage market hypothesis, because I can rule out that a possible positive effect is caused by changed health behavior or dietary habits as those respondents already cohabite prior to marriage.^{3,4} For the sake of completeness, I look first at the entry into a non-cohabiting romantic relationship, as body weight could theoretically already be affected by this first transition if e.g. individuals consequently reduce their physical activity (Rapp/Schneider 2013).⁵

3. Method

3.1 Data

The data used in this analysis are the first seven waves of the German Family Panel *pairfam* Release 7.0 (Brüderl et al. 2016), a large, nationwide, randomly sampled panel study of German-speaking persons (irrespective of their nationality) living in private households in Germany from three birth cohorts: 1991-1993, 1981-1983, and 1971-1973 (for more details, see Huinink et al., 2011). The *pairfam* panel is an annual computer-assisted survey which began in 2008/2009 with a sample of 12,400 participants in adolescence (15-17 years), young adulthood (25-27 years), and middle adulthood (35-37 years). With a planned duration of 14 years, *pairfam* covers the most important relationship and family formation stages from age 15 to 50. Although only the first seven waves are available to date, detailed information on union formation and development have been collected making these data highly suitable for the research question at hand. Due to the young age of respondents, several changes in relationship status have been reported over the waves. As the focus is on individuals who changed relationship status, it is beneficial to have multiple union transitions when available (Kohn/Averett 2014).

-
- 3 In this paper I limit my analyses to unit formation. The association between union dissolution on BMI is well documented (Averett et al. 2008; Teachman 2016; Umberson et al. 2009). Some authors explain that weight loss among divorced individuals with the marriage market hypotheses as divorced individuals try to lower their body weight in order to increase their chances on the marriage market (Lundborg/Nystedt/Lindgren 2007).
 - 4 Please note that respondents who did not cohabite prior to marriage are not considered in the analysis because the investigation from non-cohabiting to cohabiting marriage does not allow disentangling the marriage market hypothesis and the social obligation hypothesis. However, as cohabitation prior to marriage is widespread in Germany, this concerns only a small, selective group of respondents.
 - 5 It should be noted that „first transition“ does not mean that the analysis is limited to the first intimate relationship of the respondents, but referring to the entry in the current relationship as the first of three potential transitions (entry into non-cohabiting relationship, entry into cohabitation, and marriage).

3.2 Measures

3.2.1 Dependent variable

Following existing research, I use BMI as the dependent variable for each model. BMI is calculated from self-reported weight (in kilograms) divided by the square of self-reported height (in meters).⁶ Respondent weight was collected every two years (waves 1, 3, 5, and 7), whereas information on height was collected in the first wave for the older two cohorts and again in the third wave for the youngest cohort. For later waves, I use the height information measured in the first or third wave, as available.

3.2.2 Independent variables

The central independent variables in the models are changes in relationship status: transition into a non-cohabiting romantic relationship, transition from non-cohabiting dating to never-married cohabitation, and transition from never-married cohabitation to married cohabitation. As information on body weight was collected every two years, I consider only transitions occurring in a 2-year period.⁷ Since the beginning of the panel 1,660 respondents began a new romantic relationship, most of which belonging to the youngest cohort (n=1,282) and significantly less coming from the other two (middle cohort: n=290, oldest cohort: n=88). Further, 628 respondents moved in together with their partner without marrying (youngest cohort: n=283, middle cohort: n=285, oldest cohort: n=60), and 463 respondents married their cohabiting partner (youngest cohort: n=7; middle cohort: n=356, oldest cohort n=100)⁸.

3.2.3 Control variables

Because fixed effects regressions implicitly control for all within-person constant variables such as ethnic or educational background, only time-varying control variables were included in the models.⁹ I use a sparse model of time-varying confounders, of which I suppose a direct effect on the treatment as well on the outcome variable. Bozoyan and Wolbring (2016) have indicated that the common strategy in social science research, con-

6 As individuals tend to overestimate their height and underestimate their weight, both self-reported height and weight could be biased (Gorber et al. 2007; Ng et al. 2011).

7 I consider changes in relationship status between wave 1 and wave 3, wave 3 and wave 5, and wave 5 and wave 7. Transitions that occurred between even and odd waves, for example “single” in wave 1, “in a relationship” in wave 2, and “single” again in wave 3 are not included in the analyses.

8 As only 7 respondents belonging to the youngest cohort married since the start of the panel, I exclude the youngest cohort in the estimations of models 5 and 6.

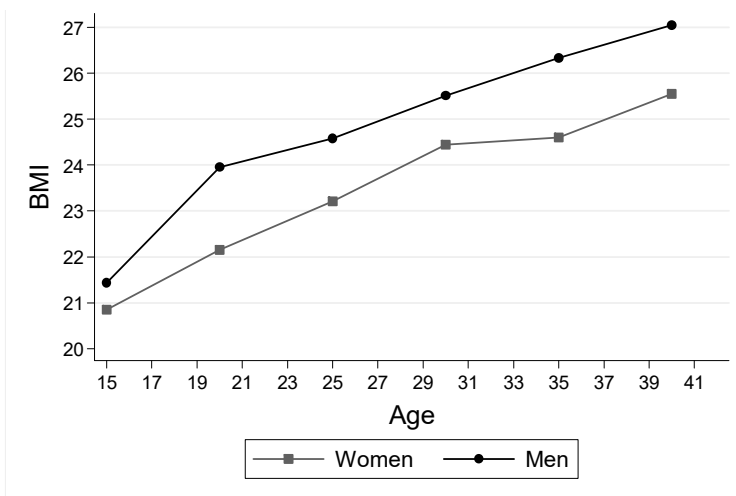
9 In the U.S., social group differences have been suggested as control variables, particularly across ethnic and social groups (Averett et al. 2008). In Germany, ethnic group differences are less well theorized, especially because this group is very heterogeneous. Hence, I assume no ethnic group differences in the German context. The same holds true for social class differences. Even though there is evidence suggesting that individuals in higher socioeconomic groups have a healthier diet and therefore a lower body weight (see for example McLaren 2007), there is no theoretical reason why unit transitions should affect individuals' body weight differently across social groups.

trolling for everything potentially associated with treatment and outcome, is increasingly doubted due to the fact that it might induce new biases of estimates by overcontrol (Bozoyan/Wolbring 2016: 84). Apart from respondent age, I control for labor force status and the age of the youngest child living in the household.¹⁰

Age:

The most important control variable in all models is age, as most individuals tend to gain weight with advancing age. A random-effects BMI growth curve models by gender (Figure 1) shows that an increase in BMI with age is not constant across the three cohorts, with the youngest men in particular gaining weight more rapidly in comparison to the older cohorts. For this reason, I introduce age dummies into all models to model the age effect in a most flexible way.

Figure 1: BMI RE growth curve by age and gender (with age dummies)



Labor force status:

Labor force status could be a potential confounder as the timing of the transition to stable employment has an important impact on marriage timing (Oppenheimer 1988) and also potentially on body weight or weight-related behavior such as time spent exercising (Nomaguchi/Bianchi 2004). I differentiate between “In education”, “Currently unemployed”, and “Currently employed part-time or full-time”.

Age of youngest child in the household and pregnancy:

Recently published studies lend evidence to an association between the entrance into parenthood and an increase in the BMI trajectory for men as well as women (Garfield et

¹⁰ I decided to control only for labor force status and not for household income, as is typically done, because income could be a potential collider. Elwert and Winship (2014) suggest not controlling for collider variables that are e. g. caused by treatment and by outcome in order to avoid endogenous selection bias. As research on discrimination shows, wages are affected by higher BMI. On the other hand, household income is affected by relationship status as well.

al. 2015; Umberson et al. 2011). Because marriage timing and family formation are closely linked (Perelli-Harris et al. 2012), parenthood is an important confounder when investigating the transition from non-married cohabitation to marriage. I consider the age of the youngest child using four categories: “No child in the household”, “Youngest child less than one year”, “Youngest child less than three years”, and “Youngest child three years and older”. Furthermore, I introduce a dummy variable indicating whether a female respondent is pregnant.

As there are very few changes in parenthood for male respondents and very few pregnant women who transition in a dating relationship ($n=13$), I decided to exclude this control variable in the case of men and exclude women who reported a pregnancy.¹¹

3.2.4 Intervening variables

Previous literature has suggested three explanations as to why individuals gain weight after union transitions: a change in eating behavior (i.e. more regular meals and larger quantities of food), less exercise (Nomaguchi/Bianchi 2004; Rapp/Schneider 2013), and quitting/reducing smoking (Sobal et al. 2003; Umberson 1992). To examine these with *pairfam* data, I consider intervening variables after controlling for potential confounders; namely, if respondents quit smoking and if respondents exercise less than once a week. Unfortunately, eating behavior was not measured in *pairfam*. Should an unexplained effect of changes in relationship status be present, I would argue that this arises at least in part from changed in eating behavior due to a union transition.

3.3 Analytic strategy

Contrary to previous research approaches, I consider each union transition as a singular event in an attempt to approximate real conditions, as the transition from single to cohabiting or even to marriage without the intermittent step of dating do not occur under normal circumstances. I therefore employ three different estimation samples which are more conservative and closer to the causal impact due to distinct control and treatment groups. If the social obligation hypothesis holds true, I assume that respondents will gain weight after moving in together with their partner, whereas an entry into marriage should not further affect body weight of either partner. The marriage market hypothesis predicts that couples will gain weight both after moving in together and after their wedding.

The first sample was restricted to single respondents from wave 1. The treatment group experienced the event “entry into a romantic relationship”, whereas the control group remained single.¹² Observations after the transition to cohabitation (in cases in which both the entry into the relationship and later the transition to cohabitation were observed) are dropped in this analysis so that only observations of single respondents and those in a non-cohabiting relationship are included. The same approach was implemented for the other samples: A second sample is restricted to include only those respondents

11 The main results remain unchanged when I include these cases in the analyses.

12 Person-years from respondents who do not experience the treatment are included as they provide the control group with more data to estimate the common age effect (Brüderl/Ludwig 2015).

who were not cohabiting with their partner in the first wave, where the treatment group are those respondents who moved in together with their romantic partner. The control group includes those respondents who can potentially experience the treatment, i.e. either single respondents or those in an unmarried, non-cohabiting relationship. Finally, a third sample includes all unmarried respondents. Those in the control group remained unmarried across all waves, whereas those belonging to the treatment group were living in a non-married cohabiting relationship in wave 1 and got married to their cohabiting partner at some point during the first seven waves. Table 1 summarizes the analytical samples as well as the theoretical predictions derived from the marriage market hypothesis and the social obligation hypothesis. The study flow diagram in the Appendix gives an overview of omitted cases for each sample.

Table 1: Summary estimation samples and theoretical predictions

	Treatment	Control group	Prediction marriage market hypothesis	Prediction social obligation hypothesis
Sample 1	Transition single to dating	Continuous single	+	-
Sample 2	Transition dating to cohabitation	Continuous w/o (cohabiting) partner	+	+
Sample 3	Transition cohabitation to marriage	Continuous unmarried	+	/

Notes: “+” indicates weight gain; “/” indicates no weight change; “-” no prediction

In all analyses, respondents with less than two valid BMI observations were excluded, along with respondents with implausible values for the dependent variable.¹³

As the social facilitation of eating may be stronger among men (Herman/Roth/Polivy 2003: 875), and as physical appearance has been shown to be a more important factor in female attractiveness (Averett et al. 2008), I estimate separate models for women and men. Table 2 contains mean values and standard deviations of all variables for individuals belonging to one of the three treatment groups.

13 Cases with missing data for both dependent and independent variables were excluded from the sample, resulting in 3% of all cases being lost due to missing values. Missing data for BMI (4.27 percent of all cases) may be a source of bias, as item nonresponse on sensitive questions may be selective. However, only very few respondents gave no valid answer across all waves. As one can assume that respondents would rather not state their body weight while their weight was changing, I assume that results in this study are rather conservative.

Table 2: Mean and standard deviations (in parentheses) for individuals belonging to a treatment group

	Transition into Dating	Transition into Cohabitation	Transition into Marriage
BMI W1	21.92 (3.72)	23.09 (4.37)	24.46 (4.54)
BMI W3	22.64 (3.79)	23.70 (4.55)	25.10 (4.83)
BMI W5	23.16 (3.79)	24.03 (4.50)	25.55 (4.88)
BMI W7	23.55 (3.87)	24.47 (4.64)	25.74 (5.12)
Age	21.16 (5.87)	24.98 (6.71)	30.85 (4.95)
Labor force status: in education	50.07%	28.55%	5.89%
Labor force status: not employed	6.66%	9.01%	12.56%
Labor force status: employed	43.26%	62.44%	81.55%
No children	97.94%	89.88%	63.16%
Youngest child in the household: less than one year	0.17%	3.16%	10.63%
Youngest child in the household: less than three years	0.39%	2.79%	14.00%
Youngest child in the household: 3 years and older	1.51%	4.18%	12.20%
Currently pregnant (only female respondents)	-	1.64%	9.48%
Physically activity at least once a month	30.18%	40.30%	46.88%
Quit smoking	4.84%	5.25%	4.97%
Number of observations	5,434	2,154	1,664
Number of cases	1,660	603	463
Percent of all cases (starting sample)	21.11%	7.99%	5.89%

3.4 Results

First, I investigate how the transition into a romantic partnership affects BMI (Table 3). Surprisingly, there is a strong gender effect: women lose weight when beginning a new relationship, whereas men appear to gain weight. In the case of women's entry into romantic relationships, a BMI decrease of 0.18 kg/m^2 is associated. For men, a BMI increase of 0.14 kg/m^2 is observed.

Table 3: Fixed effects estimation results of transition to dating on BMI

BMI (kg/m ²)	Model 1		Model 2	
	Men	Women	Men	Women
Transition to dating	0.1429* (2.2256)	-0.1761* (-2.3825)	0.1348* (2.0992)	-0.1790* (-2.4029)
Labor force status (ref.: in education)				
<i>Not employed</i>	0.2345+ (1.8204)	0.7834** (3.2907)	0.2260+ (1.7504)	0.7825** (3.2951)
<i>Employed</i>	0.2087** (2.6610)	0.0602 (0.7624)	0.2020* (2.5767)	0.0593 (0.7540)
Age dummies	<i>included</i>	<i>included</i>	<i>included</i>	<i>included</i>
Youngest child in the household (ref.: no child)				
<i>Less than one year</i>		0.7801 (0.9496)		0.7456 (0.9014)
<i>Less than three years</i>		0.3774 (0.8934)		0.3614 (0.8533)
<i>Three years and older</i>		0.3239 (1.1014)		0.3234 (1.1037)
Quit smoking			0.2381 (1.3663)	0.1162 (0.4830)
Reduced activity level			0.1164 (1.4730)	0.0504 (0.5697)
Observations	5,868	4,242	5,868	4,242
Number of persons	1,834	1,350	1,834	1,350
Number of transitions	858	802	858	802
<i>R</i> ²	0.2383	0.1488	0.2392	0.1490

t statistics in parentheses

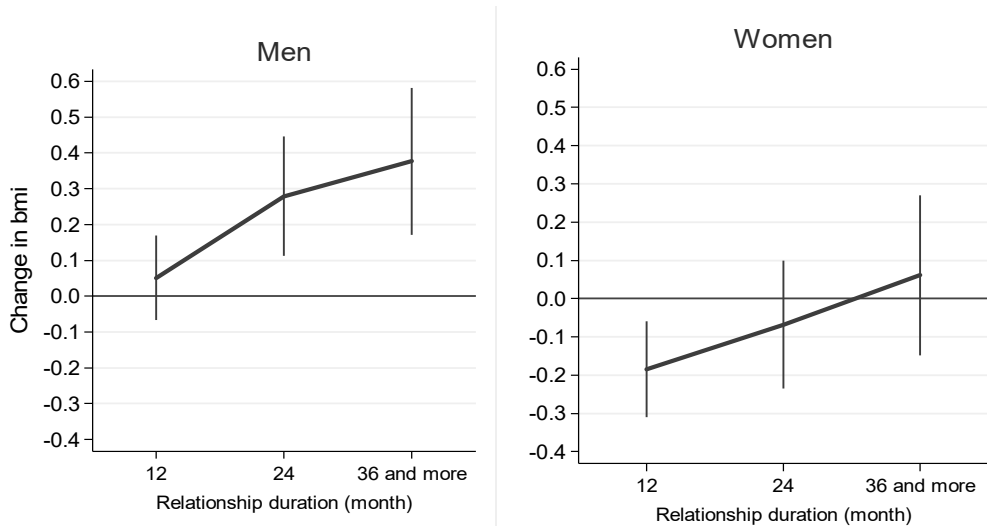
+ $p < 0.10$, * $p < 0.05$, ** $p < 0.01$, *** $p < 0.001$; panel robust standard errors are used.

To my knowledge, this result has not yet been reported, mainly as previous literature focused on marital transitions and did not consider the beginning of a non-cohabiting romantic relationship and its possible link to body weight changes. Yet the question arises as to how this result fits with the theoretical expectations described above. The social obligation hypothesis is related to dietary changes which occur due to the presence of a partner in a shared household. Although there is a clear suggestion of the result after moving in together with a partner, there is no specific prediction about the effect of an entry into a romantic relationship on body weight changes.¹⁴ The marriage market hypothesis, in contrast, suggests that body weight should rise with an increase in relationship stability. Hence, the positive association observed among men is in line with the marriage market hypothesis. What is less clear is the explanation for the negative effect observed among

14 However, one could assume that dietary habits might change from the beginning of a romantic relationship, as new couples spend increasingly more time together at common meals e. g. visiting restaurants or cooking together.

women. Figures 2 and 3 show the impact of relationship duration on body weight changes for both men and women.¹⁵

Figures 2 and 3: Relationship duration and change in BMI for men and women (90 % CI)



Weight loss among women occurred in the first year after entering into a relationship. Based on the assumption that women perceive their current figures to be heavier than what they believe men's preferences to be (Fallon/Rozin 1985: 104), it can be assumed that women attempt to lose body weight in order to become more attractive for their new romantic partners.¹⁶ Unlike the women in the sample, men's BMI values remained unchanged during the first year and only then began to increase.

In addition, as can be seen from Table 3, results show that changes in labor force status affect both men's and women's body weight in different ways: after becoming employed, men's BMI increases, whereas women's body weight increased when their labor force status changed to "Not employed". However, an interpretation of control as well as intervening variables must be carefully considered, in view of the restrictive estimation samples. Moreover, it should be noted, that the category "Not employed" includes re-

15 Figures 2 and 3 show the impact of relationship duration on BMI changes for men and women. The coefficients are based on the same model and the same sample selection as Model 1. Instead of transition into relationship status, I employ relationship duration measured in form of four categories spanning 12-month-intervals. I included each category as a binary variable to allow for maximum flexibility in the model. The figures were generated using the `coefplot` command in STATA (90% confidence interval).

16 An alternative explanation could be related to biological factors, as the process of falling in love is connected to hormonal changes which can result, among other things, in a reduction of appetite (Tarlaci 2012: 745). There are some indications that suggest gender differences in love (De Boer/Van Buel/Ter Horst 2012), and it is reasonable to assume that women might be more affected.

spondents who are currently employed as well homemakers.¹⁷ When adjusting for weekly physical activity and smoking behavior, the effect of a transition into a romantic relationship on body weight among men becomes somewhat smaller, whereas the effect among women slightly increased. This could suggest that weight changes occur due to changed dietary habits.

Next, I consider how respondent body weight changed after the transition to cohabitation. Table 4 shows that both men and women gain weight after entry into non-married cohabitation. The average BMI gain for men was 0.26 kg/m², for women 0.29 kg/m² after establishing a joint household.

As with the previous results, weight gain does not appear to be due to less exercise or a cease in smoking behavior, but probably rather to a change in eating habits as results change very little when considering both intervening variables.

Table 4: Fixed effects estimation results of transition to unmarried cohabitation on BMI

BMI (kg/m ²)	Model 3		Model 4	
	Men	Women	Men	Women
Transition to cohabitation	0.2634* (2.0547)	0.2998* (2.5145)	0.2566* (2.0110)	0.3012* (2.5318)
Labor force status (ref.: in education)				
<i>Not employed</i>	0.2111+ (1.8509)	0.6681*** (3.5407)	0.2063+ (1.8071)	0.6677*** (3.5391)
<i>Employed</i>	0.1416+ (1.9274)	0.0392 (0.5611)	0.1359+ (1.8500)	0.0361 (0.5182)
Age dummies	<i>included</i>	<i>included</i>	<i>included</i>	<i>included</i>
Youngest child in the household (ref.: no child)				
<i>Less than one year</i>	0.3431 (0.9012)	1.3135** (3.1714)	0.3052 (0.7975)	1.2808** (3.0793)
<i>Less than three years</i>	-0.1524 (-0.6872)	0.2976 (1.0924)	-0.1689 (-0.7549)	0.2771 (1.0203)
<i>Three years and older</i>	-0.0324 (-0.0850)	0.5129* (2.3757)	-0.0341 (-0.0902)	0.5064* (2.3567)
Currently pregnant		1.9552*** (4.3338)		1.9040*** (4.2695)
Quit smoking			0.1225 (0.8128)	0.2416 (1.2139)
Reduced activity level			0.1183+ (1.6851)	0.0619 (0.8707)
Observations	7,353	5,970	7,353	5,970
Number of persons	2,287	1,856	2,287	1,856
Number of transitions	272	356	272	356
R ²	0.2306	0.1685	0.2313	0.1691

t statistics in parentheses

+ $p < 0.10$, * $p < 0.05$, ** $p < 0.01$, *** $p < 0.001$; panel robust standard errors are used

¹⁷ When a more detailed measure for labor force status was used, results changed only slightly.

Finally, Table 5 presents the impact of the transition from unmarried cohabitation to marriage on BMI changes. Respondents who marry their cohabiting partner do not gain weight when controlling for age, labor force status, and age of the youngest child in the household. These results provide no evidence to support the marriage market hypothesis which predicts that couples will additionally gain weight after their wedding. In other words, individuals do not gain weight after marriage because they are no longer concerned about their body weight and thus allow their weight to rise.

Table 5: Fixed effects estimation results of transition from unmarried cohabitation to marriage on BMI

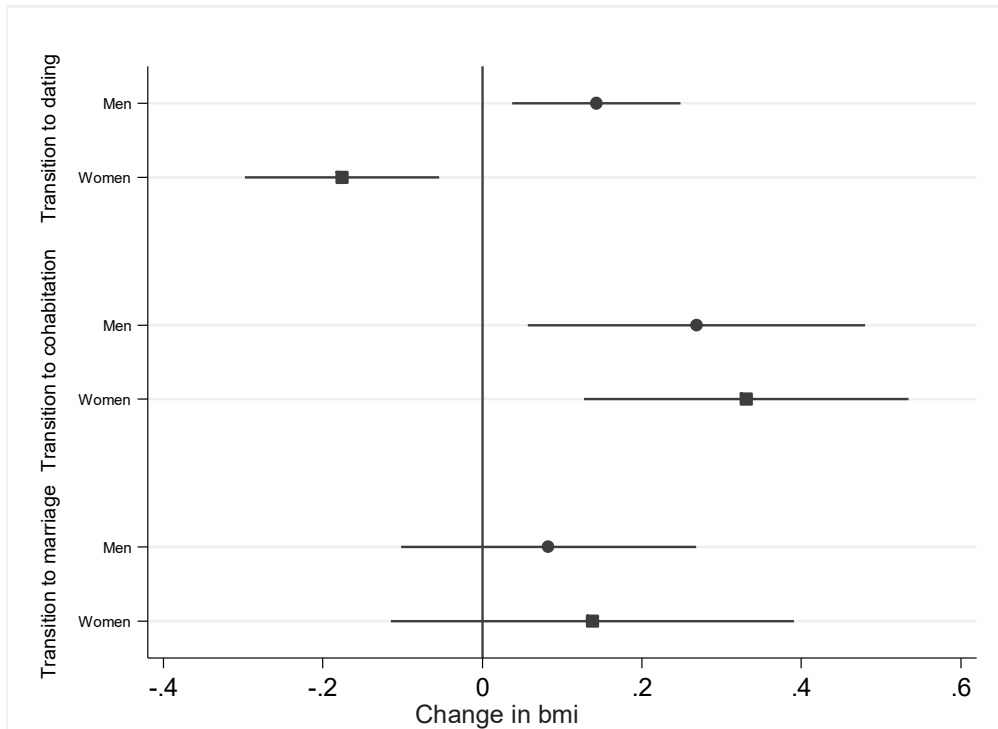
BMI (kg/m ²)	Model 5		Model 6	
	Men	Women	Men	Women
Transition to marriage	0.0660 (0.5738)	-0.0570 (-0.3767)	0.0715 (0.6231)	-0.0435 (-0.2884)
Labor force status (ref.: in education)				
<i>Not employed</i>	-0.1874 (-1.0477)	0.0707 (0.3574)	-0.1956 (-1.0980)	0.0623 (0.3131)
<i>Employed</i>	-0.3576** (-2.9304)	-0.4210** (-2.8138)	-0.3660** (-3.0222)	-0.4299** (-2.8311)
Age dummies	<i>included</i>	<i>included</i>	<i>included</i>	<i>included</i>
Youngest child in the household (ref.: no child)				
<i>Less than one year</i>	0.2186 (1.3376)	0.4051* (1.8403)	0.1671 (1.0149)	0.3357 (1.5177)
<i>Less than three years</i>	0.0556 (0.4488)	0.0952 (0.5450)	0.0209 (0.1688)	0.0734 (0.4204)
<i>Three years and older</i>	0.0851 (0.5366)	0.2040 (1.3797)	0.0748 (0.4717)	0.2036 (1.3817)
Currently pregnant		2.1816*** (9.7800)		2.1363*** (9.6723)
Quit smoking			0.2019 (1.4030)	0.3965* (2.0568)
Reduced activity level			0.2724** (3.2611)	0.0851 (0.9854)
Observations	3949	3250	3949	3250
Number of persons	1,195	989	1,195	989
Number of transitions	232	224	232	224
R^2	0.0988	0.1558	0.1034	0.1576

t statistics in parentheses

+ $p < 0.10$, * $p < 0.05$, ** $p < 0.01$, *** $p < 0.001$; panel robust standard errors are used

Figure 4 gives an overview of the main effects based on Model 1, Model 3, and Model 5 for men and women.

Figure 4: Overview main effects unit transitions based on Model 1, Model 3, and Model 5 (90 % CI)



5. Discussion

Using German panel data, the present study examines the impact of union transitions on body weight. Drawing on seven waves of *pairfam* data, I employ a fixed effects approach by investigating each unit transition as a singular event with rigorous treatment and control groups. Unlike previous research, I also consider the transition into non-cohabiting, unmarried dating relationships. Results show that men already begin to exhibit an increase in body weight after starting a new non-cohabiting relationship which was then followed by a transition to cohabitation. A different picture emerges for women. Results indicate that women lose weight within the first year of a relationship and then gain weight again after a transition into cohabitation. Respondents who marry their cohabiting partner do not gain or lose weight when controlling for age, labor force status, and age of the youngest child in the household.

This study is the first to demonstrate a gender effect regarding transitioning into a new relationship status and body weight changes. However, further research is necessary to confirm these results. Interpretations of these results should proceed with caution, in particular as the effects are quite small. However, results indicate that it is important to

differentiate between single respondents and respondents engaged in living apart together partnerships when analyzing the association between union/marital transition and body weight, as body weight seems to be affected by this first transition.

The main purpose was to investigate the transition into non-married cohabitation and the subsequent transition into marriage. According to the social obligation hypothesis, individuals gain weight when they enter into a non-married cohabiting relationship, whereas the marriage market hypothesis suggests additional weight gain after the entry into a legal marriage. Results show that the transition from unmarried cohabitation to married cohabitation is not associated with weight gain, neither for men nor for women. These results provide no evidence for the marriage market hypothesis as neither women nor men experienced an increase in BMI after marrying their cohabiting partner. According to these results, the question surfaces as to whether a perceived exit from the marriage market begins with a particular event such as marriage or cohabitation, or if it is a gradual process that coincides with an increase in relationship duration. The results also suggest that body weight gain results rather from changed eating habits than reduced weekly physical activity or a reduction in or cessation of smoking behavior (both variables have only a minimal influence on changes in body weight). This somewhat surprising result might be a reflection of the relatively young age of respondents in the data and the short time period considered, as well as the restrictive estimation samples. Hence, one substantial limitation of this study is that only short-term effects of union transitions could be examined. Results do not allow for conclusions on long-term weight changes and trajectories over the life course. Based on the first seven waves, it is not possible at present to estimate the cumulative effect of union transitions over the life course as there are very few individuals who experienced all transitions over the panel lifetime. Hence, it can not be ruled out that the positive effect on BMI for women after entry into cohabitation could be attributed to the previously observed weight loss at the beginning of the relationship.

In summary, union transitions appear to have some influence on body weight trajectories. Women lose weight within the first year of the relationship and gain weight after entering into a non-married cohabiting relationship, while men tend to gain weight from the very beginning of the partnership. Clearly, the transition from non-married cohabitation to marriage has no effect on body weight.

Further research should investigate whether these results can be reproduced using data from other countries in which unmarried cohabitation is more or less common. In addition, longitudinal studies on eating habits and physical activity could complement this research by examining the causality of the effects: is it e.g. more regular meals or a different choice of food due to a partner's preference, or rather physical activity (such as active travel) and sedentary behavior measured by accelerometers which play a role in weight loss or gain in periods of union transition.

Acknowledgement

This paper uses data from the German Family Panel pairfam, coordinated by Josef Brüderl, Karsten Hank, Johannes Huinink, Bernhard Nauck, Franz Neyer, and Sabine Walper. pairfam is funded as long-term project by the German Research Foundation (DFG). The author thanks Claudia Schmiedeberg and Madison Garrett for helpful comments.

References

- Averett, S. L., Sikora, A., & Argys, L. M. (2008). For better or worse: Relationship status and body mass index. *Economics & Human Biology*, 6, 3, pp. 330-349. doi:10.1016/j.ehb.2008.07.003.
- Berghöfer, A., Pischon, T., Reinhold, T., Apovian, C. M., Sharma, A. M., & Willich, S. N. (2008). Obesity prevalence from a European perspective: A systematic review. *BMC Public Health*, 8, 1, pp. 200. doi:10.1186/1471-2458-8-200.
- Bozoyan, C. & Wolbring, T. (2016). The usefulness of directed acyclic graphs: What can dags contribute to a residual approach to weight-related income discrimination? *Schmollers Jahrbuch*, 135, 1, pp. 83-96. doi:10.3790/schm.135.1.83.
- Brüderl, J. & Ludwig, V. (2015). Fixed-effects panel regression. In: Best, H. & Wolf, C. (Eds.), *The Sage handbook of regression analysis and causal inference*. Thousand Oaks: Sage, pp. 327-357. <http://www.gbv.de/dms/zbw/773340963.pdf>.
- Brüderl, J., Hank, K., Huinink, J. et al. (2017). *The German Family Panel (pairfam)*. GESIS Data Archive, Cologne. ZA5678 Data file Version 8.0.0. doi: 10.4232/pairfam.5678.8.0.0.
- Carmalt, J. H., Cawley, J., Joyner, K., & Sobal, J. (2008). Body weight and matching with a physically attractive romantic partner. *Journal of Marriage and Family*, 70, 5, pp. 1287-1296. doi:10.1111/j.1741-3737.2008.00566.x.
- Carr, D. & Friedman, M. A. (2005). Is obesity stigmatizing? Body weight, perceived discrimination, and psychological well-being in the United States. *Journal of Health and Social Behavior*, 46, 3, pp. 244-259. doi:10.1177/002214650504600303.
- Cole, T. J., Bellizzi, M. C., Flegal, K. M., & Dietz, W. H. (2000). Establishing a standard definition for child overweight and obesity worldwide: International survey. *BMJ*, 320, 7244, pp. 1240-1243. doi:10.1136/bmj.320.7244.1240.
- De Boer, A., Van Buel, E. M., & Ter Horst, G. J. (2012). Love is more than just a kiss: A neurobiological perspective on love and affection. *Neuroscience*, 201, pp. 114-124. doi:10.1016/j.neuroscience.2011.11.017.
- Dinour, L., Leung, M. M., Tripicchio, G., Khan, S., & Yeh, M.-C. (2012). The association between marital transitions, body mass index, and weight: A review of the literature. *Journal of Obesity*, 2012, 16 pages. doi.org/10.1155/2012/294974.
- Duncan, G. J., Wilkerson, B., & England, P. (2006). Cleaning up their act: The effects of marriage and cohabitation on licit and illicit drug use. *Demography*, 43, 4, pp. 691-710. doi:10.1353/dem.2006.0032.
- Elwert, F. & Winship, C. (2014). Endogenous selection bias: The problem of conditioning on a collider variable. *Annual Review of Sociology*, 40, pp. 31-53. doi:10.1146/annurev-soc-071913-043455.
- Eng, P. M., Kawachi, I., Fitzmaurice, G., & Rimm, E. B. (2005). Effects of marital transitions on changes in dietary and other health behaviours in US male health professionals. *Journal of Epidemiology and Community Health*, 59, 1, pp. 56-62. doi:10.1136/jech.2004.020073.
- Fallon, A. E. & Rozin, P. (1985). Sex differences in perceptions of desirable body shape. *Journal of Abnormal Psychology*, 94, 1, pp. 102-105. <http://psycnet.apa.org/buy/1985-14553-001>.
- Frisco, M. L., Weden, M. M., Lippert, A. M., & Burnett, K. D. (2012). The multidimensional relationship between early adult body weight and women's childbearing experiences. *Social Science & Medicine*, 74, 11, pp. 1703-1711. doi:10.1016/j.socscimed.2011.08.018.

- Garfield, C. F., Duncan, G., Gutina, A., et al. (2015). Longitudinal study of body mass index in young males and the transition to fatherhood. *American Journal of Men's Health*, pp. NP158-NP167. doi:10.1177/1557988315596224.
- Goldstein, J., Kreyenfeld, M., Huinink, J. et al. (2010). *Familie und Partnerschaft in Ost- und Westdeutschland: Ergebnisse im Rahmen des Projektes „Demographic Differences in Life Course Dynamics in Eastern and Western Germany“*. Rostock: Max-Planck-Institut für demografische Forschung. https://www.demogr.mpg.de/files/press/1832_familie_und_partnerschaft_ost_west.pdf.
- Gorber, S. C., Tremblay, M., Moher, D., & Gorber, B. (2007). A comparison of direct vs. Self-report measures for assessing height, weight and body mass index: A systematic review. *Obesity Reviews*, 8, 4, pp. 307-326. doi:10.1111/j.1467-789X.2007.00347.x.
- Harris, K. M., Lee, H., & DeLeone, F. Y. (2010). Marriage and health in the transition to adulthood: Evidence for African Americans in the Add Health Study. *Journal of Family Issues*, 31,8, pp. 1106-1143. doi:10.1177/0192513X10365823.
- Herman, C. P., Roth, D. A., & Polivy, J. (2003). Effects of the presence of others on food intake: A normative interpretation. *Psychological Bulletin*, 129, 6, pp. 873-886. doi:10.1037/0033-2909.129.6.873.
- Hetherington, M. M., Anderson, A. S., Norton, G. N. M., & Newson, L. (2006). Situational effects on meal intake: A comparison of eating alone and eating with others. *Physiology & Behavior*, 88, 4-5, pp. 498-505. doi:10.1016/j.physbeh.2006.04.025.
- Heuveline, P. & Timberlake, J. M. (2004). The role of cohabitation in family formation: The United States in comparative perspective. *Journal of Marriage and Family*, 66, 5, pp: 1214-1230. doi:10.1111/j.0022-2445.2004.00088.x.
- Homish, G. G. & Leonard, K. E. (2005). Spousal influence on smoking behaviors in a us community sample of newly married couples. *Social Science & Medicine*, 61, 12, pp. 2557-2567. doi:10.1016/j.socscimed.2005.05.005.
- Klein, T. (2011). „Durch dick und dünn.“ Zum Einfluss von Partnerschaft und Partnermarkt auf das Körpergewicht. *KZfJSS Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 63, 3, pp. 459-79. doi:10.1007/s11577-011-0143-4.
- Klein, T., Rapp, I. & Schneider, B. (2013). Der Einfluss der partnerschaftlichen Lebensform auf Rauchverhalten und Körpergewicht. *Comparative Population Studies – Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft*, 38, pp. 649-72. doi:10.4232/10.CPoS-2013-13de.
- Kohn, J. L. & Averett, S. L. (2014). The effect of relationship status on health with dynamic health and persistent relationships. *Journal of Health Economics*, 36, pp. 69-83. doi:10.1016/j.jhealeco.2014.03.010
- Kopelman, P. G. (2000). Obesity as a medical problem. *Nature*, 404, 6778, pp. 635-643. doi:10.1038/35007508.
- Lee, S., Cho, E., Grodstein, F., Kawachi, I., Hu, F. B., & Colditz, G. A. (2005). Effects of marital transitions on changes in dietary and other health behaviours in US women. *International Journal of Epidemiology*, 34, 1, pp. 69-78. doi:10.1093/ije/dyh258.
- Lundborg, P., Nystedt, P., & Lindgren, B. (2007). Getting ready for the marriage market? The association between divorce risks and investments in attractive body mass among married europeans. *Journal of Biosocial Science*, 39, 4, pp. 531-544. doi:10.1017/S0021932006001611.
- Marshall, D. W. & Anderson, A. S. (2002). Proper meals in transition: Young married couples on the nature of eating together. *Appetite*, 39, 3, pp. 193-206. doi: 10.1006/appe.2002.0507.
- Mata, J., Frank, R., & Hertwig, R. (2015). Higher body mass index, less exercise, but healthier eating in married adults: Nine representative surveys across europe. *Social Science & Medicine*, 138, pp. 119-127. doi:10.1016/j.socscimed.2015.06.001.
- McLaren, L. (2007). Socioeconomic status and obesity. *Epidemiologic Reviews*, 29, 1, pp. 29-48. doi:10.1093/epirev/mxm001.
- Mensink, G. B. M., Schienkiewitz, A., Haftenberger, M., Lampert, T., Ziese, T., & Scheidt-Nave, C. (2013). Übergewicht und Adipositas in Deutschland. *Bundesgesundheitsblatt-Gesundheitsfor-*

- schung-Gesundheitsschutz*, 56, 5-6, pp. 786-794.
http://www.gbe-bund.de/pdf/DEGS1_Uebergewicht_Adipositas.pdf.
- Mikkelsen, K. L., Heimann, B. L., Keiding, N., & Sorensen, T. I. A. (1999). Independent effects of stable and changing body weight on total mortality. *Epidemiology*, 10, 6, pp. 671-78.
<http://www.jstor.org/stable/3703506>.
- Mukhopadhyay, S. (2008). Do women value marriage more? The effect of obesity on cohabitation and marriage in the USA. *Review of Economics of the Household*, 6, 2, pp. 111-126.
 doi:10.1007/s11150-007-9025-y.
- Ng, S. P., Korda, R., Clements, M., et al. (2011). Validity of self-reported height and weight and derived body mass index in middle-aged and elderly individuals in Australia. *Australian and New Zealand Journal of Public Health*, 35, 6, pp. 557-563. doi:10.1111/j.1753-6405.2011.00742.x.
- Nomaguchi, K. M. & Bianchi, S. M. (2004). Exercise time: Gender differences in the effects of marriage, parenthood, and employment. *Journal of Marriage and Family*, 66, 2, pp. 413-430.
 doi:10.1111/j.1741-3737.2004.00029.x.
- Ogden, C. L., Carroll, M. D., Curtin, L. R. et al. (2006). Prevalence of overweight and obesity in the United States, 1999-2004. *JAMA*, 295, 13, pp. 1549-55. doi:10.1001/jama.295.13.1549.
- Oppenheimer, V. K. (1988). A theory of marriage timing. *American Journal of Sociology*, pp. 563-591.
 doi:10.1086/229030.
- Perelli-Harris, B., Kreyenfeld, M., Sigle-Rushton, W. et al. (2012). Changes in union status during the transition to parenthood in eleven European countries, 1970s to early 2000s. *Population Studies*, 66, 2, pp. 167-182. doi:10.1080/00324728.2012.673004.
- Puhl, R. & Brownell, K. D. (2001). Bias, discrimination, and obesity. *Obesity Research*, 9, 12, pp. 788-805. doi:10.1038/oby.2001.108.
- Rapp, I. & Schneider, B. (2013). The impacts of marriage, cohabitation and dating relationships on weekly self-reported physical activity in Germany: A 19-year longitudinal study. *Social Science & Medicine*, 98, pp. 197-203. doi:10.1016/j.socscimed.2013.09.024.
- Rauschenbach, B., Sobal, J., & Frongillo, E. A. (1995). The influence of change in marital status on weight change over one year. *Obesity Research*, 3, 4, pp. 319-27.
 doi:10.1002/j.1550-8528.1995.tb00157.x.
- Schmeer, K. K. (2012). Union transitions and changes in BMI among adults in Mexico. *Journal of Health and Social Behavior*, 53, 2, pp. 263-275. doi:10.1177/0022146512445898.
- Shafer, E. F. (2010). The effect of marriage on weight gain and propensity to become obese in the African American community. *Journal of Family Issues*, 31, 9, pp. 1166-1182.
 doi:10.1177/0192513X10366006.
- Sobal, J., Rauschenbach, B., & Frongillo, E. A. (2003). Marital status changes and body weight changes: A US longitudinal analysis. *Social Science & Medicine*, 56, 7, pp. 1543-1555.
 doi:10.1016/S0277-9536(02)00155-7.
- Tarlaci, S. (2012). The brain in love: Has neuroscience stolen the secret of love? *NeuroQuantology*, 10, 4, pp. 744-753. doi:10.14704/nq.2012.10.4.581.
- Teachman, J. (2016). Body weight, marital status, and changes in marital status. *Journal of Family Issues*, 37, 1, pp. 74-96. doi:10.1177/0192513X13508404.
- The, N. S. & Gordon-Larsen, P. (2009). Entry into romantic partnership is associated with obesity. *Obesity*, 17, 7, pp. 1441-1447. doi:10.1038/oby.2009.97.
- Umberson, D. (1992). Gender, marital status and the social control of health behavior. *Social Science & Medicine*, 34, 8, pp. 907-917.
https://s3.amazonaws.com/academia.edu.documents/42053939/Umberson_1992_SSM.pdf?AWSAccessKeyId=AKIAIWOWYYGZ2Y53UL3A&Expires=1535557844&Signature=u5THeu57GTE%2BWmXHaeinXPcDHPQ%3D&response-content-disposition=inline%3B%20filename%3DGender_marital_status_and_the_social_con.pdf.
- Umberson, D., Liu, H., & Powers, D. (2009). Marital status, marital transitions, and body weight. *Journal of Health and Social Behavior*, 50, 3, pp. 327-343. doi:10.1177/002214650905000306.

- Umberson, D., Liu, H., Mirowsky, J., & Reczek, C. (2011). Parenthood and trajectories of change in body weight over the life course. *Social Science & Medicine*, 73, 9, pp. 1323-1331. doi:10.1016/j.socscimed.2011.08.014.
- Wadsworth, T. & Pendergast, P. M. (2014). Obesity (sometimes) matters: The importance of context in the relationship between obesity and life satisfaction. *Journal of Health and Social Behavior*, 55, 2, pp. 196-214. doi:10.1177/0022146514533347.
- Wilson, C. M. & Oswald, A. J. (2005). How does marriage affect physical and psychological health? A survey of the longitudinal evidence. *IZA Discussion Paper No. 1619*. https://papers.srn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=735205.
- Wilson, S. E. (2012). Marriage, gender and obesity in later life. *Economics & Human Biology*, 10, 4, pp. 431-453. doi:10.1016/j.ehb.2012.04.012.
- Wu, Z. & Hart, R. (2002). The effects of marital and nonmarital union transition on health. *Journal of Marriage and Family*, 64, 2, pp: 420-432. doi:10.1111/j.1741-3737.2002.00420.x.

Submitted on/Eingereicht am: 27.11.2017

Accepted on/Angenommen am: 03.07.2018

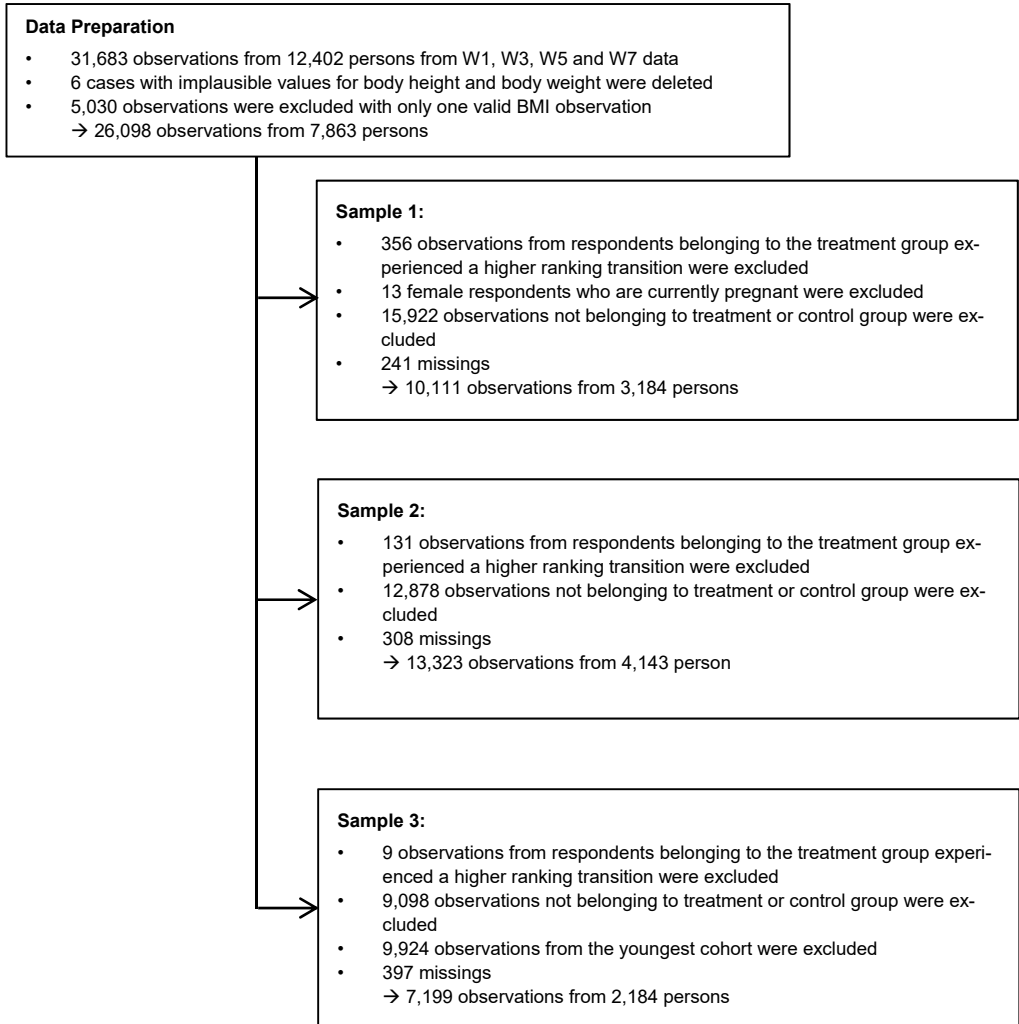
Anschrift der Autorin/Address of the author:

Bernadette Huyer-May, Diplom-Soziologin
Institut für Soziologie
Ludwig-Maximilians-Universität München
Konradstraße 6
80801 München
Germany/Deutschland

Email/E-Mail: Bernadette.Huyer-May@soziologie.uni-muenchen.de

Appendix

Figure A1: Study flow diagram



Olga Grünwald

How do family relations influence interethnic partner choices? The role of cohesion, affection and diversity in native and migrant families *

Wie beeinflussen Familienbeziehungen die interethnische Partnerwahl? Die Rolle kohäsiver, affektiver und heterogener Beziehungen in einheimischen und eingewanderten Familien

Abstract:

Despite the well-documented effect of parental attitudes and their socioeconomic status on interethnic partnerships, little is known about how family relations are associated with interethnic partner choices. The present study investigates whether cohesive and affective family ties as well as the family structure is connected to interethnic partnerships. Based on data from wave five of the German Family Panel (pairfam), I estimate logistic regression models for natives and migrants separately. Results indicate that for natives, cohesive and affective relations are not connected to interethnic partnerships. For migrants, cohesive relations have a detrimental effect on being in an interethnic partnership. Overall, these findings suggest that family processes may help to understand why some migrant groups are more likely to be in an interethnic union than others.

Keywords: interethnic partner choice, family relation, migrant

Zusammenfassung:

Obwohl der Zusammenhang von Charakteristika der Eltern und ihren Einstellungen gegenüber interethnischen Partnerschaften häufig erforscht wurde, ist die Rolle der Familienbeziehungen unklar. Die vorliegende Studie untersucht den Effekt von kohäsiven, affektiven und diversen Familienbeziehungen auf interethnische Partnerschaften. Basierend auf den Daten der fünften Welle des Deutschen Familienpanels (pairfam) schätze ich logistische Regressionsmodelle für Einheimische und Migranten. Die Ergebnisse zeigen, dass für Einheimische kohäsive und affektive Beziehungen die Partnerwahl nicht betreffen. Bei Migranten wirken hingegen kohäsive Beziehungen negativ auf die interethnische Partnerwahl. Diese Ergebnisse deuten darauf hin, dass Familienbeziehungen wichtig sind um Unterschiede zwischen Migranten in interethnischen Partnerschaften zu verstehen.

Schlagwörter: interethnische Partnerschaft, Familienbeziehungen, Migranten

* A previous version of this paper was submitted as a term paper in pursuit of a Master's degree.

Introduction

Marriage is the most intimate form of a social relationship (Kalmijn 1998; Song 2009) and thus, marriages between members of different ethnic and cultural groups – i.e., interethnic marriages – are often associated with close social interactions across these groups (Qian/Lichter 2001; Lichter et al. 2007; Song 2009). Interethnic marriage links the families, friends, and lives of natives and migrants and is therefore considered to indicate natives' and migrants' mutual acceptance as social equals (Lichter et al. 2007). Gordon (1964) suggests that intermarriage is the final step in the social integration process of immigrant populations. In order to understand how and why members of different ethnic groups intermarry, Kalmijn (1998) proposes that the interethnic partner choice depends next to preferences for specific characteristics of the future spouse and the possibility to meet potential partners on third parties such as the family. However, our understanding of how the relationship to one's family affects interethnic partner choice is limited. This raises the following question: to what extent and how can cohesive, affective and diverse family ties explain interethnic partner choices?

Many studies confirm that the family plays a relevant role in interethnic partner choices (e.g., Kalmijn/van Tubergen 2006; van Zantvliet et al. 2014; Carol 2015). Attitudes toward interethnic partnerships are formed in the family context (Huijnk/Liefbroer 2012; Carol 2013a; Huijnk et al. 2013) and transmitted from one generation to the next. For instance, Carol (2013b) studies parental and children's attitudes toward interethnic partnerships simultaneously and finds that children's attitudes toward interethnic partnerships are negative if parents' preferences for coethnic partnerships are strong. Huijnk and colleagues highlight the role of family relations in the formation of attitudes towards interethnic partnerships (Huijnk et al. 2010; Huijnk/Liefbroer 2012; Huijnk et al. 2013). Members of close and cohesive families possess negative attitudes towards members of other ethnic groups as close kin by marriage. In turn, warm and affective family relations lead to more tolerance for interethnic partnerships. Despite the vast amount of research on the link between parental characteristics and children's interethnic partnerships, Steinbach/Hank (2016) point out that the effect of family relations on partner choice remains understudied.

The present study takes up the perspective that family relations influence and transmit attitudes toward interethnic partnerships and takes it further by studying the effect of family functioning on the actual interethnic partner choice. I set out the following research question: Are cohesive, affective, and diverse family relations linked to the interethnic partner choice? I am interested in whether the relationship to parents and siblings is connected to interethnic partner choices. To answer this question, I use data from the German Family Panel (pairfam) and study the effect of cohesive, affective, and diverse relations to parents and siblings on interethnic partner choice in Germany. Given the wide range of migrants from different countries who differ in their family relations from native Germans, I study the influence of family relations on interethnic partner choices for native Germans and migrants separately.

The German immigration history is characterized by a first inflow of migrants from Italy, Spain, Greece, Turkey and former Yugoslavia. They were recruited as guest workers in the mid-1960s to offset labor shortages due to economic growth after the Second

World War. In the early 1990s, another migration wave began when ethnic Germans (*Aussiedler*) from the former Soviet Union and refugees from the Yugoslav Wars came to Germany. Today, one in five persons in Germany has a migration background and the largest migrant groups come from Turkey, Poland, Russia, and Italy (Statistisches Bundesamt 2017).

Theoretical framework

Why are some people more likely to intermarry than others? Individual preferences, opportunity structure, and third parties are prominent factors in answering this question (Kalmijn 1998). The partner choice is dominated by a preference for homophily which means that individuals prefer to marry someone who is similar to themselves. Individual preferences refer not only to specific socioeconomic preferences (e.g., educational background) but as well to cultural resources such as shared attitudes and values. The interethnic partner choice also depends upon the meeting opportunities of natives and migrants. The size, geographical distribution, and sex ratio of the own cultural group determines the pool of potential coethnic partners and thus, the chance to find a coethnic or interethnic partner. For example, members of large ethnic groups have a larger pool of potential coethnic partners than members of small ethnic groups. Thus, members from large ethnic groups are more often married to each other while members of small groups are more often married to members from other groups (Schroedter 2013). Moreover, interethnic partner choices are dependent upon third parties. Third parties are situated outside the couple and have an effect on the individual's partner choice. The family, church, or state are prominent third parties; they prefer in-group to out-group members in order to facilitate the transmission of cultural values and norms (Dribe/Lundh 2011) and to ensure solidarity between members (Huijnk et al. 2013).

Looking more closely on the effect of families on interethnic partner choices, the transmission of cultural values and norms (Dribe/Lundh 2011; Munniksma et al. 2012; Carol 2013a) and family solidarity (Huijnk et al. 2013) may be endangered if members of other cultural groups are part of the family. For example, culture-specific traits may not be transmitted to the next generation and family solidarity may be endangered if two persons with different origin marry. Family relations are more intense (Nauck/Suckow 2006) and are more critical in descent kinship regimes than in affinal kinship regimes (Nauck 2001). The partner choice concerns the whole family in descent kinship regimes, whereas it is an individual matter in affinal kinship regimes. More specifically, non-Western countries (e.g., Turkey) are often categorized as descent kinship regimes while Germany and other Western countries are categorized as affinal kinship regimes. Munniksma et al. (2012) study ethnic group differences in parental acceptance of their children's intimate out-group relations in the Netherlands and show that Dutch parents are more likely to accept their children's interethnic partner choice than Turkish and Moroccan parents are. The authors attribute it, among others, to hampering the intergenerational transmission of cultural values.

Given the differences in family functioning, it is essential to study the effect of family ties on interethnic partner choices separately for natives and migrants. For migrant families, and particularly for migrant parents, migration represents a discontinuity in the

transmission process of values and norms (Berry 1992). Transmission processes from parents to their children (i.e., vertical/intergenerational transmission) compete with the transmission process among peers (i.e., horizontal transmission). Parents transfer culture-specific traits, values, and norms from the country of origin while peers are responsible for the transmission of values and norms of the host country. Horizontal and vertical transmission may stand in competition with one another. Thus, migrant parents may experience the transfer as more difficult but at the same time as more critical than native parents (Phalet/Schönpflug 2001). As a result, migrant parents intensify horizontal transmission to ensure that children internalize these values next to the ones from the host country.

Why and how do families affect the interethnic partner choice? Kalmijn (1998) proposes that group identification and group sanctions are the two underlying mechanisms. The first refers to a sense of belonging to a social group and solidarity towards that group. A strong sense of group identification has a detrimental effect on interethnic partner choice because individuals have internalized group norms of endogamy (see Hughes et al. 2006 for a review on racial and ethnic socialization mechanisms). The group identification itself depends on the diversity of the group's network; Kalmijn (1998) suggests that group identification and solidarity will be stronger if younger generations grow up in a homogenous network. The second mechanism suggests that individuals may still marry within their social group despite low levels of group identifications because they fear group sanctions. In the family context, sanctions refer to the withdrawal of support or advice (Hohmann-Marriott/Amato 2008). Research indicates that parents play a major role in their children's partner choices despite low parental control in most Western countries (Carol 2015). Van Zantvliet et al. (2014) point out that even though parental control decreases when children grow up, this does not concern partner preferences and choices. This explains why interethnic partnerships are rare if parental attitudes toward members from other cultural groups as close kin by marriage are negative.

Group identification and group sanctions indicate that the relation between parents and children, as well as the family in general, influence the partner choice in terms of the partner's cultural background (Huijnk/Liefbroer 2012; Huijnk et al. 2013). In this case, cohesive families are characterized by strong norms of family obligation and frequent contact with family members (Silverstein/Bengtson 1997). The family may exclude out-group members to ensure cohesion. Therefore, family members may be less likely to accept a member of another ethnic group as close kin by marriage. The maintenance of cohesive ties may be particularly pronounced in migrant families, since otherwise, the transmission of culture-specific traits may be endangered. Chances of an interethnic partner choice may decrease as a result of cohesive family ties. I thus expect cohesive family relations, as indicated by contact frequency and proximity, to reduce the likelihood of being in an interethnic partnership for natives and migrants (*Hypothesis 1*).

In contrast to the closing nature of cohesive families, indicators of family warmth like emotional closeness and feelings of affection increase the acceptance of members from other ethnic groups as close kin by marriage (Huijnk et al. 2013). Similarly, strong and emotionally supportive family relations make families more tolerant towards out-group members as future family members (Glanville/Paxton 2007). This type of relationship increases levels of generalized trust (ibid.) that has been linked to more positive attitudes toward other ethnic groups (Huijnk/Liefbroer 2012). Given that positive attitudes toward

other ethnic groups increase the chances of interethnic partner choices, I expect that affective family relations increase the likelihood of an interethnic partner choice for natives and migrants (*Hypothesis 2*).

The family structure determines relationships of family members (Silverstein/Giarrusso 2010; van der Pas et al. 2013) that in turn may affect the interethnic partner choice. In her study on parent-child contact in different family structures, Steinbach (2013) indicates that the diversification of familial structures reduces levels of family cohesion, both in native and migrant families; most contact prevails in families with both biological parents in a partnership compared to those parents who have a new partner or no partner. Huijnk et al. (2013) show that attitudes towards ethnic minorities as close kin by marriage are more favorable in bigger families. In the vein of intermarriages and stepfamilies, cohesive bonds are already weakened which may lead to openness towards other ethnic groups as kin by marriage. In that case, interethnic partnerships in traditional families are less likely than in structurally diverse families particularly among migrants (*Hypothesis 3*).

Data, operationalization, and analytic strategy

Data

To investigate how family relations are associated with the interethnic partner choice I draw on data from the German Family Panel (pairfam; Brüderl et al. 2016). Pairfam is a multidisciplinary longitudinal study in Germany. It gathers annual information on the development of people's way of living, their partnerships, parenthood, and intergenerational relationships. Participants born in one of the three cohorts 1991-1993, 1981-1983, and 1971-1973 were drawn randomly from all persons living in private households in Germany. The sample is proportional to the German population, and thus, the share of migrants is not larger than the share in the entire German population. The interview is conducted only in German. Persons with insufficient German language skills were not able to participate in the survey. In effect, the number of persons with a migration background is low. That is, in the first wave, around 13 percent of the original sample are migrants (N=1,637) whereas the share of migrants in Germany is about 20 percent. Despite the low number of migrants in pairfam, the main advantage of the data is the availability of rich data on partnerships and family relations. Other surveys like the Generations and Gender Survey draw an additional sample of migrants (Turkish subsample for Germany) but are limited to few objective questions on parent-child relations and have no detailed questions on intergenerational solidarity or sibling relationships.

For the analysis, I rely on data from wave five that was collected from 2012 to 2013. This wave introduces questions on the country of birth of the respondent's parents and the partner's parents. The initial sample consists of 7,245 respondents of which nine percent are migrants. The analytical sample includes respondents who are in a partnership (N= 5,025) and of whom at least one parent is alive and in contact (N=4,743). To account for missing data, I use single stochastic regression imputation (Enders 2010: 46-49). In total, I analyze how family relations relate to interethnic partnerships for 3,873 natives and 870 migrants.

Operationalization

The dependent variable of this study is interethnic partnership. Respondents are in an interethnic partnership if their cultural background is different from their partner's cultural background. I use the respondent's and parent's country of birth to identify the cultural background and migration status (i.e., native German, first-generation migrant, descendants of immigrants). I group respondents who are born in Germany and whose parents are born in Germany as native Germans. Those, who are born in another country than Germany and whose parents are not born in Germany are classified as first-generation migrants. Their cultural background is considered equal to their country of birth. Descendants of immigrants are respondents who are born in Germany but whose parents are not. In that case, their cultural background is considered similar to their parent's country of birth. The mother's country of birth is used to indicate the respondent's cultural background when parents are not born in the same country. However, the respondent's cultural background is considered equal to the father's country of birth if the mother is born in Germany and the father is not. Furthermore, I group countries with somewhat similar cultural backgrounds (e.g., countries from former Yugoslavia or the former Soviet Union) into one category.

Cohesive, affective and diverse family relations are the main predictors of interethnic partnerships in this study. Cohesive and affective ties refer respectively to the average relationship between respondents and their family members – i.e., mother, father, and siblings. I use contact frequency and proximity to family members to measure cohesive ties. Contact frequency is measured by the question “How often are you in contact with your [family member], adding up all visits, letters, phone calls, etc.?” and response categories range from daily to never on a seven-point scale. Proximity is measured by the timely distance to family members using the question “How much time do you need to get to your [family member]’s dwelling?” with response categories on a six-point scale ranging from “we live in the same house” to “3 hours and more”. The construct of emotional closeness measures affective relations with the question “How close do you feel to your [family member] today emotionally” on a 5-point scale ranging from not at all close to very close. Given the different range of response categories of these three constructs, I norm the variables so that values range from zero to one with higher values indicating stronger relations. Diverse family relations capture the family structure of respondents and are classified into (1) traditional family relations where respondent's parents are married and share a household, (2) stepfamily where the respondent has at least one stepparent, and thus, parents are not in a relationship, and at least one parent has a partner, and (3) separated family where respondent's parents are not in a relationship and neither of the parents has a new partner.

The control variables used in the analyses cover respondents sociodemographic characteristics (gender, age, and tertiary education), religious identification (no religion, Christian, Islam, other) and frequency of praying. I add a variable measuring the size of the area in that the respondent lives to control for opportunity structure of interethnic partner choices. Lastly, I include a dummy for the migrant generation (first generation migrant, descendants of immigrants) in the models for the interethnic partner choices of migrants. Table 1 shows the characteristics of the sample differentiated by migrant status.

Table 1: Sample characteristics

	Natives		Migrants		min	max
	Mean	SD	Mean	SD		
Interethnic union	0.13	0.34	0.60	0.49	0	1
Contact	0.72	0.18	0.72	0.17	0	1
Proximity	0.53	0.24	0.46	0.26	0	1
Affection	0.72	0.17	0.74	0.17	0	1
Married parents	0.60	0.49	0.63	0.48	0	1
Parent with partner	0.26	0.44	0.18	0.38	0	1
Parent no partner	0.15	0.35	0.20	0.40	0	1
Age	31.65	7.94	32.15	7.87	0	42
Female	0.56	0.50	0.61	0.49	0	1
High education	0.29	0.45	0.31	0.46	0	1
No religion	0.40	0.49	0.26	0.44	0	1
Christian	0.59	0.49	0.49	0.50	0	1
Islam	0.00	0.05	0.16	0.36	0	1
Other religion	0.01	0.11	0.10	0.30	0	1
Frequency praying	5.06	1.07	4.72	1.36	0	6
Size municipality	3.91	1.67	4.54	1.70	1	7
Native born	1.00	0.00	0.00	0.00	0	1
1st gen. migrant			0.51	0.50	0	1
Migrant descendants			0.49	0.50	0	1

Analytic Strategy

Logistic regression models are run to answer whether and how cohesive, affective and diverse family relations are linked to the interethnic partner choice because the dependent variable is dichotomous – coethnic versus an interethnic partnership. In total, I run three separate models: (1) native Germans having a partner with a migration origin in comparison to being in a partnership with another native German, (2) migrants having a native German partner in contrast to having a partner with the same cultural origin as themselves, and (3) migrants having a migrant partner but from a different migrant group than themselves compared to having a partner from the same migrant group.

Given that in logistic regression models, the logits or odds ratios are non-additive, non-comparable and challenging to interpret intuitively, average marginal effects (AME) are shown instead. AMEs refer to the average effect on the probability of observing the outcome variable holding all other values constant. That is, AMEs indicate by how many percentage points the effect of an independent variable x on the dependent variable changes if x increases by one unit. The advantage of AMEs is that it is possible to interpret the strength of the effect and to compare it between models.

Results

Before delving into how family ties are linked to the interethnic partner choice, I first explore with whom natives and migrants are in a partnership. Table 2 demonstrates the share of coethnic and interethnic partnerships. A high percentage of native Germans is in a partnership with another native German whereas only 13 percent are in an interethnic partnership. This pattern is different for some migrants where the share of interethnic

partnerships is higher than the share of coethnic partnerships such as for migrants from Poland. For migrants from Turkey and the former Soviet Union, the share of coethnic unions is higher than the share of interethnic unions. For all migrant groups, the share of partnerships with another migrant group is the lowest.

Table 2: Share and type of interethnic partnerships (in %)

	Natives (N=3,873)		Migrants (N=870)			N
	1	2	1	2	3	
German	87.40					
Turkey		0.67	74.58	16.95	8.47	118
Repatriates		1.06	65.24	25.67	9.09	187
Poland		3.18	22.36	65.22	12.42	161
Southern Europe		0.85	17.14	62.86	20.00	35
(South) Eastern Europe		1.37	26.75	54.14	19.11	157
North, West, Central Europe		0.83	10.47	68.60	20.93	86
Middle East, Hindu Kush		0.18	47.62	30.95	21.43	42
Asia		0.34	39.29	50.00	10.71	28
North America		0.23	0.00	69.23	30.77	13
Central and South America		0.39	20.00	55.00	25.00	20
Africa		0.44	40.91	40.91	18.18	22
Other		3.07	0.00	0.00	100.00	1

Note: (1)=coethnic partnership between natives; (2)=interethnic partnership between native and migrant; (3) interethnic partnership between migrants

Turning to multivariate results, Table 3 displays the AMEs of the logistic regression models for the interethnic partner choices of natives and migrants.

According to the first hypothesis, cohesive family relations reduce the odds of being in an interethnic partnership. The results partly support the hypothesis. For natives, living close to family members and frequent contact with family members has no significant effect on being in an interethnic partnership. For migrants, however, frequent contact with family members reduces the likelihood of having a native German partner by 32 percentage points and by 35 percentage points for having a partner from another migrant group. In turn, living close to family members has no significant effect for migrants.

The second hypothesis postulates that affective family relations increase the likelihood of being in an interethnic partnership. For both natives and migrants, the effect of emotional closeness does not relate significantly to being in an interethnic partnership. Other measures of affective family relations like intimacy did not yield significant effects for migrants and natives (not shown).

Table 3: Models for interethnic partner choice of natives and migrants

	Natives	Migrants	
	AME	Native partner AME	Other migrant partner AME
Contact	0.050 (1.05)	-0.319* (-2.45)	-0.353* (-2.15)
Proximity	-0.052 (-1.72)	0.046 (0.59)	0.052 (0.56)
Affection	-0.048 (-1.18)	0.042 (0.40)	0.038 (0.28)
Diversity (ref. parents married)			
Parent with partner	0.031* (2.24)	-0.0025* (-0.58)	0.051 (0.96)
Parent no partner	0.051** (2.92)	0.004 (0.11)	0.012 (0.23)
Age	-0.001 (-1.05)	-0.004 (-1.65)	-0.009** (-3.00)
Female	-0.005 (-0.42)	0.039 (1.29)	-0.029 (-0.77)
High education	0.017 (1.33)	0.089 (2.56)	0.066 (1.53)
Religion (ref. no religion)			
Christian	0.052*** (4.27)	-0.022 (-0.53)	0.034 (0.62)
Muslim	.	-0.493*** (-9.87)	-0.200*** (-3.61)
Other religion	0.018 (0.37)	-0.204** (-3.09)	0.002 (0.04)
Frequency praying	0.005 (0.79)	0.008 (0.66)	0.020 (1.38)
Size municipality	0.009** (2.73)	-0.022* (-2.50)	0.000 (0.02)
Migrant descendants		0.410*** (13.16)	0.329*** (7.11)
N	3873	742	475

Average Marginal Effects (AME) are shown; t statistics in parentheses;

* $p < 0.05$, ** $p < 0.01$, *** $p < 0.001$

The data partly support the third hypothesis, which suggests that in traditional families, interethnic partnerships are less likely than in structurally diverse families. Natives are relatively more likely to have a migrant partner if parents are not married. The effect is by three percentage points larger for respondents whose parents are divorced and are in a new partnership and by five percentage points larger for natives whose parents are divorced but not married. However, the effect is not significant for migrants.

Discussion

While previous research has mainly focused on parental characteristics and their attitudes for explaining interethnic partnerships, this study highlights the role of family relations. Similar to group characteristics that lead to the acceptance of ethnically different neighbors or classmates, family functioning and family ties determine the attitudes of accepting

ethnic minorities as close kin by marriage (Huijnk et al. 2013). In response to the initial research question of how family relations influence the interethnic partner choice, I find that strong in-group ties relate to a coethnic rather than interethnic partner choice for migrants and not for natives. In migrant families, cohesive ties to family members relate significantly to interethnic partner choices. This finding underlines the fact that migrant parents may experience difficulties in transmitting culture-specific norms and values to their children and thus, oppose interethnic unions.

More specifically, the findings confirm that one form of structural family cohesion – the contact frequency – inhibits the interethnic partner choice of migrants. This finding is consistent with prior research on the role of family relations for attitudes toward members of other ethnic groups as close kin by marriage (Huijnk et al. 2010). That is, cohesive ties are expressed via frequent contact with family members for migrants. Migrants that are in regular contact with family members are relatively less likely to have a native partner or a partner from a different migrant group. This finding suggests that the person's network may consist of family members and may confirm that growing up and being in a homogeneous network enhances group identification (Kalmijn 1998). Furthermore, interethnic partnerships are relatively more likely in native families with structurally diverse relations than in native families with traditional relations. However, this is not the case in migrant families. That is, for natives, choosing a partner with a migrant background is more likely, if parents are not married and living together. Moreover, affective family relations do not relate significantly to the interethnic partner choice for both natives and migrants. This finding contradicts previous findings that propose that emotionally supportive families tolerate out-group members. This finding is also in contrast to other studies that find a positive influence of warm family relations on attitudes toward interethnic partnerships. Huijnk et al. (2013) point out that attitudes toward interethnic partnerships are more favorable in families with affective ties because members of these families have higher levels of generalized trust. My findings, however, show that emotional family ties do not promote interethnic partner choices, neither in native nor in migrant families.

While the current study is the first to address the question of how family relations relate to interethnic partnerships using a large-scale data set with a broad range of family relationship indicators, it also has some limitations. This study uses a cross-sectional design and hence, does not capture family relations before or at the beginning of the partnership as well as how these relations develop over time. On the one hand, this may not pose a problem since family relations remain to a certain degree constant over time. On the other hand, reversed causality may play a role: family relations may have deteriorated because of the interethnic partner choice. Longitudinal research that would be able to follow individuals in their partner choice and capture the changes in family relations is necessary. Next, as previous research has pointed out ethnic groups differ depending on a broad variety of characteristics. For example, partnerships with migrants who have the same religious background as natives are more common than interreligious partnerships (Dribe/Lundh 2011; van Zantvliet et al. 2014). Ethnic groups also vary in how they evaluate interethnic partnerships (Munniksma et al. 2012; Carol 2013a). In turn, this is closely linked to the ethnic hierarchy in partner choice (e.g., Lin/Lundquist 2013) and to the different kinship regimes (Nauck/Suckow 2006). The findings hint towards the importance of religion in interethnic partner choices – that is, Muslim migrants are less likely to be in

an interethnic partnership compared to migrants with no religious affiliation. However, more differentiated analyzes would lack statistical power because of small sample sizes. In particular, a more nuanced differentiation of family relations from affinal and descent kinship regimes may provide more clarity about the role of the family in interethnic partner choices. Given that particularly Turkish migrants are underrepresented in the sample, the strength of the effect of family relations may be underestimated. In this sense, generalizing these findings to the general German population is not possible because the migrant sample is not representative of the German migrant population. Nevertheless, this study offers first insights into the role of family ties in interethnic partner choices.

Despite those limitations, interethnic partnerships depend on family functioning and family ties. For future work, it is interesting to disentangle family relations in greater detail. That is, does the relationship to all family members affect interethnic partner choice similarly? Especially the role of lateral ties and relationships with distant relatives may yield different results for native and migrants. Studying migrant-group specific differences in family functioning and interethnic partner choice is also necessary. Highlighting the role of family ties may shed more light on why migrant groups differ in their likelihood to have a native partner. More specifically, are migrants less likely to intermarry because of close ties to their family?

Overall, this study confirms that family relations are not only associated with attitudes toward interethnic partnerships but also with actual partner choices for migrants. Thus, not just individual preferences and the opportunity structure foster or hinder interethnic partner choices but also third parties. While religious differences between natives and some migrants groups are often a prominent explanation for why some migrant groups are more likely to intermarry than others, my findings show that family relationships are also important for interethnic partner choices.

References

- Berry, J. W. (1992). Acculturation and adaptation in a new society. *International Migration*, 30, pp. 69-85. doi:10.1111/j.1468-2435.1992.tb00776.x.
- Brüderl, J., Hank, K., Huinink, J., Nauck et al. (2016). *The German Family Panel (pairfam)*. GESIS Data Archive, Cologne. ZA5678 Data file Version 7.0.0. doi:10.4232/pairfam.5678.7.0.0.
- Carol, S. (2013a). Intermarriage attitudes among minority and majority groups in Western Europe. The role of attachment to the religious in-group. *International Migration*, 51, 3, pp. 67-83. doi:10.1111/imig.12090.
- Carol, S. (2013b). The intergenerational transmission of intermarriage attitudes and intergroup friendships. The role of Turkish migrant parents. *Journal of Ethnic and Migration Studies*, 40, 10, pp. 1550-1571. doi:10.1080/1369183X.2013.872557.
- Carol, S. (2015). Like will to like? Partner choice among Muslim migrants and natives in Western Europe. *Journal of Ethnic and Migration Studies*, 42, 2, pp. 261-276. doi:10.1080/1369183X.2014.963037.
- Dribe, M. & Lundh, C. (2011). Cultural dissimilarity and intermarriage. A longitudinal study of immigrants in Sweden 1990-2051. *International Migration Review*, 45, 2, pp. 297-324. doi:10.1111/j.1747-7379.2011.00849.x.
- Enders, C. K. (2010). *Applied missing data analysis*. New York: Guilford Press (Methodology in the social sciences).

- Glanville, J. L. & Paxton, P. (2007). How do we learn to trust? A confirmatory tetrad analysis of the sources of generalized trust. *Social Psychology Quarterly*, 70, 3, pp. 230-242. doi:10.1177/019027250707000303.
- Gordon, M. (1964). *Assimilation in American life: The role of race, religion and national origins*. New York: Oxford University Press.
- Hohmann-Marriott, B. E. & Amato, P. (2008). Relationship quality in interethnic marriages and cohabitations. *Social Forces*, 87, 2, pp. 825-855. doi:10.1353/sof.0.0151.
- Hughes, D., Rodriguez, J., Smith, E. P. et al. (2006). Parents' ethnic-racial socialization practices: a review of research and directions for future study. *Developmental Psychology*, 42, 5, pp. 747-770. doi:10.1037/0012-1649.42.5.747.
- Huijnk, W. & Liefbroer, A. C. (2012). Family influences on intermarriage attitudes. A sibling analysis in the Netherlands. *Journal of Marriage and Family*, 74, 1, pp. 70-85. doi:10.1111/j.1741-3737.2011.00882.x.
- Huijnk, W., Verkuyten, M. & Coenders, M. (2010). Intermarriage attitude among ethnic minority and majority groups in the Netherlands: The role of family relations and immigrant characteristics. *Journal of Comparative Family Studies*, 41, 3, pp. 389-414.
- Huijnk, W., Verkuyten, M. & Coenders, M. (2013). Family relations and the attitude towards ethnic minorities as close kin by marriage. *Ethnic and Racial Studies*, 36, 11, pp. 1890-1909. doi:10.1080/01419870.2012.699086.
- Kalmijn, M. (1998). Intermarriage and homogamy: causes, patterns, trends. *Annual Review of Sociology*, 24, pp. 395-421. doi:10.1146/annurev.soc.24.1.395.
- Kalmijn, M. & van Tubergen, F. (2006). Ethnic intermarriage in the Netherlands. Confirmations and refutations of accepted insights. *European Journal of Population / Revue Européenne de Démographie*, 22, 4, pp. 371-397. doi:10.1007/s10680-006-9105-3.
- Lichter, D. T., Qian, Z. & Tumin, D. (2007). Whom do immigrants marry? Emerging patterns of intermarriage and integration in the United States. *The ANNALS of the American Academy of Political and Social Science*, 662, 1, pp. 57-78. doi:10.1177/0002716215594614.
- Lin, K.-H. & Lundquist, J. (2013). Mate selection in cyberspace. The intersection of race, gender, and education. *American Journal of Sociology*, 119, 1, pp. 183-215. doi:10.1086/673129.
- Munnikma, A., Flache, A., Verkuyten, M. & Veenstra, R. (2012). Parental acceptance of children's intimate ethnic outgroup relations. The role of culture, status, and family reputation. *International Journal of Intercultural Relations*, 36, 4, pp. 575-585. doi:10.1016/j.ijintrel.2011.12.012.
- Nauck, B. (2001). Generationenbeziehungen und Heiratsregimes – theoretische Überlegungen zur Struktur von Heiratsmärkten und Partnerwahlprozessen am Beispiel der Türkei und Deutschland. In: Klein, T. (Hrsg.), *Partnerwahl und Heiratsmuster*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, pp. 35-55. doi:10.1007/978-3-663-11009-5_2.
- Nauck, B. & Suckow, J. (2006). Intergenerational relationships in cross-cultural comparison. *Journal of Family Issues*, 27, 8, pp. 1159-1185. doi:10.1177/0192513X06288125.
- Phalet, K. & Schönplflug, U. (2001). Intergenerational transmission of collectivism and achievement values in two acculturation contexts: The case of Turkish families in Germany and Turkish and Moroccan families in the Netherlands. *Journal of Cross-Cultural Psychology*, 32, 2, pp. 186-201. doi:10.1177/0022022101032002006.
- Qian, Z. & Lichter, D. T. (2001). Measuring marital assimilation. Intermarriage among natives and immigrants. *Social Science Research*, 30, 2, pp. 289-312. doi:10.1006/ssre.2000.0699.
- Schroedter, J. (2013). *Ehemuster von Migranten in Westdeutschland. Analysen zur sozialen Integration auf Basis des Mikrozensus*. Wiesbaden: Springer VS.
- Silverstein, M. & Bengtson, V. L. (1997). Intergenerational solidarity and the structure of adult child-parent relationships in American families. *American Journal of Sociology*, 103, 2, pp. 429-460. doi:10.1086/231213.
- Silverstein, M. & Giarrusso, R. (2010). Aging and family life: A decade review. *Journal of Marriage and Family*, 72, 5, pp. 1039-1058. doi:10.1111/j.1741-3737.2010.00749.x.

- Song, M. (2009). Is intermarriage a good indicator of integration? *Journal of Ethnic and Migration Studies*, 35, 2, pp. 331-348. doi:10.1080/13691830802586476.
- Statistisches Bundesamt (2017). *Bevölkerung und Erwerbstätigkeit: Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2016*. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt (Destatis) (Fachserie 1, Reihe 2.2).
- Steinbach, A. (2013). Family structure and parent-child contact. A comparison of native and migrant families. *Journal of Marriage and Family*, 75, 5, pp. 1114-1129. doi:10.1111/jomf.12060.
- Steinbach, A. & Hank, K. (2016). Familiäre Generationenbeziehungen aus bevölkerungssoziologischer Perspektive. In: Niephaus, Y., Kreyenfeld, M. & Sackmann, R. (Hrsg.), *Handbuch Bevölkerungssoziologie*. Wiesbaden: Springer VS (Springer Nachschlage Wissen), pp. 367-391.
- van der Pas, S., van Tilburg, T. G. & Silverstein, M. (2013). Stepfamilies in later life. *Journal of Marriage and Family*, 75, 5, pp. 1065-1069. doi:10.1111/jomf.12054.
- van Zantvliet, P. I., Kalmijn, M. & Verbakel, E. (2014). Early partner choices of immigrants. The effect of preferences, opportunities and parents on dating a native. *Journal of Ethnic and Migration Studies*, 41, 5, pp. 772-794. doi:10.1080/1369183X.2014.948391.

Submitted on/Eingereicht am: 20.12.2016

Accepted on/Angenommen am 20.09.2018

Address of the author/Anschrift der Autorin;

Olga Grünwald, M.Sc.
Netherlands Interdisciplinary Demographic Institute (NIDI)
P. O. Box 11650
2502 AR The Hague
The Netherlands/Niederlande
E-Mail/Email: grunwald@nidi.nl